

## **Einzelplan 10**

# **Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren**

### Inhalt

	Seite
Inhaltsverzeichnis	1
Vorwort	3
Kap. 1001 Ministerium	9
Kap. 1002 Gesundheit	22
Kap. 1003 Landesamt für soziale Dienste	51
Kap. 1004 Sozialordnung und Arbeitsschutz	66
Kap. 1005 Sozialwesen	79
zu Kap. 1006 Verbraucherschutz	101
Kap. 1007 Reaktorsicherheit	102
Kap. 1008 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	110
Kap. 1009 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte	116
Kap. 1010 Staatliche Schulen für Behinderte	126
Kap. 1011 Fachkliniken	138
Kap. 1012 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt	141
Kap. 1013 Krankenhausfinanzierung	166
Kap. 1016 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit	169
Einnahmen und Ausgaben	180
VE-Abschluss	182
Einnahmen MG/TG	184
Ausgaben MG/TG	185
Übersicht über den Wirtschaftsplan des Sondervermögens Ausgleichsabgabe nach dem SGB IX (zu Kapitel 1003)	191
Zusätzliche Erläuterungen zu Kapitel 1009	193
Übersicht über den Wirtschaftsplan der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. (zu Kapitel 1012)	195
Übersicht über den Wirtschaftsplan der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (zu Kapitel 1012)	196
Inhaltsverzeichnis Stellenplan / Stellenübersichten	197



## Vorwort

### A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren (MSGF) gehören folgende Aufgabengebiete:

Öffentliches Gesundheitswesen,  
Verbraucherpolitik,  
Kriegsopferversorgung und sonstige soziale Entschädigung, Kriegsopferfürsorge,  
Betreuung der Opfer des Nationalsozialismus einschließlich der Wiedergutmachung,  
Sozialversicherung,  
Arbeitsschutz,  
Sozialhilfe, Wohlfahrtswesen,  
Kinder, Jugend und Familie einschließlich Landesjugendamt,  
Seniorenpolitik,  
Reaktorsicherheit.

Sie enthalten im Wesentlichen:

Angelegenheiten der Gesundheitsberufe, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, des allgemeinen Krankenhauswesens einschl. Krankenhausplanung und -finanzierung sowie baufachliche (Beratung) und fachtechnische Prüfung von Krankenhausbaumaßnahmen, der Hygiene, der Seuchenbekämpfung, der psychiatrischen Versorgung einschl. Maßregelvollzug, der Gesundheitsförderung und Prävention, der Biomedizin, der Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs, der Maßnahmen gegen AIDS, der Gesundheitsberichterstattung einschl. Krebsregister, des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes, des Arzneimittel- und Medizinprodukte-rechts, der Apotheken, der Notfallmedizin sowie des Norddeutschen Zentrums zur Weiterentwicklung der Pflege; Gesundheitsinitiative des Landes Schleswig-Holstein;

Kriegsopferversorgung, Kriegsgefangenenentschädigung und Hilfsmaßnahmen für ehemalige politische Häftlinge, sonstige soziale Entschädigungsleistungen, Kriegsopferfürsorge;

Entschädigung und Wiedergutmachung für Opfer des Nationalsozialismus;

Kranken-, Renten- und Unfallversicherung, Pflegeversicherung;

sozialer Arbeitsschutz, Jugendarbeitsschutz, Mutterschutz;

technischer Arbeitsschutz einschließlich des Gefahrstoffrechts, Strahlenschutz bei ionisierender und nicht-ionisierender Strahlung;

Arbeitsgerichtsbarkeit;

gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz, Landesgewerbeamt;

Leitstelle Suchtgefahren am Arbeitsplatz;

allgemeine seniorenpolitische Fragen, Seniorenbildung, seniorenfreundliches Wohnen, Seniorenaktivitäten, Förderung und Durchführung seniorenpolitischer und generationsübergreifender Maßnahmen;

Sozialhilfe und Grundsicherung, Hilfe für Schwerbehinderte, Förderung der freien und kommunalen Wohlfahrtspflege; soziale Infrastrukturplanung, insbesondere Planung und Förderung von sozialen Diensten und Einrichtungen für alte Menschen, Behinderte und Gefährdete; Anerkennung und Förderung von Betreuungsvereinen, Planung und Verwaltung von landeseigenen Rehabilitationseinrichtungen, Landesabrechnungsstelle;

Koordinierung von Rehabilitationsangelegenheiten;

Grundsatzangelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz, Hilfen zur Erziehung, Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen, Jugendhilfeplanung, Adoptionsangelegenheiten, Durchführung des Unterhaltsvorschussgesetzes, allgemeine Familienfragen, Familienbildung, Familienerholung, Durchführung des Bundeserziehungsgeldgesetzes

besondere Familienhilfen;

Angelegenheiten der Verbraucherpolitik einschließlich der Förderung von Verbraucherzentralen, gesundheits- und ernährungsbezogene Aufgaben des Verbraucherschutzes;

Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren kerntechnischer Anlagen - einschl. Lagerung radioaktiver Abfälle -, Sicherheits- und Entsorgungsfragen, radiologische Fachberatung der obersten Katastrophenschutzbehörde (Innenministerium) sowie der unteren Katastrophenschutzbehörden, Kernreaktorfernüberwachung.

Das Ministerium gliedert sich in sechs Abteilungen:

1. Service, Modernisierung, abteilungsübergreifende Angelegenheiten (VIII 1)
2. Sozialsysteme und Arbeitsschutz (VIII 2)
3. Kinder, Jugend und Familie / Landesjugendamt (VIII 3)
4. Gesundheit (VIII 4)
5. Sozial- und Behindertenpolitik, Seniorenpolitik und Bürgergesellschaft (VIII 5)
6. Reaktorsicherheit (VIII 6).

Dem Ministerium unmittelbar unterstellt sind:

die Arbeitsgerichtsbarkeit mit

dem Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein in Kiel als Landesoberbehörde und fünf Arbeitsgerichten in Elmshorn, Flensburg, Kiel, Lübeck und Neumünster

- § 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes, zuletzt geändert am 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 2106), und Gesetz über die Neueinteilung der Bezirke der Gerichte für Arbeitssachen in Schleswig-Holstein vom 23. Oktober 1974 (GVOBl. Schl.-H. S. 417) -;

die Dienststellen der Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge:

das Landesamt für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein in Neumünster als Landesoberbehörde einschl. der Aufgaben der

Orthopädischen Versorgungsstelle,

Versorgungsärztlichen Untersuchungsstelle, Hauptfürsorgestelle und Integrationsamt

sowie

vier Außenstellen in Heide, Kiel, Lübeck und Schleswig

- § 1 der Landesverordnung über die Errichtung des Landesamtes für soziale Dienste des Landes Schleswig-Holstein vom 9. Dezember 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 505) -;

das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit des Landes Schleswig-Holstein in Kiel

- § 1 der Landesverordnung über die Errichtung des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit des Landes Schleswig-Holstein vom 9. Dezember 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 507) –

sowie

zwei Außenstellen in Itzehoe und Lübeck;

die Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte mit pädoaudiologischer Beratungsstelle in Schleswig,

die Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte in Raisdorf,

die Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte in Wentorf,

die Staatliche Schule für Körperbehinderte in Damp,

die Staatliche Schule für Sehgeschädigte in Schleswig;

Der Aufsicht des Ministeriums unterstehen unmittelbar:

Ärzttekammer Schleswig-Holstein,

Zahnärztekammer Schleswig-Holstein,

Apothekerkammer Schleswig-Holstein,

Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein,

AOK Schleswig-Holstein (einschl. Pflegekasse),

Innungskrankenkasse Schleswig-Holstein (einschl. Pflegekasse),

Betriebskrankenkasse Ahlmann (einschl. Pflegekasse),

Betriebskrankenkasse Alsen AG (einschl. Pflegekasse),

Betriebskrankenkasse der Hansestadt Lübeck (einschl. Pflegekasse),

Betriebskrankenkasse Steinbeis Temming (einschl. Pflegekasse),

IKK-Landesverband Nord,

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft, Krankenkasse, Pflegekasse und Alterskasse Schleswig-Holstein und Hamburg,

Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein,

Kassenzahnärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein,

Medizinischer Dienst der Krankenversicherung Schleswig-Holstein,

Unfallkasse Schleswig-Holstein,

Feuerwehr-Unfallkasse Nord,

Fachkliniken Schleswig und psychatrium GRUPPE,

Versorgungseinrichtungen der Heilberufekammern.

## **B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:**

Die Geschäftsverteilung der Landesregierung ist mit Wirkung vom 1. Juni 2005 neu geordnet worden (Bekanntmachung des Ministerpräsidenten vom 27. April 2005, GVOBl. Schl.-H. S. 246).

Dabei sind folgende Aufgabenbereiche in den Geschäftsbereich des MSGF übergegangen:

- aus dem Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten (Epl. 03)  
der Aufgabenbereich Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein;
- aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz, Arbeit und Europa (Epl. 09)  
die Angelegenheiten für Kinder, Jugend und Familie einschließlich des Landesjugendamtes,

Folgende Aufgabenbereiche sind aus dem Geschäftsbereich des MSGF übertragen worden:

- in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (Epl. 06)  
die Zuständigkeit für den Ladenschluss;
- in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (Epl. 13)  
der Verbraucherschutz; dabei sind die Angelegenheiten der Verbraucherpolitik einschließlich der Förderung von Verbraucherzentralen sowie der Zuständigkeit für gesundheits- und ernährungsbezogene Aufgaben des Verbraucherschutzes im MSGF verblieben.

## **C. Wesentliche veranschlagungstechnische (kapitelübergreifende) Änderungen gegenüber dem Vorjahr**

1. Durch die o.g. Neuordnung der Geschäftsverteilung sind neben allgemeinen Sachmitteln auch:
  - Mittel für die Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein aus den Kapiteln 0301 und 0601 in das Kapitel 1001,
  - Mittel für den Bereich Familie, Jugend, Landesjugendamt aus dem Kapitel 0907 in das Kapitel 1012,
  - Mittel für den Bereich Verbraucherschutz aus dem Kapitel 1006 in das Kapitel 1319übertragen worden.
2. Die beschlossene Umstrukturierung der Kapitel im Landeshaushalt im Rahmen einer outputorientierten Budgetierung ist im Epl. 10 im Kapitel 1007 (Reaktorsicherheit) eingeleitet worden. Die Personalausgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Reaktorsicherheit wurden aus dem Kapitel 1001 in das Kapitel 1007 übertragen.
3. Die Mittel für die Fachklinik Schleswig und die psychiatrische GRUPPE in Neustadt sind aus dem Kapitel 1011 in das Kapitel 1002 (Gesundheit) übertragen worden. Die Maßnahmegruppe 1002 – 08 weist jetzt die gesamten Ausgaben für den Maßregelvollzug aus.
4. Die Maßnahmegruppe 1006 – 01 (Einrichtungen des Verbraucherschutzes und Ernährungsberatung) ist in die Maßnahmegruppe 1012 – 09 übertragen worden.
5. Die Maßnahmegruppen 1005 - 01 (Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur - Einnahme- / Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur -Ausgabe-) sind in die Maßnahmegruppen 1004 - 01 übertragen worden.
6. Die Titel 1005 - 381 01, 633 03 und 684 10 (Verbraucherinsolvenzberatung) sind in die Titel 1012 - 381 01, 633 06 und 684 02 übertragen worden.

**D. Leerstellen**

Leerstellen - ohne kostenwirksame Leerstellen -		
Kapitel	1.2.2005	1.2.2003
1001	5	5
1003	11	24
1008	6	9
1009	4	6
1010	7	4
1016	3	2
<b>Gesamt</b>	<b>46</b>	<b>50</b>

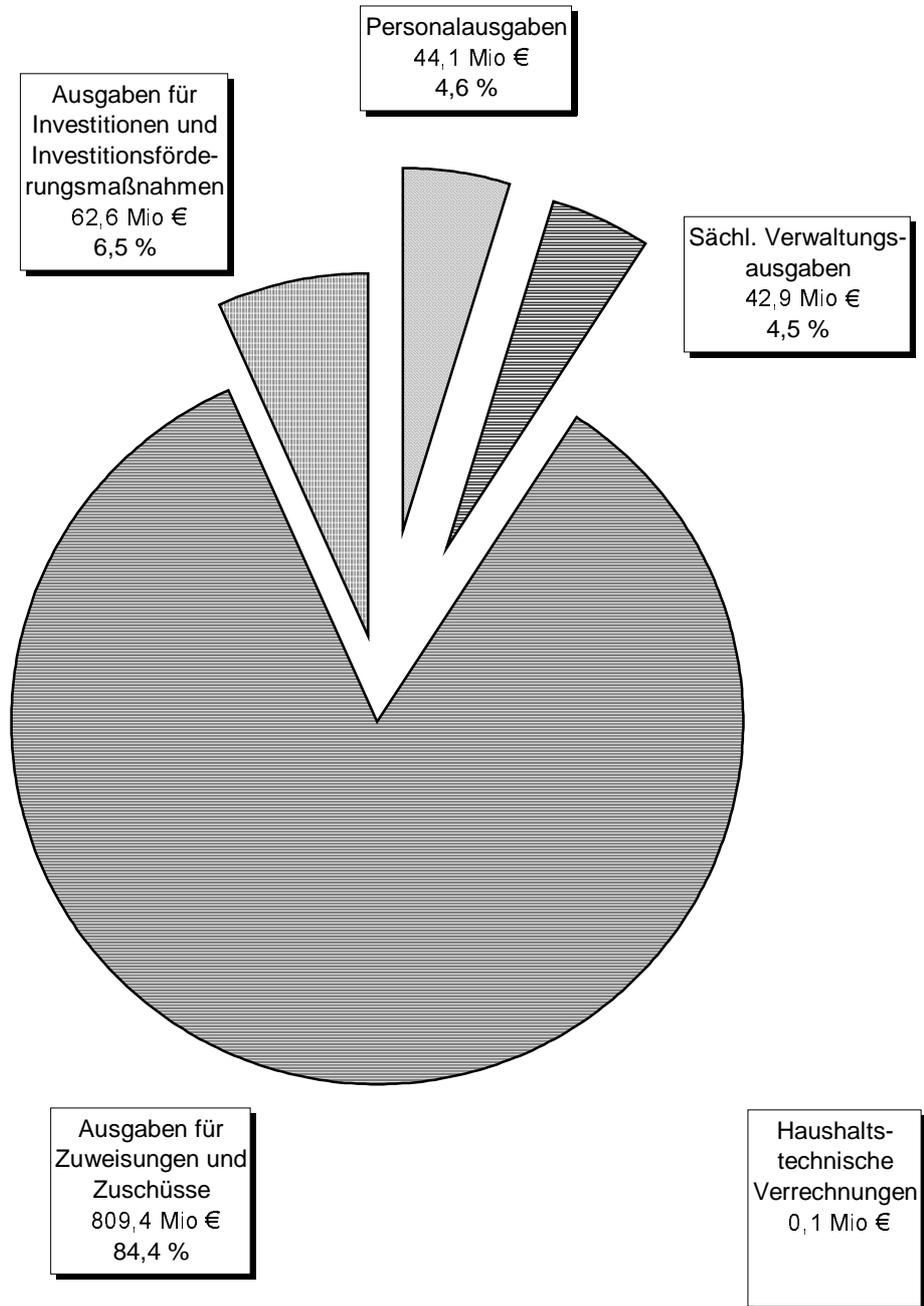
Diese Leerstellen sind in den Kapitel- bzw. Einzelplanabschlüssen nicht enthalten.

**Nachrichtlich:**

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
  - a) Anzahl Stand 01.01.2004: 475  
Stand 01.01.2005: 476
  - b) Ist 2004 - in T€ -: 14.459,8  
Ansatz 2005 - in T€ -: 16.380,9  
Ansatz 2006 - in T€ -: 15.731,8
  
2. Vor der regulären Pensionsaltersgrenze vorzeitig in Ruhestand versetzte Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
  - a) Anzahl in 2004: 1
  - b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären Pensionsaltersgrenze: rd. 10 Jahre
  
3. Schwerbehinderte Beschäftigte (Stand 31.12.2004)
 

Arbeitsplätze nach dem SGB IX:	1312
Pflichtquote (5 %):	66
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze:	125

## Einzelplan 10 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2006





10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	

T€

Das Kapitel 10 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Einnahmen**

07 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI

**Ausgaben**

01 Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

07 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI

08 Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung

**Einnahmen**

111 51	011	Erstattung von Prozesskosten	2,0 0,4	2,0
119 04	011	Einnahmen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	0,0 0,0	0,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Evtl. Einnahmen sind für Ausgaben bei Tit. 531 02 zu verwenden.				
119 99	011	Vermischte Einnahmen	3,0 0,1	3,0
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	9,8 8,9	8,9

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		aus 1 Dienstwohnung (Vorjahr: 1 )		8.900
2.		aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		
2.1		von Grundstücken		0
2.2		von Gebäuden, Wohnungen und dergl.		
2.3		- Mietwohnungen an Landesbedienstete (Vorjahr: -)		0
2.4		- Mietwohnungen an Dritte (Vorjahr: -)		0
3.		Sonstige Einnahmen		0
<b>Summe</b>				<b>8.900</b>

236 01	224	Erstattung der Kosten des Prüfdienstes für Prüfungen nach § 274 SGB V	465,0 358,9	418,9
--------	-----	---	----------------	-------

**Erläuterungen:**

Die Kosten, die durch die Prüfung der Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der landesunmittelbaren Kranken- und Pflegekassen, der Landesverbände der Krankenkassen, der Kassenärztlichen und Kassenzahnärztlichen Vereinigung, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung, der Landwirtschaftlichen Alterskasse und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft entstehen, sind dem MSGF von diesen zu erstatten. Näheres regelt die Verwaltungsvorschrift über die Erstattung der Kosten für die Prüfung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung vom 23. November 2005 (Amtsbl. Schl.-H. 2005, S. 1131).

359 01	951	Entnahme aus der Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen	0,0 401,0	0,0
--------	-----	---	--------------	-----

**Erläuterungen:**

Vgl. Tit. 919 01.

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
389 01	991	Erstattung sächlicher Verwaltungsausgaben	45,0 45,0	43,0
<p><b>Erläuterungen:</b>                      Haushaltstechnische Verrechnungen innerhalb des Landeshaushalts (pauschalierte Personalnebenkosten, Verwaltungsgemeinkosten und Sachkosten für den Leiter der Geschäftsstelle der Schiedsstelle).                      Vgl. Tit. 989 01 MG 07.</p>				
07		<b>Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI</b>		
<p><b>Erläuterungen:</b>                      Veranschlagt sind die Gebühren und Erstattungsbeträge, die nach den Landesverordnungen über die Schiedsstellen nach § 94 BSHG vom 12. Juli 1994 (GVOBl. 1994 S. 389) und § 76 SGB XI vom 24. März 1995 (GVOBl. 1995 S. 125) erhoben werden.                      Vgl. MG 1001-07 (Ausgaben).</p>				
111 04	011	Gebühren für die Inanspruchnahme der Schiedsstellen (MG 07)	10,0 23,7	15,0
233 01	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben von Gemeinden und Gemeindeverbänden (MG 07)	16,0 0,0	19,5
261 01	011	Erstattung von Verwaltungsausgaben (MG 07)	38,0 0,0	20,0
<p><b>Erläuterungen:</b>                      Veranschlagt sind die Erstattungen für Verwaltungsausgaben von Verbänden, privaten Stellen und Pflegekassen.</p>				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 07</b>			<b>64,0</b> 23,7	<b>54,5</b>
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>588,8</b> 838,0	<b>530,3</b>

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**Ausgaben**

<b>421 01</b>	<b>011</b>	<b>Bezüge der Ministerin</b>	<b>140,1</b> 133,5	<b>140,1</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1. Bezüge				138.382
2. Aufwandsentschädigung				1.718
<b>Summe</b>				<b>140.100</b>
<b>422 01</b>	<b>011</b>	<b>Bezüge und Zulagen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten</b>	<b>8.666,2</b> 8.804,7	<b>7.748,6</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Bei Tit. 422 01 und 425 01 sind mitveranschlagt die Bezüge bzw. Vergütungen für vier Mitarbeiter, die im Bereich der Krankenhausbaumaßnahmen tätig sind und aus den hierfür vorgesehenen Mitteln finanziert werden. Vgl. Erläuterungen zu Kap. 1013.				
<b>422 02</b>	<b>011</b>	<b>Bezüge der beamteten Hilfskräfte</b>	<b>17,0</b> 31,8	<b>7,1</b>
<b>425 01</b>	<b>011</b>	<b>Vergütungen der Angestellten</b>	<b>6.340,9</b> 6.399,2	<b>5.788,4</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Vgl. Erläuterungen zu Tit. 422 01.				
<b>425 02</b>	<b>011</b>	<b>Vergütungen der ständigen, nur teilbeschäftigten Kräfte</b>	<b>60,1</b> 32,6	<b>60,1</b>
<b>426 01</b>	<b>011</b>	<b>Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter</b>	<b>116,4</b> 91,8	<b>116,4</b>
<b>426 02</b>	<b>011</b>	<b>Löhne der ständigen, nur teilbeschäftigten Kräfte</b>	<b>26,3</b> 0,4	<b>26,3</b>
<b>427 01</b>	<b>011</b>	<b>Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>20,5</b> 12,6	<b>20,5</b>
<b>427 05</b>	<b>011</b>	<b>Vergütungen für Praktikantinnen und Praktikanten</b>	<b>19,6</b> 24,2	<b>19,6</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind Mittel zur Einstellung von zwei Sozialarbeiterpraktikanten/innen (über den eigentlichen Bedarf der Landesregierung hinaus) für ein jeweils sechsmonatiges Praktikum im MSGF.				
<b>459 01</b>	<b>011</b>	<b>Prämienzahlung im Rahmen des Vorschlagwesens</b>	<b>2,0</b> 0,0	<b>2,0</b>

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 459 01 innerhalb des Einzelplans 10.

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

511 01 011 **Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** 249,6  
330,3 286,9

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Büromaterial	110.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	95.000
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	2.600
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	8.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	60.300
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	3.000
7.	Unterhaltung von Geräten	7.200
8.	Sonstiges	800
	<b>Summe</b>	<b>286.900</b>

514 01 011 **Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** 39,1  
26,9 36,4

517 01 011 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** 56,0  
32,1 62,0

**Erläuterungen:**

In Betracht kommt:

1 Gebäude mit insgesamt 14.450 qm Nutz- und Nebenraumfläche.

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Heizung	0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	0
4.	Sonstiges	62.000
	<b>Summe</b>	<b>62.000</b>

517 91 011 **Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH** 520,7  
507,3 597,7

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Nebenkosten aus dem Einzelmietvertrag mit der GMSH	33.200
2.	Bewirtschaftungskosten aus dem Einzelbewirtschaftungsvertrag	514.500
3.	Bewirtschaftungskosten für die Schlussabrechnung aus 2005	50.000
	<b>Summe</b>	<b>597.700</b>

518 02 011 **Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** 75,0  
49,3 85,0

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für 10 digitale Multifunktionskopierer, die an das IT-Hausnetz angeschlossen sind.

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

518 91 011 **Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume** 994,5  
993,5 993,6

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für:  
Diensträume des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren, Adolf-Westphal-Str. 4, 24143 Kiel, 6.276 qm Hauptnutzfläche

518 99 011 **Leasing-Raten für Chefwagen** 11,0  
7,6 10,0

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Leasing-Raten für zwei Cheffahrzeuge.

525 02 011 **Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten** 78,5  
74,1 93,0

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Ausbildung und Umschulung	0
2. Fortbildung	93.000
3. Prüfungsvergütungen	0
<b>Summe</b>	<b>93.000</b>

Mehr aufgrund eines erhöhten Fortbildungsbedarfs der Abteilung "Reaktorsicherheit" im Rahmen der Stilllegung des Kernkraftwerkes Brunsbüttel.

526 01 011 **Gerichts- und ähnliche Kosten** 44,7  
34,2 41,0

**Erläuterungen:**

Die Mittel sind vorgesehen für die in den Gerichtsverfahren anfallenden Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten, hauptsächlich für Rechtsanwälte/innen und Sachverständige. Die entstehenden Kosten für Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Bußgeldverfahren wegen Nichtabschluss einer privaten Pflegeversicherung sind seit 1998 bei Tit. 1003 - 526 01 veranschlagt.

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**526 03 011 Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse** **10,2**  
0,4 **8,6**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Ausschuss gemäß § 4 des Heimarbeitsgesetzes in der Fassung vom 29. Oktober 1974 (BGBl. I S. 2879), berichtigt am 17. August 1975 (BGBl. I S. 1010), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 1998 (BGBl. I S. 1250)	500
2. Landesausschuss f. Jugendarbeitsschutz (§ 55) u. Ausschüsse f. J.arb.schutz b. d. Aufsichtsbeh. (§ 56) n. d. Jugendarbeitsschutzgesetz, zul. geä. am 15. Oktober 1984 (BGBl. I S. 1277), i.V.m. d. LVO über d. zust. Beh. n. d. JArbSchG v. 12. Juli 1978	300
3. Beirat bei der Entschädigungsbehörde aufgrund des Härteausgleichsfonds Schl.-H. für Opfer nationalsozialistischer Gewalt- und Unrechtsmaßnahmen (Amtsbl. Schl.-H. 1989 S. 160, 1992 S. 571 und 1998 S.630)	500
4. Beirat für Kurorte gemäß § 8 LVO über die Anerkennung als Kur- und Erholungsort vom 7. Dezember 1990 (GVOBl. Schl.-H. S. 654)	300
5. Netzwerk GESA ("Gesundheit am Arbeitsplatz")	300
6. Landespflegeausschuss nach § 92 Abs. 4 SGB XI i.V.m. der Landespflegeausschussverordnung vom 21. März 1995 (GVOBl. Schl.-H. S. 123)	500
7. Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) mit Arbeitskreisen	6.200
<b>Summe</b>	<b>8.600</b>

**526 04 011 Sitzungsgeld für Personalratsmitglieder** **4,6**  
4,5 **4,6**

**526 05 011 Ärztliche Untersuchungen** **3,0**  
2,0 **3,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt z.B. für amtsärztliche und augenärztliche Gutachten.

**526 10 011 Kosten der Einigungsstelle gemäß § 53 Abs. 6 und 7 Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holstein** **0,6**  
0,0 **0,6**

**526 99 011 Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** **9,5**  
32,6 **9,5**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für

- Gutachten in Verfahren nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG), dem Wiedergutmachungsgesetz des Landes Schleswig-Holstein und dem Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein einschließlich Gutachten pp. auf medizinischem Gebiet (vgl. MG 1004-08 und 09) -9.000 €- sowie
- die gutachtliche Tätigkeit, u.a. in Angelegenheiten der Sozialhilfe sowie für Obergutachten in Landesblindengeldfällen -500 €-.

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
527 01	011	<b>Dienstreisen</b>	189,5 148,6	185,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		174.300
2.		Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		4.000
3.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		6.700
<b>Summe</b>				<b>185.000</b>
527 06	011	<b>Erstattung von Auslagen für Vorstellungsreisen Dritter (z.B. Jugendempfang beim Bundespräsidenten)</b>	1,0 0,0	1,0
529 01	011	<b>Zur Verfügung für den nachgeordneten Bereich</b>	1,5 0,3	1,5
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für 15 (Vorjahr: 15) Behörden je 100 €.				
Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.				
Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.				
Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.				
529 04	011	<b>Zur Verfügung für das Landesjugendamt und der/des Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses</b>	0,5 0,4	0,5
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.				
Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.				
Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.				
529 10	011	<b>Zur Verfügung der Ministerin</b>	12,6 10,4	12,6
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.				
Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.				
Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.				
531 02	011	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	59,0 22,2	60,2
Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 04 überschritten werden.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Zentral veranschlagt für den gesamten Einzelplan.				
Hiervon ausgenommen sind jedoch folgende fachspezifischen Bereiche: Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung (Tit. 1001-531 03 MG 08), Seniorenpolitik (Tit. 1005-531 02 MG 03) und Landesinitiative Bürgergesellschaft (Tit. 1005-531 05 MG 09). Vgl. Tit. 119 04.				

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
533 01	011	<b>Arbeitsmedizinische Betreuung</b>	<b>40,6</b> 29,7	<b>35,8</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt zur Sicherstellung einer arbeitsmedizinischen Betreuung für die Arbeiter/innen, Angestellten und Beamten/innen im Bereich des MSGF.		
533 02	011	<b>Leistungen Dritter im Rahmen der Landesinitiative zur Gesundheitswirtschaft</b>	<b>75,0</b> 8,0	<b>75,0</b>
		Übertragbar  Das MSGF darf Ausgaben umsetzen, erforderlichenfalls im Einvernehmen mit den beteiligten Ressorts und mit Einrichtung der notwendigen Titel und Haushaltsvermerke.		
533 98	011	<b>Planungskosten für nicht realisierte Unterbringungsuntersuchungen</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
533 99	011	<b>Leistungsentgelte an die GMSH</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
534 01	011	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben für die Durchführung von Veranstaltungen</b>	<b>64,0</b> 0,0	<b>200,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind Kosten für ressortspezifische Veranstaltungen und andere Aktivitäten insbesondere aus den Geschäftsbereichen Soziales, Gesundheit und Jugend. Einzelprojekte werden wegen der erforderlichen Aktualität teilweise erst nach Verabschiedung des Haushalts entschieden.		
535 02	011	<b>Gesundheitsinitiative des Landes Schleswig-Holstein</b>	<b>77,3</b> 0,0	<b>200,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Die Mittel sind für Projekte im Rahmen der Gesundheitsinitiative vorgesehen. Ziel ist eine engere Verzahnung von Gesundheitswesen und Gesundheitswirtschaft sowie eine verstärkte Profilbildung des Gesundheitslandes Schleswig-Holstein.		
546 99	011	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge</b>	<b>23,3</b> 26,4	<b>24,7</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.		
547 04	011	<b>Besondere Maßnahmen der Leitstelle Suchtgefahren am Arbeitsplatz</b>	<b>40,9</b> 40,9	<b>40,9</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt für besondere Maßnahmen der Leitstelle Suchtgefahren am Arbeitsplatz, insbesondere für allgemeine Aufklärung und Information, Schulungsmaßnahmen sowie für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines Suchthelfernetzes.		

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**684 02 011 Beiträge und Ähnliches an Vereine und Gesellschaften** **16,9**  
5,2 **20,7**

**Erläuterungen:**

Zentral veranschlagt für den gesamten Einzelplan, und zwar:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Arbeitsgerichtsverband	200
2.	Deutsche Vereinigung zur Bekämpfung der Viruskrankheiten	2.000
3.	Schleswig-Holsteinische Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Lungenkrankheiten e.V.	500
4.	Gesellschaft für sozialen Fortschritt	1.100
5.	Deutsches Institut für Normung (DIN)	300
6.	Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASI)	1.100
7.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellten (BIH)	1.000
8.	Normenausschuss für Rettungsdienst und Krankenhaus (NARK)	600
9.	Deutsches Institut für Vormundschaftswesen	1.300
10.	Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe e.V. (AFET)	1.500
11.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter	400
12.	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)	1.900
13.	Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)	8.800
	<b>Summe</b>	<b>20.700</b>

**812 01 011 Erwerb von Geräten** **0,0**  
6,0 **8,0**

**Erläuterungen:**

Ersatzbeschaffung eines Konvektormats für die Großküche im Ministerium

**919 01 951 Zuführung an die Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen** **0,0**  
1.249,6 **0,0**

Ausgaben dürfen gegen entsprechende Einsparungen bei den Titeln der Obergruppe 42 des Epl. 10 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Zuführung nicht verbrauchter Mittel aus dem Personalkostenbudget an die Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen. Vgl. Tit. 359 01.

**972 01 989 Globale Minderausgaben** **-3.845,1**  
0,0 **0,0**

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**01 Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

**453 01 011 Ministerium** **9,4** **7,7**  
(MG 01) 0,0

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Trennungsgeld für 2 Mitarbeiter/innen	2.700
2. Umzugskostenvergütungen für 1 Mitarbeiter/in	5.000
<b>Summe</b>	<b>7.700</b>

**453 03 214 Landesamt für soziale Dienste** **20,5** **20,5**  
(MG 01) 3,7

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Trennungsgeld für 8 Mitarbeiter/innen	10.500
2. Umzugskostenvergütungen für 2 Mitarbeiter/innen	10.000
<b>Summe</b>	<b>20.500</b>

**453 04 254 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit** **8,7** **8,7**  
(MG 01) 1,2

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Trennungsgeld für 3 Mitarbeiter/innen	3.700
2. Umzugskostenvergütungen für 1 Mitarbeiter/in	5.000
<b>Summe</b>	<b>8.700</b>

**453 06 054 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte** **7,2** **7,2**  
(MG 01) 3,5

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Trennungsgeld für 2 Mitarbeiter/innen	2.200
2. Umzugskostenvergütungen für 1 Mitarbeiter/in	5.000
<b>Summe</b>	<b>7.200</b>

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>453 08</b>	124	<b>Staatliche Schulen für Behinderte</b>	<b>1,1</b>	<b>1,1</b>
(MG 01)			0,0	
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Trennungsgeld für 1 Mitarbeiter/in		1.100
2.		Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiter/innen		0
<b>Summe</b>				<b>1.100</b>
<b>453 09</b>	314	<b>Landeslabor</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			0,0	
Übertragen nach 1301 - 45312.				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>46,9</b>	<b>45,2</b>
			8,4	
<b>07</b>		<b>Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI</b>		
Ausgaben dürfen insgesamt bis zu 54.500 €, darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen in der Maßnahmegruppe 07 geleistet werden.				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Mit Wirkung vom 1. Juli 1994 ist beim MSGF eine Schiedsstelle für Pflegesatzangelegenheiten nach dem BSHG gebildet worden (GVOBl. 1994, S. 389). Die Schiedsstelle ist zuständig für Streitigkeiten beim Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen mit allen Einrichtungen im Sinne des § 80 SGB XII. Außerdem ist mit Wirkung vom 1. April 1995 eine Schiedsstelle nach dem Pflegeversicherungsgesetz gebildet worden (GVOBl. 1995, S. 125). Diese Schiedsstelle ist zuständig für Entscheidungen nach § 75 Abs. 3 SGB XI (Rahmenverträge über die pflegerische Versorgung), § 85 Abs. 5 SGB XI (Pflegesatzvereinbarungen für stationäre Pflegeleistungen), § 87 SGB XI (Entgeltvereinbarungen für Unterkunft und Verpflegung) und § 89 Abs. 3 SGB XI (Vergütungsvereinbarungen für ambulante Pflegeleistungen).				
Für beide Schiedsstellen ist eine Geschäftsstelle beim MSGF eingerichtet. Für die Entscheidungen der Schiedsstellen werden Gebühren erhoben; die Kosten der Schiedsstellen und der Geschäftsstelle werden anteilig erbracht.				
Die Bezüge für den Leiter/die Leiterin der Geschäftsstelle sind bei Tit. 1003 - 422 01 veranschlagt.				
Vgl. MG 1001 - 07 (Einnahmen).				
<b>526 09</b>	011	<b>Kosten der Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI - Aufwandsentschädigungen und Reisekosten -</b>	<b>15,0</b>	<b>10,0</b>
(MG 07)			7,4	
<b>527 04</b>	011	<b>Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Geschäftsstelle der Schiedsstellen</b>	<b>2,0</b>	<b>1,0</b>
(MG 07)			1,5	
<b>529 02</b>	011	<b>Zur Verfügung der Geschäftsstelle der Schiedsstellen</b>	<b>1,0</b>	<b>0,5</b>
(MG 07)			0,1	
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für die Vorsitzenden der Schiedsstellen.				
Die Verfügungsmittel sind für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen vorgesehen. Die Aufwendungen müssen in einer adäquaten Relation zum jeweiligen Anlass stehen.				
Die Bewirtungskosten und die Ausgaben für Geschenke sollen einen allgemein üblichen Rahmen nicht überschreiten und dem Grundsatz der Sparsamkeit in besonders strengem Maße entsprechen.				
Die Ausgaben sind unter Angabe über den die Aufwendungen verursachenden Anlass sowie über Funktion und Anzahl der Begünstigten einzeln zu belegen.				

# 10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>546 01</b>	011	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben</b>	<b>1,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 07)			0,0	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Vorsorglicher Leertitel.		
<b>989 01</b>	991	<b>Ersatz sächlicher Verwaltungskosten</b>	<b>45,0</b>	<b>43,0</b>
(MG 07)			45,0	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Haushaltstechnische Verrechnungen innerhalb des Landeshaushalts (pauschalierte Personalnebenkosten, Verwaltungsgemeinkosten, Sachkosten). Vgl. Tit. 389 01.		
<b>Summe der Maßnahmegruppe 07</b>			<b>64,0</b>	<b>54,5</b>
			54,0	
<b>08</b>		<b>Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung</b>		
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
<b>514 02</b>	011	<b>Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen</b>	<b>3,5</b>	<b>3,6</b>
(MG 08)			2,7	
<b>525 05</b>	011	<b>Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>
(MG 08)			0,0	
<b>526 02</b>	011	<b>Besondere Aufwendungen für den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung</b>	<b>8,0</b>	<b>8,2</b>
(MG 08)			7,0	
<b>526 07</b>	011	<b>Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderungen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 08)			0,0	
		Weggefallen.		
<b>527 02</b>	011	<b>Dienstreisen</b>	<b>5,5</b>	<b>5,5</b>
(MG 08)			2,2	
<b>529 03</b>	011	<b>Verfügungsmittel</b>	<b>1,1</b>	<b>1,1</b>
(MG 08)			0,3	
<b>531 03</b>	011	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>2,6</b>	<b>2,8</b>
(MG 08)			2,1	
<b>546 02</b>	011	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>
(MG 08)			0,3	
<b>Summe der Maßnahmegruppe 08</b>			<b>22,7</b>	<b>23,2</b>
			14,6	
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>14.396,7</b>	<b>17.149,8</b>
			19.250,3	

10 01 Ministerium

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>Abschluss</b>				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	24,8 33,1	28,9
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	519,0 358,9	458,4
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	45,0 446,0	43,0
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>588,8</b> 838,0	<b>530,3</b>
41 - 49		Personalausgaben	15.456,0 15.539,2	13.974,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.723,9 2.405,3	3.103,8
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	16,9 5,2	20,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 6,0	8,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	-3.800,1 1.294,6	43,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>14.396,7</b> 19.250,3	<b>17.149,8</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-13.807,9</b> -18.412,3	<b>-16.619,5</b>

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Einnahmen**

65 Verletztenversorgung auf See

**Ausgaben**

- 01 Gemeinschaftseinrichtungen der Länder im Bereich des Gesundheitswesens
- 02 Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege
- 05 Entwicklungspartnerschaft (EP) "Sektorale Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (SEPIA)"
- 06 Maßnahmen zur Abwehr von Bioterrorismus und Bekämpfung hochansteckender, gefährlicher Krankheiten
- 08 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen
- 61 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs
- 62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen
- 63 Aus- und Fortbildung von Personal im Bereich des Gesundheitswesens
- 64 Fürsorge für Mutter und Kind
- 65 Verletztenversorgung auf See
- 66 Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung
- 67 Krebsregister
- 68 Gesundheitsberichterstattung
- 69 Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz, Bade- und Trinkwasserhygiene

**Einnahmen**

<b>111 01</b>	<b>311</b>	<b>Gebühren, tarifliche Entgelte und Auslagenersatz</b>	<b>25,8</b>	<b>22,8</b>
			24,9	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind

- a) Verwaltungsgebühren für Genehmigungen, Anerkennungen und Festsetzungen in gesundheitsrechtlichen Angelegenheiten,
- b) Erstattung von Kosten durch Krankenhausträger für Wirtschaftlichkeitsprüfungen anlässlich von Pflegesatzgenehmigungen gem. § 17 Abs. 6 der Bundespflegesatzverordnung vom 26.9.1994 (BGBl. I S. 2750), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3429) - vgl. Tit. 526 08 -,
- c) Entgelte für die vom norddeutschen Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege erbrachten Leistungen - die tatsächlichen Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei der Maßnahmegruppe 02 zu verwenden -,

<b>119 99</b>	<b>311</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>10,0</b>	<b>15,0</b>
			34,9	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Rückzahlungen nicht verbrauchter oder nicht zweckentsprechend verwendeter Zuwendungen.

<b>182 01</b>	<b>312</b>	<b>Darlehensrückflüsse von Verbänden</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			8,6	

Weggefallen.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
232 01	314	<b>Zuweisungen der Länder Bremen, Hamburg und Niedersachsen zum Norddeutschen Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege</b>	<b>100,1</b> 100,1	<b>100,1</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind Zuweisungen der Länder				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
<hr/>				
1. Bremen				7.759
2. Hamburg				19.751
3. Niedersachsen				72.568
<hr/>				
<b>Summe</b>				<b>100.078</b>
<hr/>				
Vgl. Maßnahmegruppe 02.				
233 01	314	<b>Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur anteiligen Finanzierung des Fachinformationssystems für Umwelt und Allergien (UMINFO)</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>2,1</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Ausgaben sind bei Tit. 533 69 (TG 69) veranschlagt.				
236 01	312	<b>Einnahmen aus Maßregelvollzug</b>	<b>3,2</b> 3,1	<b>3,2</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind die Einnahmen aus Haftbeiträgen auswärtig untergebrachter Maßregelvollzugspatienten aus Schleswig-Holstein. Die Haftbeiträge werden von der jeweiligen Staatsanwaltschaft festgesetzt und aus etwaigen Einkommen der Häftlinge gefordert.				
272 01	314	<b>Zuschüsse aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Gemeinschaftsinitiative "EQUAL"</b>	<b>15,5</b> 695,2	<b>0,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt waren Einnahmen im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft (EP) "Sektorale Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (SEPIA)". Das Projekt endete 2005.				
381 01	991	<b>Verrechnung der Mittel zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs aus Konzessionsabgaben nach dem Lotteriegesezt</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>2.132,4</b>
389 01	991	<b>Erstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "EQUAL"</b>	<b>0,0</b> 14,6	<b>0,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Vgl. Tit. 989 01 MG 05.				
 <b>65 Verletztenversorgung auf See</b>				
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 65 zu verwenden.				
119 65	314	<b>Vermischte Einnahmen</b> (TG 65)	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
231 65	314	<b>Zuweisungen des Bundes</b> (TG 65)	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
232 65	314	<b>Zuweisungen von Ländern</b> (TG 65)	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>233 65</b>	314	<b>Zuweisungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 65)			0,0	
<b>359 65</b>	951	<b>Entnahme aus der Rücklage</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 65)			0,0	
<b>Summe der Titelgruppe 65</b>			<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>154,6</b>	<b>2.275,6</b>
			881,4	

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**Ausgaben**

**526 08 312 Prüfung von Krankenhäusern durch Prüfungsunternehmen** **25,6** **25,6**  
0,0

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für Wirtschaftlichkeitsprüfungen anlässlich der Genehmigung von Pflegesätzen und für Krankenhausprüfungen im Zusammenhang mit Anträgen auf Erhöhung pauschaler Fördermittel (§ 8 Abs. 2 Satz 2 AG-KHG). Vgl. Tit. 111 01.

**526 99 311 Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.** **80,1** **38,1**  
2,9

**Erläuterungen:**

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Kosten der Feststellung von Ursachen bei Impfkomplicationen	600
2. Gutachten im Zusammenhang mit der Zulassung von Hygiene-Zertifizierungsstellen nach § 10 Abs. 2 GDG	2.000
3. Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten der Untersuchung über die Weiterentwicklung der Luftrettung in Deutschland	2.500
4. Kosten für Gutachten zur Fortschreibung des Krankenhausplans	0
5. Gutachten im Rahmen der Fachaufsicht Maßregelvollzug	30.000
6. Aufbereitung der Daten nach § 21 Abs. 3 KHEntG für KH-Planung	3.000
<b>Summe</b>	<b>38.100</b>

**533 04 314 Ausgaben aufgrund von Werkverträgen** **31,0** **31,0**  
30,9

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Bearbeitung der Meldungen von übertragbaren Krankheiten gem. §§ 11 und 12 Infektionsschutzgesetz (IfSG).

**631 01 314 Erstattung an den Bund für die Anschaffung von Pockenimpfstoff** **0,0** **0,0**  
0,0

Weggefallen.

**633 02 312 Erstattungen an Kreise im Rahmen der Fachaufsicht über psychiatrische Fachkliniken** **0,0** **150,0**  
0,0

**Erläuterungen:**

Aufgrund der Landesverordnung über die zuständigen Behörden nach dem Heimrecht und aufgrund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Durchführung des § 13 PsychKG sind wegen der damit verbundenen Übertragung der Fachaufsicht über die psychiatrium GRUPPE und die Fachklinik Schleswig an die Kreise Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde und Schleswig-Flensburg im Rahmen des Konnexitätsprinzips Erstattungsbeiträge zu leisten.

**633 03 314 An kommunale Projektträger für das Projekt "Telemedizinische Verbundstrukturen" im Rahmen der Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein** **75,0** **0,0**  
0,0

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>662 01</b>	<b>312</b>	<b>Schuldendiensthilfe</b>	<b>22,5</b>	<b>22,5</b>
			22,5	

**Erläuterungen:**

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	22.500
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>22.500</b>

Für ein Bundesdarlehen, das im Rahmen der Finanzierung der Umbaukosten für das Krankenhaus für Neurotraumatologie und Neurologie in Malente aufgenommen werden musste, hat das Land anteilige Schuldendienstverpflichtungen übernommen, die bis zum Jahr 2026 zu erbringen sind.

<b>671 01</b>	<b>314</b>	<b>An die Gutachterstelle für Kastration bei der Ärztekammer Schleswig-Holstein</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Gutachterstelle für freiwillige Kastration gem. § 20 des Gesetzes über die freiwillige Kastration vom 31. Oktober 1970 (GVBl. Schl.-H. S. 297). Die Auszahlungen werden zum Jahresende geleistet.

<b>683 01</b>	<b>312</b>	<b>Zuschuss zum laufenden Betrieb der Sonderschule Hesterberg</b>	<b>350,9</b>	<b>217,0</b>
			575,5	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Erstattung der Personalkosten des nicht pädagogischen Personals und der Sachkosten der in Trägerschaft des Landes stehenden Sonderschule Hesterberg an der Fachklinik Schleswig.

Weniger wegen Wegfall des Zuschusses für die Betriebskindertagesstätten.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
684 03	314	<b>An Verbände für Einrichtungen der dezentralen psychiatrischen Versorgung</b>	<b>977,7</b> 1.002,9	<b>953,0</b>
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006	
		Neuverpflichtung insgesamt	2.859	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2007	953	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2008	953	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2009	953	
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Zuwendungstitel (Förderprogramm)		
		Veranschlagt sind u.a. Zuschüsse für ambulante Dienste im sozialpsychiatrischen Bereich, Betreuung am Übergang, frauenspezifische Maßnahmen (Frauentreffs u.ä.)		
		Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie zur Förderung psychosozialer Hilfen, der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe vom 27. Februar 2003 (Amtsbl. Schl.-H. 2003 S. 204).		
		Ziel:		
		Betroffene Personen in einen Zustand zu versetzen, in dem krankheitsbedingte Benachteiligungen ausgeglichen, Selbsthilfekräfte gestärkt und die Teilnahme am sozialen Leben in der Gemeinschaft ermöglicht werden durch Aufbau und Erhalt eines bedarfsgerechten, wirtschaftlichen und fachlichen Standards genügenden gemeindepsychiatrischen Versorgungssystems in den kreisfreien Städten und Kreisen.		
		Kennzahlen:		
		45 Ambulante Dienste / Betreuung am Übergang unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte, ca. 2.750 Nutzerinnen und Nutzer Ambulante Dienste, ca. 940 begleitete Personen in der Betreuung am Übergang		
		8-10 Selbsthilfegruppen für Frauen mit Essstörungen, ca. 65-80 Teilnehmerinnen		
		1 Landesverband der Psychiatrie-Erfahrenen SH e.V. 1 Landesverband SH der Angehörigen und Freunde psychisch Kranker e.V. 1 Landesverband Beschwerdestellen SH e.V.		
685 01	314	<b>An Projektträger für das Projekt "Telemedizinische Verbundstrukturen" im Rahmen der Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein</b>	<b>50,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
685 06	314	<b>An Projektträger für das Projekt "Patientenchipkarte zur Kommunikationsverbesserung"</b>	<b>78,0</b> 40,0	<b>0,0</b>
		Weggefallen.		
686 03	314	<b>An Projektträger für das Projekt "Gästabefragung des Heilbäderverbandes zur Wahrnehmung von Prädikaten und Qualitätssignalen"</b>	<b>10,3</b> 0,0	<b>0,0</b>
698 01	314	<b>Länderanteil für das HIV-Hilfegesetz</b>	<b>89,0</b> 89,5	<b>89,8</b>
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt ist der Anteil Schleswig-Holsteins an dem von den Bundesländern gem. GMK-Beschluss vom 21. Juni 2001 ab 2004 aufzubringenden Teil der Aufstockung des Stiftungsvermögens.		

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<p><b>01 Gemeinschaftseinrichtungen der Länder im Bereich des Gesundheitswesens</b></p> <p>Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe sowie einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 61.</p>				
632 02 (MG 01)	314	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben an Länder für die Kooperation der norddeutschen Länder auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens</b>	<b>340,1</b> 180,5	<b>421,5</b>
<p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Veranschlagt sind die Landesanteile für folgende Einrichtungen:</p> <p>Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord GmbH (AMI-Nord GmbH) in Bremen, Giftinformationszentrale Nord (GIZ Nord) an der Universität Göttingen, Beteiligung auf dem Gebiet der Schifffahrtsmedizin beim Hamburg Port Health Center (HPHC) in Hamburg</p>				
632 03 (MG 01)	314	<b>Nationales embryonaltoxikologisches Referenzzentrum</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Veranschlagt war der Anteil des Landes Schleswig-Holstein an den Kosten des Nationalen embryonaltoxikologischen Referenzzentrums in Berlin. Das Projekt eines eigenständigen Zentrums wird nicht weiter verfolgt.</p>				
685 02 (MG 01)	165	<b>Beitrag für das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen</b>	<b>167,2</b> 180,4	<b>178,0</b>
<p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Das Institut für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz ist eine gemeinsame Einrichtung der Länder (Abkommen vom 14. Oktober 1970 und Änderungsabkommen vom 30. Mai 1974 und 17. Juni 1993). Es steht den Ländern für Fragen der medizinischen und pharmazeutischen Prüfungen zur Verfügung und widmet sich der angewandten Forschung auf dem Gebiet der Methodik des Prüfungswesens. Zwei Drittel des Finanzbedarfs des Instituts werden nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen, ein Drittel nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl der Länder aufgebracht. Rechtsgrundlage: Gesetz zu dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung des Instituts für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen in Mainz, zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 162).</p>				
685 03 (MG 01)	165	<b>Beitrag für die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen</b>	<b>137,6</b> 133,4	<b>173,7</b>
<p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Die Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf, die die Ausbildung der Ärztinnen, Ärzte und sonstigen Fachkräfte für den öffentlichen Gesundheitsdienst durchführt, ist eine gemeinsame Einrichtung mehrerer Länder. Der auf diese Länder entfallende Anteil bemisst sich je zur Hälfte nach dem Verhältnis ihrer Einwohner und nach der Zahl der aus den Ländern kommenden Lehrgangsteilnehmer/innen. Rechtsgrundlage: Gesetz zu dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf vom 4. Dezember 1971 (GVOBl. Schl.-H. S. 459).</p>				
685 05 (MG 01)	314	<b>Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten</b>	<b>20,5</b> 15,0	<b>21,2</b>
<p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten (ZLG) ist eine Gemeinschaftseinrichtung der Länder mit Sitz in Bonn. Die nicht durch Gebühren gedeckten Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder aufgeteilt. Rechtsgrundlage: Gesetz zu dem Abkommen über die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Medizinprodukten, geändert durch Gesetz vom 14. April 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 110).</p>				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>665,4</b> 509,3	<b>794,4</b>

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**02 Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege**

Darf bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden Einnahmen bei 111 01, der Mehreinnahmen bei 232 01 sowie der tatsächlichen Einnahmen bei 389 01 überschritten werden.  
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.  
Übertragbar.

**Erläuterungen:**

Beim MSGF wird im Rahmen der norddeutschen Kooperation auf verschiedenen Gebieten des Gesundheitswesens das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege unterhalten. Das Zentrum fördert durch seine Aktivitäten die Überwindung der qualitativen Defizite im Bereich der stationären und ambulanten Alten- und Krankenpflege.  
Wegen der Zuweisungen der Vertragsländer vgl. Tit. 232 01.  
Der Anteil des Landes Schleswig-Holstein beträgt 26.211 €.

<b>425 03</b> (MG 02)	<b>314 Vergütungen der Angestellten</b>	<b>96,1</b> 107,4	<b>86,0</b>
<b>Erläuterungen:</b> Die Stellen sind in der Stellenübersicht zu Tit. 1001-425 01 ausgewiesen.			
<b>427 02</b> (MG 02)	<b>314 Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte sowie Vergütungen für Dozentinnen und Dozenten</b>	<b>4,0</b> 9,8	<b>4,3</b>
<b>533 01</b> (MG 02)	<b>314 Ausgaben aufgrund von Werkverträgen</b>	<b>1,4</b> 25,5	<b>22,0</b>
<b>547 01</b> (MG 02)	<b>314 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>41,0</b> 59,1	<b>14,0</b>
<b>Summe der Maßnahmegruppe 02</b>		<b>142,5</b> 201,8	<b>126,3</b>

**05 Entwicklungspartnerschaft (EP) "Sektorale Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (SEPIA)"**

Ausgaben dürfen bis zu 10.000 €, darüber hinaus bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei 272 01 geleistet werden.  
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.  
Übertragbar.

**Erläuterungen:**

Leertitel zur Abwicklung des in 2005 ausgelaufenen Programms.

<b>533 03</b> (MG 05)	<b>314 Honorarkosten für Leistungen im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft (EP) "Sektorale Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (SEPIA)"</b>	<b>0,0</b> 75,3	<b>0,0</b>
<b>684 01</b> (MG 05)	<b>314 An Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für Projekte im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft (EP) "Sektorale Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (SEPIA)"</b>	<b>0,0</b> 385,3	<b>0,0</b>
<b>686 01</b> (MG 05)	<b>314 An Gesellschaften des privaten Rechts und Stiftungen für Projekte im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft (EP) "Sektorale Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (SEPIA)"</b>	<b>0,0</b> 208,1	<b>0,0</b>
<b>989 01</b> (MG 05)	<b>991 Erstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative "EQUAL"</b>	<b>0,0</b> 14,6	<b>0,0</b>

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

---

<b>Summe der Maßnahmegruppe 05</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
	683,3	

**06 Maßnahmen zur Abwehr von Bioterrorismus und Bekämpfung hochansteckender, gefährlicher Krankheiten**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für Vorsorgemaßnahmen gegen bioterroristische Angriffe, insbesondere für die Lagerung von Impfstoffen und die Beschaffung nicht lagerfähiger Verbrauchsmittel sowie für die Schulung von Impfpersonal.

<b>547 02</b>	314	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>24,0</b>	<b>34,0</b>
(MG 06)			7,3	

<b>632 04</b>	314	<b>Erstattung an Länder</b>	<b>1.800,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 06)			0,0	

**Erläuterungen:**

Kostenanteil Schleswig-Holsteins an der Beschaffung antiviraler Medikamente.

<b>633 01</b>	314	<b>Erstattung an Kreise und kreisfreie Städte</b>	<b>5,0</b>	<b>55,0</b>
(MG 06)			0,0	

<b>684 02</b>	314	<b>An Hilfsorganisationen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 06)			0,0	

<b>686 02</b>	314	<b>Erstattung an die Ärztekammer</b>	<b>15,0</b>	<b>15,0</b>
(MG 06)			1,1	

<b>883 01</b>	314	<b>Zuweisungen für Investitionen an Kreise und kreisfreie Städte</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 06)			0,0	

---

<b>Summe der Maßnahmegruppe 06</b>	<b>1.844,0</b>	<b>104,0</b>
	8,4	

**08 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

<b>632 01</b>	312	<b>An andere Länder</b>	<b>525,0</b>	<b>637,8</b>
(MG 08)			501,6	

**Erläuterungen:**

Pflegekosten für die nach den Vorschriften der §§ 63, 64 StGB und § 64 StGB i.V.m. §§ 7, 93a JGG sowie nach § 65 StVollzG und Nr. 56 VVJug untergebrachten Personen.

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>662 02</b>	312	<b>Schuldendiensthilfen an die Fachklinik Schleswig und die Psychatrium GRUPPE in Neustadt</b>	<b>0,0</b>	<b>751,7</b>
(MG 08)			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	2.101
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	175
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	170
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	165
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	1.591

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Für die Umsetzung des von der Landesregierung am 14. Dezember 2004 beschlossenen Investitionsprogramms können die beiden Einrichtungsträger Kredite in Höhe von insgesamt 3.850 T€ in 2005 aufnehmen, deren Schuldendienst vom Land getragen wird. Darüber hinaus sind Schuldendiensthilfen zu leisten für bereits ab 2002 aufgenommene Darlehen.

Ziel:

Erhöhung der baulich-technischen Sicherheit sowie Verbesserung der Unterbringung der Patientinnen und Patienten in den beiden forensischen Kliniken in Schleswig und Neustadt.

Kennzahlen:

297 Plätze

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	575.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	176.700
<b>Zusammen</b>		<b>751.700</b>

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**683 02 312 An Psychatrium GRUPPE in Neustadt und Fachklinik Schleswig** **21.429,1** **23.032,7**  
 (MG 08) 20.080,4

**Erläuterungen:**

Pflegekosten für die nach den §§ 63 und 64 StGB sowie § 126 a StPO untergebrachten psychisch Kranken, Alkohol- und Drogenkranken in der Fachklinik

- Schleswig 5.728,1 T€
- psychiatrium GRUPPE 17.304,6 T€

Leistungsentwicklung der forensischen Abteilungen in Schleswig-Holstein ab 2003

<b>Psychatrium GRUPPE</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
a) Planbetten	215	215	240	240
b) belegte Betten	230,0	240,7	240,0	240,0
c) Auslastung in %	107,0	111,9	100,0	100,0
d) Pfl egetage	83.950	87.840	87.600	87.600
e) Personal in VK	243,1	249,1	256,4	272,1

<b>Fachklinik Schleswig</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
a) Planbetten	57	57	57	57
b) belegte Betten	62,2	63,3	68,0	64,0
c) Auslastung in %	109,1	111,0	119,3	112,3
d) Pfl egetage	22.700	23.090	24.820	23.360
e) Personal in VK	67,91	82,8	89,5	82,8

<b>S.-H. insgesamt</b>	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
a) Planbetten	272	272	297	297
b) belegte Betten	292,2	303,9	308,0	304,0
c) Auslastung in %	107,4	111,7	103,7	102,4
d) Pfl egetage	106.650	110.930	112.420	110.960
e) Personal in VK	311,01	331,9	345,9	354,9

	<b>2003</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Kosten pro Jahr pro bel. Bett in T€	62,3	66,1	68,9	75,8
Maßregelvollzugskosten in T€	18.197,9	20.080,4	21.229,0	23.032,7

<b>Summe der Maßnahmegruppe 08</b>	<b>21.954,1</b>	<b>24.422,2</b>
	20.582,0	

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**61 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs**

Darf bis zur Höhe der einen Betrag von 3.029,9 T€ übersteigenden tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 1002-381 01 überschritten werden.  
 Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.  
 Einseitig deckungsfähig zugunsten Maßnahmegruppe 01.

<b>526 61</b>	314	<b>Sachverständige</b>	<b>35,0</b>	<b>28,9</b>
(TG 61)			26,4	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	90
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	25
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	30
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	30
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	5

**Erläuterungen:**

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	28.900
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>28.900</b>

<b>534 61</b>	314	<b>Sachkosten im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs</b>	<b>2,6</b>	<b>11,0</b>
(TG 61)			44,7	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Mittel für die Drucklegung des Jahresberichts als Ergebnis der landesweiten elektronischen Datenerhebung und der Anteil Schleswig-Holsteins am Substitutionsregister aufgrund der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern vom 5.2. / 14.5.2002.

<b>633 61</b>	314	<b>An Kreise und kreisfreie Städte</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 61)			0,0	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

<b>671 61</b>	314	<b>An die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein für die Durchführung des Medikamentengestützten Therapiekonzeptes (MTK)</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 61)			0,0	

Weggefallen.

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**684 61 314 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs**  
(TG 61)

**2.838,0**  
2.783,0

**2.990,0**

# 10 02    Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu  
684 61

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	6.170
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	3.005
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	3.165

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu  
684 61

Mit den in diesem Titel veranschlagten Mitteln zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs werden auf der Grundlage der seit 1.1. 2003 geltenden Richtlinie zur Förderung psychosozialer Hilfen, der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe vom 27. Februar 2003 (Amtsbl. Schl.-H. 2003 S. 204) Personal- und Sachausgaben für regionale und landesweite Angebote gefördert.

**Ziele:**

1. Die Sicherstellung einer bedarfsgerechten, wirtschaftlichen und fachlichen Standards genügenden suchtbefugten Grundversorgung durch regional tätige ambulante Suchtberatungsstellen, insbesondere in Form von Beratung, Prävention, Vorhalten niedrigschwelliger Angebote, psychosozialer Begleitung Substituierter, geschlechts- und kinderspezifischer Angebote, Angehörigenarbeit. Die Mittel des Landes Schleswig-Holstein sind, neben den Leistungen der Kreise und kreisfreien Städte, eine wichtige Säule in der Finanzierung dieser Grundversorgung.

2. Die Aufrechterhaltung landesweiter Angebote sowie die Erfüllung von vertraglichen Leistungen, welche im Sinne der Grundversorgung erhalten bleiben müssen.

**Kennzahlen:**

**Suchthilfeeinrichtungen:**

Lt. Suchthilfeführer „Suchtkrankenhilfe in Schleswig-Holstein / Verzeichnis der Einrichtungen“ gibt es 107 Beratungsstellen und ambulante Hilfen, von denen 58 Beratungsstellen (incl. Nebenstellen) vom Land finanziell gefördert werden. Wir haben in Schleswig-Holstein drei verschiedene Typen von Suchthilfeeinrichtungen:

- Spezialeinrichtungen für Konsumenten legaler Drogen
- Spezialeinrichtungen für Konsumenten illegaler Drogen
- Integrative Einrichtungen

Die Spezialeinrichtungen befinden sich überwiegend in den kreisfreien Städten, die integrativen Einrichtungen in den ländlichen Gebieten. Grundlage der nachfolgenden Daten sind Ergebnisse aus 56 Einrichtungen. Diese Einrichtungen haben insgesamt 112.711 klientenbezogene Leistungen erbracht.

**Leistungsarten der Suchthilfeeinrichtungen:**

- 35 % Betreuung
- 45% Beratung
- 14 % Informationsvermittlung
- 3 % andere Hilfen
- 3 % Vermittlung
- 0,5 % Begleitung

**Rund 17.500 Personen (Klientinnen, Klienten und Angehörige) haben das ambulante Suchthilfesystem aufgesucht:**

- 12.463 namentlich erfasste Klienten
- 1.595 namentlich erfasste Angehörige
- ca. 2.675 anonyme Klienten
- ca. 822 anonyme Angehörigen

**Niedrigschwellige Drogenarbeit:**

Die niedrigschwellige Drogenarbeit will die Handlungskompetenz der Betroffenen erhalten und erweitern und so über die Kontaktarbeit die Betroffenen zu konkreten Hilfsangeboten (z.B. Beratung, Betreuung, Therapie) führen. Neben diesen Hilfsangeboten haben die niedrigschwelligen Einrichtungen 2003 folgende Leistungen dokumentiert:

- 23.922 Kontakte
- 224.113 Spritzen getauscht
- 10.135 Mahlzeiten ausgegeben

**Drogenkonsum (Hauptdroge):**

- 47 % Alkohol
- 25 % Opiate
- 6 % Cannabis
- 2 % Essstörungen
- 3 % pathologisches Spielen
- 17 % Sonstiges (Kokain (1%), Amphetamine, LSD und Ecstasy (1%) und Medikamente (1%) hatten 2003 als Hauptdroge eine untergeordnete zahlenmäßige Bedeutung; zu 14 % der Hilfesuchenden liegen keine Angaben vor.)

**Haupteinkommensquelle der Klientinnen und Klienten:**

- 46 % Arbeitslosengeld oder –hilfe, Krankengeld oder Sozialhilfe
- 35 % Eigene Erwerbstätigkeit
- 19 % Rente, Unterhalt von Angehörigen, Sonstiges

**Ergebnisqualität:**

Zur Ermittlung der Ergebnisqualität wurde der Konsumstatus nach Beendigung des Kontaktes mit der Suchtberatungsstelle zu Grunde gelegt:

- 37 % abstinent

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu  
684 61

- 21 % Konsumstatus gebessert
- 32 % Konsumstatus unverändert
- 5 % Konsumstatus verschlechtert
- 5 % kein Konsum-Problem seit Betreuungsbeginn

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		2006
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	2.990.000
<b>Zusammen</b>		<b>2.990.000</b>

<b>893 61</b>	314	<b>Zuschüsse an Verbände für Investitionen zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs sowie für soziale Einrichtungen der Suchtkrankenhilfe</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 61)			0,0	

Weggefallen.

<b>Summe der Titelgruppe 61</b>	<b>2.875,6</b>	<b>3.029,9</b>
	2.854,1	

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit der Titelgruppe 68.

### Erläuterungen:

Es sind Mittel veranschlagt für:

		2006 €
1.	Maßnahmen gegen AIDS (Tit. 684 62 und 686 62)	405.100
2.	Bekämpfung von Volkskrankheiten, Gesundheitsförderung, Förderung der Prävention und Rehabilitation (Tit. 534 62, 671 62 und 684 62)	439.000
3.	Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten sowie Vorsorge für die Seuchenbekämpfung (Tit. 534 62 und 681 62)	52.600
<b>Summe</b>		<b>896.700</b>

534 62	314 Sächliche Verwaltungsausgaben im Zusammenhang mit der Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten	7,6 6,4	7,9
--------	--	------------	-----

### Erläuterungen:

Veranschlagt sind für

		2006 €
<b>1.</b>	<b>Vorsorge für die Seuchenbekämpfung</b>	
1.1	Behandlung bestimmter Infektionskrankheiten	1.600
1.2	Sonstige mit der Seuchenbekämpfung im Zusammenhang stehende Ausgaben, z.B. Übernahme von Obduktionskosten zur Aufklärung von CJK-Fällen	1.000
<i>Summe zu 1.</i>		<i>2.600</i>
<b>2.</b>	<b>Deutsches Kinderkrebsregister</b>	
2.1	Anteil Schleswig-Holsteins an der Finanzierung des Deutschen Kinderkrebsregisters	5.300
<i>Summe zu 2.</i>		<i>5.300</i>
<b>Zusammen</b>		<b>7.900</b>

633 62	314 An Kreise und kreisfreie Städte	0,0 0,0	0,0
--------	-------------------------------------	------------	-----

Weggefallen.

671 62	314 An den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Schleswig-Holstein (MDK) für Brustkrebs-Screening	0,0 0,0	50,0
--------	---	------------	------

### Erläuterungen:

Am 1.1.2004 ist die Änderung der Krebsfrüherkennungs-Richtlinien in Kraft getreten, die die bundesweite Einführung eines bevölkerungsbezogenen Brustkrebs-Screenings für Frauen im Alter von 50 bis 69 Jahren zum Inhalt hat. Allen Frauen dieser Altersgruppe soll alle zwei Jahre eine Mammographie angeboten werden. Das Screening-Programm richtet sich nach den Europäischen Leitlinien, die auch von anderen europäischen Ländern angewandt werden. Kostenträger des Screenings ist mit etwa 90 % die GKV für ihre Versicherten. Der restliche Anteil von ca. 10 % entfällt auf die private Krankenversicherung, freie Heilfürsorge (Polizei, Bundeswehr), Sozialhilfeempfänger und Nicht-Versicherte. Das MSGF beteiligt sich an den Kosten der Zentralen Stelle sowie an Kosten der Meldebehörden (sog. "Overhead"-Kosten).

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**681 62 314 Schutzimpfungen**  
(TG 62)

**52,0**  
33,0

**50,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Durchführung von unentgeltlichen Schutzimpfungen durch die Gesundheitsämter nach § 20 Abs. 5 Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über die Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz und der Vereinbarung mit der GKV über die Beteiligung an den Kosten für Impfstoffe vom 27. August 1998 (z.Z. Polio, Diphtherie, Wundstarrkrampf, Röteln, Masern und Keuchhusten).

# 10 02 **Gesundheit**

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**684 62 314** Bekämpfung von Volkskrankheiten und anderen Krankheiten -  
(TG 62) Gesundheitsaufklärung und Prävention

**309,6**  
383,7

**417,0**

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu  
684 62

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	1.257
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	318
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	344
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	344
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	251

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Maßnahmen im Zusammenhang mit AIDS	33.300
2.	Landesvereinigung für Gesundheitsförderung	112.500
3.	Förderung der Prävention und Rehabilitation insbesondere im kardiologischen Bereich	56.400
4.	Gesundheitsförderung von Migrantinnen und Migranten	40.000
5.	Kampagne Optikids	75.000
6.	Förderung der psychosozialen Krebsnachsorge	99.800
<b>Summe</b>		<b>417.000</b>

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie für die allgemeine Gesundheitsförderung vom 12. September 2001 (Amtsbl. Schl.-H. 2001 S. 528).

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu  
684 62

Zu 1.

Ziel:

Koordination und fachliche Anleitung von Multiplikatoren in der AIDS-Prävention, Verhinderung von HIV-Neuinfektionen.

Kennzahlen:

2 Fachkräftetreffen, 35 Teilnehmer  
Fortbildung Theaterpädagogik, 11 Teilnehmer  
Parcours an 25 Schulen, 2000 Teilnehmer  
Lehrerkontakte,-anfragen (ohne Parcoursbuchungen), 36 Teilnehmer  
AG-Treffen/Koordinatorentreffen (ca. 8 VA), 40 Teilnehmer  
Parcoursvorstellung auf Bu-Lä-Ebene, 20 Teilnehmer

Zu 2.

Ziel:

Gesundheitsbewusstes Verhalten in der Bevölkerung entwickeln und fördern, um langfristig eine günstigere Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu ermöglichen.  
Die LV ist hierbei maßgeblich an der Durchführung präventiver Maßnahmen zur Gesundheitsförderung beteiligt und Koordinierungsstelle für diverse Präventionskampagnen.

Kennzahlen:

3 Fachtagungen, mind. 50 Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zu Themen der Prävention und Gesundheitsförderung,  
100 Informationsveranstaltungen zum Thema Brustlife

Zu 3.

Ziel:

Gesundheitsbewusstes Verhalten in der Bevölkerung entwickeln und fördern, um langfristig eine günstigere Kostenentwicklung im Gesundheitswesen zu ermöglichen.  
- Infarktpatienten nach der Akut-Versorgung im Krankenhaus ambulant unter ärztl. Betreuung einer Bewegungstherapie zuzuführen sowie Vermittlung eines adäquaten Lebensweisenkonzeptes, Förderung der Gesundheitsinitiative "Herz intakt".  
- Durchführung eigener Präventionsprojekte des MSGF, Umsetzung der Gesundheitsziele u. Förderung von gesundheitsbezogenen Projekten von Selbsthilfegruppen.

Kennzahlen:

- 2250 Personen, die das Angebot der Koronarsportgruppen erreicht, 70 Übungseinheiten zur Fortbildung von Übungsleitern und Ärzten; insgesamt 1000 Teilnehmer an den Schulungseinheiten der Gesundheitsinitiative "Herz intakt".

Zu 4.

Ziel:

Chancengleichheit für Migranten/tinnen beim Zugang zu Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Kennzahlen:

150 Opfer von Folter und Gewalt,  
180 Angehörige der Gesundheitsfachberufe,  
368 Menschen aus Osteuropa,  
3 Veranstaltungen.

Zu 5.

Ziel:

Früherkennung und -intervention bei Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsstörungen. Ausbildungsmodul und Handlungsleitfaden für Erzieherinnen und Erzieher.

Zielgruppe:

3 - 6 jährige Kinder in Kindertagesstätten, sozial Benachteiligte.

Kennzahlen:

300 Kinder,  
50 Multiplikatoren (Erzieherinnen und Erzieher).

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu  
684 62

Zu 6.

Ziel:

Hilfe für krebserkrankte Menschen in ihrer psychischen, physischen, familiären, finanziellen und sozialen Situation.

Kennzahlen:

Förderung von 24 Einrichtungen der psychosozialen Krebsnachsorge.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		2006
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	26.000
<b>Zusammen</b>		<b>26.000</b>

<b>686 62</b>	314	<b>Förderung von AIDS-Hilfen und -Selbsthilfegruppen</b>	<b>406,8</b>	
	(TG 62)		399,5	<b>371,8</b>

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	350
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	350
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt sind Zuschüsse zu den Personal-, Sach- und Projektkosten.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen gegen HIV/AIDS und sexuell übertragbare Krankheiten (STD) vom 29. Juli 2002 (Amtsbl. Schl.-H. 2002 S. 465).

Ziel:

Psychosoziale Beratung und Betreuung von HIV-Positiven und deren Angehörigen, zielgruppenorientiert.

Kennzahlen:

Z. Zt. keine exakten Zahlenangaben möglich, erst nach Einführung von Leistungsbeschreibung und EDV-gestütztem Doku-System.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		2006
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	314.000
<b>Zusammen</b>		<b>314.000</b>

<b>Summe der Titelgruppe 62</b>	<b>776,0</b>	
	822,6	<b>896,7</b>

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**63 Aus- und Fortbildung von Personal im Bereich des Gesundheitswesens**

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

**Erläuterungen:**

Die Fortentwicklung des Gesundheitswesens, insbesondere seine Anpassung an die gestiegenen Anforderungen entsprechend dem Stand von Wissenschaft und Technik und an die gesellschaftlichen Veränderungen, erfordern eine ständige Fortbildung des Personals des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

<b>525 63</b>	314	<b>Aus- und Fortbildung einschließlich Reisekosten</b>	<b>1,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 63)			0,0	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für Fortbildungsveranstaltungen sowie Zuschüsse zur Teilnahme an Kongressen und Seminaren für das Personal des öffentlichen Gesundheitsdienstes.

<b>526 63</b>	314	<b>Tagungen und Fachtagungen für das Gesundheitswesen</b>	<b>2,0</b>	<b>15,0</b>
(TG 63)			2,3	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Tagungen mit Persönlichkeiten des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie in Forschung, Klinik und Praxis, der Ärzteschaft sowie weiteren Fachleuten aus aktuellem Anlass.

Mehr wegen der Initiierung eines Diskussionsprozesses zum "Gesundheitsland Schleswig-Holstein 2015".

<b>686 63</b>	314	<b>An Vereine, Verbände und Forschungseinrichtungen</b>	<b>2,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 63)			2,0	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

---

		<b>Summe der Titelgruppe 63</b>	<b>5,0</b>	<b>15,0</b>
			4,3	

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**64 Fürsorge für Mutter und Kind**

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für die Fürsorge für Mutter und Kind, die nicht von der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen werden, aber gesundheitspolitisch von besonderer Bedeutung sind.

<b>681 64</b>	<b>314 Förderung des Hebammenwesens</b>	<b>5,4</b>	<b>5,4</b>
(TG 64)		4,0	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind:

			<b>2006</b>
			<b>€</b>
1.	Mindesteinkommen für freiberufliche Hebammen		4.500
2.	Zuschüsse für internationale, Landes- und Bundes-Hebammentagungen		900
	<b>Summe</b>		<b>5.400</b>

Ziel:

Freiberuflich tätige Hebammen stehen am unteren Ende der Einkommensskala bei Selbständigen der Gesundheitsberufe. Ziel ist, durch Zuwendungen zu den Fortbildungsveranstaltungen des Hebammenverbandes Schleswig-Holstein die Teilnahmegebühren für die Hebammen zu ermäßigen, damit sie an den Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen um sich mit neuen fachlichen Fragen und Erkenntnissen zu befassen.

Kennzahlen:

9 Fortbildungsveranstaltungen, 130 Teilnehmerinnen

<b>682 64</b>	<b>314 Für Früherkennungsuntersuchungen auf Stoffwechselerkrankungen bei Neugeborenen</b>	<b>25,2</b>	<b>25,2</b>
(TG 64)		19,4	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für das Screening auf zwei angeborene Stoffwechselerkrankungen bei Neugeborenen, die unbehandelt zu irreparablen Gesundheitsschäden (geistige Behinderung) oder in den ersten Lebenswochen zum Tode führen. Sie treten mit einer Häufigkeit von 1 : 8.000 (Phenylketonurie) und 1 : 30.000 (Galaktosämie) auf.

<b>Summe der Titelgruppe 64</b>	<b>30,6</b>	<b>30,6</b>
	23,4	

**65 Verletztenversorgung auf See**

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe. Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titelgruppe 65 überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Zur Verbesserung der maritimen Notfallvorsorge haben die Küstenländer (Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Niedersachsen) und der Bund eine zentrale Koordinierungs- und Führungseinrichtung "Havariekommando" in Cuxhaven durch Vereinbarung geschaffen; vgl Gesetz vom 12. Dezember 2002 (GVOB. S. 246). Der Havariekommandant überträgt im Wege der Auftragsakt im Havariefall die Aufgabenerfüllung an die zuständigen Stellen in den Ländern und des Bundes.

Die Länder sind für die Verletztenversorgung innerhalb der Küstengewässer (außerhalb des Rettungsdienstgesetzes) im Rahmen der allgemeinen Gefahrenabwehr zuständig. Da das Land nicht über einen eigenen Rettungsdienst verfügt, muss diese Aufgabe durch kommunale Rettungsdienste (Berufsfeuerwehren Flensburg, Kiel und Lübeck) ausgeführt werden. Dazu müssen Verträge zwischen dem Land und den (beteiligten) Kommunen abgeschlossen werden. Diese umfassen ebenfalls die Zusicherung, die notwendigen Ausbildungsmaßnahmen zu finanzieren sowie die Kosten der erforderlichen zusätzlichen Ausstattung zu übernehmen.

<b>525 65</b>	<b>314 Aus- und Fortbildung</b>	<b>93,0</b>	<b>97,4</b>
(TG 65)		0,0	

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
547 65	314	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	11,0	12,0
(TG 65)			0,0	
632 65	314	Anteil an den Kosten für das Havariekommando	66,0	69,3
(TG 65)		(Verletztenversorgung)	36,6	
633 65	314	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	199,0	192,8
(TG 65)			145,2	
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:				
			<b>2006</b>	
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre		260.000	
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005		0	
<b>Zusammen</b>			<b>260.000</b>	
671 65	314	Erstattungen an Forum Leitende Notärzte	23,0	23,7
(TG 65)			22,0	
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:				
			<b>2006</b>	
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre		24.000	
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005		0	
<b>Zusammen</b>			<b>24.000</b>	
883 65	314	Zuschüsse für Investitionen	48,0	50,8
(TG 65)			3,3	
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:				
			<b>2006</b>	
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre		51.000	
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005		0	
<b>Zusammen</b>			<b>51.000</b>	
919 65	951	Zuführung an die Rücklage	0,0	0,0
(TG 65)			261,1	
<b>Summe der Titelgruppe 65</b>			<b>440,0</b>	<b>446,0</b>
			468,2	

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>66</b>		<b>Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung</b>		
		Weggefallen.		
<b>684 66</b>	<b>314</b>	<b>An Verbände für Einrichtungen der dezentralen psychiatrischen Versorgung</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 66)			0,0	
		Übertragen nach 1002 - 684 03.		
<b>893 66</b>	<b>314</b>	<b>Soziale Einrichtungen der Psychiatrie</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 66)			0,0	
		Weggefallen.		
<b>Summe der Titelgruppe 66</b>			<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	
<b>67</b>		<b>Krebsregister</b>		
		Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.		
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Krebsregister bilden die Datengrundlage für die epidemiologische Krebsforschung. Zur Verbesserung dieser Datengrundlage verpflichtete das bis zum 31. Dezember 1999 geltende Krebsregistergesetz des Bundes vom 4. November 1994 (BGBl. I S. 3351) alle Länder, bis zum 1. Januar 1999 flächendeckend bevölkerungsbezogene Krebsregister einzurichten und zu führen. Dies ist in Schleswig-Holstein durch das Gesetz zur Ausführung des Krebsregistergesetzes (AGKRG) vom 19. Februar 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 96) erfolgt, das vom 1. Januar 2000 an durch das Landeskrebsregistergesetz (LKRKRG) vom 28. Oktober 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 336) abgelöst wurde.		
		Das schleswig-holsteinische Krebsregister besteht aus der bei der Ärztekammer eingerichteten "Vertrauensstelle" und einer "Registerstelle". Bei der Vertrauensstelle gehen seit etwa Ende April/Anfang Mai 1997 die Meldungen der Krankheitsfälle ein. Dort werden die personenbezogenen Daten von den epidemiologischen Krankheitsdaten getrennt, die der "Registerstelle" übermittelt und dort ausgewertet werden. Diese Daten stehen für Forschungszwecke zur Verfügung.		
		Die Aufgaben der Registerstelle wurden durch § 2 Abs. 3 LKRKRG dem Institut für Krebsepidemiologie e.V. in Lübeck übertragen. Dem Verein ist nach § 119 des Hochschulgesetzes die Stellung einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Medizinischen Universität zu Lübeck verliehen worden; er kooperiert eng mit dem dortigen Institut für Sozialmedizin.		
		Die Kosten für die Krebsregistrierung trägt das Land. Durch die Ansätze der TG 67 werden der Ärztekammer Schleswig-Holstein und dem Institut für Krebsepidemiologie e.V. die Mittel für die erforderlichen Personal- und Sachkosten einschließlich der Investitionen zur Verfügung gestellt. Die Einzelheiten sind durch Verträge vom November/Dezember 1999 geregelt.		
<b>547 67</b>	<b>314</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>
(TG 67)			1,4	
<b>671 67</b>	<b>314</b>	<b>Verwaltungsausgaben der Vertrauensstelle des Krebsregisters</b>	<b>819,5</b>	<b>972,0</b>
(TG 67)			803,8	
<b>686 67</b>	<b>314</b>	<b>An das Institut für Krebsepidemiologie e.V., Lübeck</b>	<b>423,5</b>	<b>394,3</b>
(TG 67)			386,2	
<b>892 67</b>	<b>314</b>	<b>Für Investitionen des Instituts für Krebsepidemiologie e. V., Lübeck</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 67)			0,0	
<b>893 67</b>	<b>314</b>	<b>Für Investitionen der Vertrauensstelle des Krebsregisters</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 67)			0,0	
<b>Summe der Titelgruppe 67</b>			<b>1.246,0</b>	<b>1.369,3</b>
			1.191,4	

10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**68 Gesundheitsberichterstattung**

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe und mit der Titelgruppe 62.

**Erläuterungen:**

Nach § 6 Abs. 4 des Gesundheitsdienst-Gesetzes vom 14. Dezember 2001 (GVBl. Schl.-H. S. 398) hat das MSGV zumindest einmal in der Legislaturperiode Landesgesundheitsberichte über einzelne Themen oder Bevölkerungsgruppen zu erstellen.

<b>526 68</b>	314	<b>Ausgaben für Sachverständige, Gutachten u. ä.</b>	<b>412,0</b>	<b>183,8</b>
(TG 68)			337,1	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für:

		2006
		€
1.	Heranziehung von Sachverständigenleistungen zur Vorbereitung/Anfertigung eines Basisgesundheitsberichtes für Schleswig-Holstein	20.000
2.	Fortschreibung der Datenbank "Schulgesundheitsuntersuchungen in Schleswig-Holstein" durch das Universitätsklinikum Lübeck aus Datenerhebungen der kommunalen Gesundheitsämter	28.000
3.	Heranziehung eines Sachverständigen für seuchenhygienische oder infektionsepidemiologische Fragen im Rahmen der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	7.100
4.	Externe Gutachten im Rahmen eines Einsatzes der epidemiologischen Task Force	4.700
5.	Unterstützung des Modellvorhabens über qualitätsgesicherte Mamma-Diagnostik	19.000
6.	Auswertung und Abschlussbericht zur Ergänzung des RKI Kinder-Gesundheits-Surveys	15.000
7.	Förderung eines Modellprojektes zur Prävention koronarer Herzerkrankungen	90.000
<b>Summe</b>		<b>183.800</b>

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		2006
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	124.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>124.000</b>

<b>547 68</b>	314	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>2,4</b>	<b>2,4</b>
(TG 68)			0,8	

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>883 68</b>	314	<b>Zuweisungen für Systeme zur Datenerfassung</b>	<b>0,0</b>	<b>4,8</b>
(TG 68)			0,0	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Zuwendungstitel		
		Ziel:		
		Angestrebt wird eine einheitliche und flächendeckende Gesundheitsberichterstattung der Kreise und kreisfreien Städte in SH durch Datenerfassung und -haltung vor allem in den Bereichen		
		- meldepflichtige Krankheiten,		
		- Betreuung psychisch Kranker,		
		- Schülergesundheitsuntersuchungen,		
		- Todesursache,		
		- Drogenberatung (Programm HORIZONT).		
		Kennzahlen:		
		5 Zuschüsse für Arbeitsplatzrechner,		
		1 Beschaffung sowie 1 Entwicklung von Software		
<b>Summe der Titelgruppe 68</b>			<b>414,4</b>	<b>191,0</b>
			337,9	
<b>69</b>		<b>Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz, Bade- und Trinkwasserhygiene</b>		
		Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.		
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt zur Aufklärung und Bekämpfung umweltbedingter Gesundheitsrisiken und Erkrankungen.		
<b>533 69</b>	314	<b>Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen</b>	<b>34,0</b>	<b>27,3</b>
(TG 69)			34,5	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt für Werkverträge zur Ermittlung besonderer Belastungen, zur Entwicklung eines geographischen Informationssystems für Badegewässerdaten sowie zur Erstellung einer Badewasserkarte Schleswig-Holstein.		
<b>534 69</b>	314	<b>Sächliche Verwaltungsausgaben für Informationsveranstaltungen und -schriften</b>	<b>8,0</b>	<b>8,0</b>
(TG 69)			6,2	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt für Informationsveranstaltungen und -schriften im Bereich Umweltmedizin und umweltbezogenem Gesundheitsschutz einschließlich Trink- und Badewasser.		
<b>547 69</b>	314	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>
(TG 69)			0,8	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt für die Pflege, Sammlung und Auswertung von Daten zu Umweltmedizin und umweltbezogenem Gesundheitsschutz einschließlich Trink- und Badewasser.		
<b>Summe der Titelgruppe 69</b>			<b>45,0</b>	<b>38,3</b>
			41,5	
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>32.229,2</b>	<b>32.991,2</b>
			29.492,4	

# 10 02 Gesundheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	35,8 68,4	37,8
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	118,8 798,4	105,4
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 14,6	2.132,4
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>154,6</b> 881,4	<b>2.275,6</b>
41 - 49		Personalausgaben	100,1 117,2	90,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	817,7 661,6	564,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	31.263,4 28.434,6	32.280,9
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	48,0 3,3	55,6
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 275,7	0,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>32.229,2</b> 29.492,4	<b>32.991,2</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-32.074,6</b> -28.611,0	<b>-30.715,6</b>

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Einnahmen**

- 01 Erstattungen zu den Leistungen für Opfer von Gewalttaten
- 02 Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken nach § 145 Abs. 1 SGB IX

**Ausgaben**

- 01 Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten
- 02 Erstattung der Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken nach § 152 SGB IX
- 04 Entschädigungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
- 05 Entschädigungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

**Einnahmen**

<b>112 01</b>	<b>214 Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten</b>	<b>160,0</b>	<b>130,0</b>
		117,2	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Geldbußen gemäß § 121 SGB XI wegen Nichtabschluss einer Pflegeversicherung sowie gemäß § 14 BErzGG wegen Verletzung der Pflicht, auf Verlangen Auskünfte zu erteilen, Bescheinigungen auszustellen und Veränderungen mitzuteilen.

<b>119 99</b>	<b>214 Vermischte Einnahmen</b>	<b>5,0</b>	<b>5,0</b>
		4,6	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind auch Verkaufserlöse für unbrauchbare und entbehrliche Geräte etc. sowie Kostenbeiträge für die Benutzung verwaltungseigener Geräte.

<b>124 01</b>	<b>214 Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung</b>	<b>40,0</b>	<b>44,8</b>
		38,0	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	aus - Dienstwohnung (Vorjahr: -)		0
2.	aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		
2.1	von Grundstücken in Größe von - (Vorjahr: -)		0
2.2	von Gebäuden, Wohnungen und dergl.		
2.3	Mietwohnungen an Landesbedienstete (Vorjahr: 2)		0
2.4	8 Mietwohnungen an Dritte (Vorjahr: 6)		44.750
3.	Sonstige Einnahmen		50
<b>Summe</b>			<b>44.800</b>

<b>132 01</b>	<b>214 Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen</b>	<b>0,0</b>	<b>2,5</b>
		0,0	

<b>162 01</b>	<b>247 Zinseinnahmen aus Darlehen</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>
		0,1	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für Zinseinnahmen aus Darlehen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge. Die Darlehen sind grundsätzlich zinsfrei. Lediglich in Einzelfällen werden Verzugs- und ähnliche Zinsen erhoben. Vgl. Tit. 631 04 und 863 03.

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>182 01</b>	247	<b>Darlehensrückflüsse</b>	<b>150,0</b>	<b>120,0</b>
			142,3	

**Erläuterungen:**

Tilgungseinnahmen für Darlehen im Rahmen der Kriegsopferversorge, für Hilfen nach dem Infektionsschutzgesetz und für Hilfen nach dem Opferentschädigungsgesetz.  
Vgl. Tit. 631 04 und 863 03.

<b>231 03</b>	247	<b>Erstattungen des Bundes</b>	<b>126,6</b>	<b>123,2</b>
			128,6	

**Erläuterungen:**

1. Für Leistungen der Kriegsopferversorge:

1.1 Gemäß dem Ersten Überleitungsgesetz, zuletzt geändert am 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2317), erstattet der Bund die Aufwendungen für die Kriegsopferversorge nach den §§ 25 bis 27 i des Bundesversorgungsgesetzes zu 80 v.H., für Empfänger von Leistungen der Kriegsopferversorge außerhalb des Geltungsbereiches des Überleitungsgesetzes zu 100 v.H. Für Berechtigte nach dem Soldatenversorgungsgesetz i.d.F. vom 9. April 2000 (BGBl. I S. 1258), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. Mai 2005 (BGBl. I S. 1234) bzw. dem Zivildienstgesetz i.d.F. vom 17. Mai 2005 (BGBl. I S. 1346) trägt der Bund die Aufwendungen zu 100 v.H. (§§ 80, 88 SVG, § 51 ZDG).

**2006**  
€

1.2	Veranschlagt ist der Bundesanteil an den Ausgaben bei	
1.2.1	Tit. 1003 - 681 10 = 6.500 €	
1.2.2	Tit. 1003 - 863 03 = 120.000 €	126.500
1.2.3	abzüglich Ausland	-6.500
1.2.4	abzüglich SVG	-10.000
1.2.5	abzüglich IfSG	-13.800
1.2.6	abzüglich OEG	-42.000
	<b>Summe</b>	<b>54.200</b>

Vom Bund zu erstatten:

**2006**  
€

1.3	Kriegsopferversorge 80 v. H. von 54.200 € =	43.360
1.4	SVG, Ausland u.a. 100 v. H. von 16.500 € =	16.500
1.5	OEG 40 v. H. von 42.000 € =	16.800
	<b>Summe</b>	<b>76.660</b>

Vgl. Tit. 633 04, 681 10, 863 03.

2. Nach § 20 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes trägt der Bund 65 v. H. der Ausgaben, die den Ländern nach diesem Gesetz entstehen = 42.900 €.  
Vgl. Maßnahmegruppe 04.

3. Nach § 17 des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes trägt der Bund 60 v.H. der Ausgaben, die den Ländern nach diesem Gesetz entstehen = 3.600 €.  
Vgl. Maßnahmegruppe 05.

10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<p><b>01 Erstattungen zu den Leistungen für Opfer von Gewalttaten</b></p>				
119 04	291	<b>Aus gesetzlichen Schadensersatzansprüchen einschließlich Zinsen</b>	<b>150,0</b>	<b>150,0</b>
(MG 01)			160,2	
<p><b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind die Erstattungen Dritter aufgrund von Schadensersatzansprüchen, die auf das Land übergegangen sind (§ 5 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten) und die auf die Erstattung Dritter entfallenden Zinsen (§ 44 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).</p>				
231 01	291	<b>Vom Bund einschließlich Zinsen</b>	<b>932,9</b>	<b>883,0</b>
(MG 01)			775,1	
<p><b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind die Anteile des Bundes nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten, d.h. 40 v.H. der Geldleistungen (vgl. zu Tit. 681 02 MG 01 - Nr. 1), und die auf die Anteile des Bundes entfallenden Zinsen (§ 44 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).</p>				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>1.082,9</b>	<b>1.033,0</b>
			935,3	
<p><b>02 Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken nach § 145 Abs. 1 SGB IX</b></p>				
111 02	291	<b>Von schwerbehinderten Menschen im Sinne des § 151 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB IX</b>	<b>9,5</b>	<b>7,0</b>
(MG 02)			5,3	
<p><b>Erläuterungen:</b> Die Einnahmen sind nach Kürzung um die Ausgaben bei Tit. 671 01 MG 02 in voller Höhe zweckgebunden an den Bund abzuführen; sie sind in entsprechender Höhe zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 631 01 MG 02 zu verwenden.</p>				
111 03	291	<b>Von den sonstigen berechtigten schwerbehinderten Menschen</b>	<b>1.800,0</b>	<b>1.700,0</b>
(MG 02)			1.661,2	
<p><b>Erläuterungen:</b> Die Einnahmen sind nach Minderung um die Ausgaben bei Tit. 671 02 MG 02 zu dem gemäß § 152 Satz 1 Ziffer 2 SGB IX jeweils für ein Jahr festgesetzten Vomhundertsatz (vgl. im einzelnen Tit. 631 02 MG 02) zweckgebunden an den Bund abzuführen; sie sind in entsprechender Höhe zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 631 02 MG 02 zu verwenden.</p>				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 02</b>			<b>1.809,5</b>	<b>1.707,0</b>
			1.666,5	
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>3.375,0</b>	<b>3.166,5</b>
			3.032,6	

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

<b>422 01</b>	<b>214</b>	<b>Bezüge und Zulagen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten</b>	<b>6.354,3</b> 6.147,9	<b>6.280,9</b>
<b>422 02</b>	<b>214</b>	<b>Bezüge der beamteten Hilfskräfte</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>425 01</b>	<b>214</b>	<b>Vergütungen der Angestellten</b>	<b>7.744,3</b> 7.314,1	<b>7.744,3</b>
<b>426 01</b>	<b>214</b>	<b>Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter</b>	<b>254,2</b> 277,0	<b>254,2</b>
<b>427 01</b>	<b>214</b>	<b>Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>10,3</b> 0,0	<b>10,3</b>
<b>459 01</b>	<b>214</b>	<b>Prämienzahlung im Rahmen des Vorschlagswesens</b>	<b>0,4</b> 0,0	<b>0,4</b>

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 459 01 innerhalb des Einzelplans 10.

<b>511 01</b>	<b>214</b>	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>685,0</b> 726,1	<b>650,0</b>
---------------	------------	--	-----------------------	--------------

### Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	Büromaterial		61.900
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.		46.300
3.	Druck- und Buchbindearbeiten		32.200
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren		471.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten		28.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten		2.000
7.	Unterhaltung von Geräten		8.600
8.	Sonstiges		0
<b>Summe</b>			<b>650.000</b>

<b>514 01</b>	<b>214</b>	<b>Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.</b>	<b>28,0</b> 23,6	<b>28,0</b>
---------------	------------	--	---------------------	-------------

### Erläuterungen:

Bestand an Dienstfahrzeugen:

		Soll 2006	Tatsächlicher Bestand am 1.2.2005
Pkw mit Fahrer		1	1
Selbstfahrer-Pkw		1	1
<b>Zusammen</b>		<b>2</b>	<b>2</b>

10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
517 01	214	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>41,3</b> 30,7	<b>43,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
In Betracht kommen: 5 Gebäude mit insgesamt 16.964 qm Nutz- und Nebenraumfläche *), *) ohne Boden- und Kellerraumfläche.				
Veranschlagt für:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Heizung		0
2.		Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf		0
3.		Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung		7.210
4.		Sonstiges		35.790
<b>Summe</b>				<b>43.000</b>
517 91	214	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH</b>	<b>801,7</b> 681,8	<b>749,1</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Nebenkosten aus dem Einzelmietvertrag mit der GMSH		28.100
2.		Bewirtschaftungskosten aus dem Einzelbewirtschaftungsvertrag		721.000
<b>Summe</b>				<b>749.100</b>
518 01	214	<b>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>283,0</b> 271,7	<b>288,3</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für Mieten für die vom LAsD genutzten Bundesliegenschaften (Außenstellen Heide, 2013 qm Hauptnutzfläche, Kiel, 1390 qm Hauptnutzfläche, und Schleswig, 1448 qm Hauptnutzfläche) für die in regelmäßigen Abständen zu überprüfenden Resthauptnutzflächen, d.h. ohne die vom Bund zur Durchführung der Kriegsopferversorgung mietfrei zur Verfügung gestellten Flächen.				
518 02	214	<b>Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge</b>	<b>40,6</b> 50,4	<b>55,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind die Mieten für 26 Kopiergeräte und eine Postbearbeitungsmaschine.				
518 91	214	<b>Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>651,4</b> 651,4	<b>651,4</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Miete für das LAsD, Steinmetzstr. 1 - 11, 24534 Neumünster, 4.054 qm Hauptnutzfläche und LAsD - Außenstelle Lübeck -, Große Burgstr. 4, 23552 Lübeck, 3.030 qm Hauptnutzfläche.				
518 98	214	<b>Leasingraten für Ausstattungsgegenstände</b>	<b>33,8</b> 30,0	<b>33,8</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Mietkauf von 50 Büromöbelrausstattungen (EDV-Arbeitsplätze nach den EU-Richtlinien).				

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>525 01</b>	<b>214</b>	<b>Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten</b>	<b>87,1</b> 50,1	<b>88,8</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Ausbildung und Umschulung, Qualifizierungsfortbildung für Angestellte, Prüfungsvergütungen		8.800
2.		Fortbildung		80.000
<b>Summe</b>				<b>88.800</b>
<b>526 01</b>	<b>214</b>	<b>Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>120,0</b> 111,1	<b>135,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Mittel sind vorgesehen für die in den Gerichtsverfahren anfallenden Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten, hauptsächlich für Rechtsanwälte/innen, Rentenberater/innen und sonstige Prozessbevollmächtigte sowie für die Kostenerstattung in Rechtsbehelfsverfahren. Insbesondere entstehen Kosten für Sozialgerichtsverfahren sowie Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit Bußgeldverfahren wegen Nichtabschluss einer privaten Pflegeversicherung und Bußgeldverfahren aufgrund von Verstößen gegen die Mitwirkungspflichten nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz -vgl. Tit. 112 01-.				
<b>526 03</b>	<b>214</b>	<b>Fachbeiräte und ähnliche Ausschüsse</b>	<b>3,0</b> 3,9	<b>4,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Beratender Ausschuss für behinderte Menschen und Widerspruchsausschuss beim Integrationsamt gemäß §§ 103 und 119 SGB IX		2.500
2.		Beirat der Hauptfürsorgestelle gemäß Durchführungsgesetz zur Kriegsopferfürsorge		1.500
<b>Summe</b>				<b>4.000</b>
<b>526 05</b>	<b>214</b>	<b>Ärztliche Untersuchungen</b>	<b>4,5</b> 0,2	<b>5,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt z.B. für amtsärztliche und augenärztliche Gutachten.				
<b>526 99</b>	<b>214</b>	<b>Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.</b>	<b>1,5</b> 0,0	<b>1,5</b>
<b>527 01</b>	<b>214</b>	<b>Dienstreisen</b>	<b>20,7</b> 18,8	<b>21,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		21.000
2.		Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		0
3.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertensangelegenheiten		0
<b>Summe</b>				<b>21.000</b>

10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**533 02 242 Beweiserhebung** **2.500,0**  
2.001,1 **2.600,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für Gutachten mit Untersuchungen, Fallgutachten nach Aktenlage und Befundberichte von Hausärzten im Zusammenhang mit Anerkennungsverfahren nach dem Sozialen Entschädigungsrecht und dem SGB IX.

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Einzelgutachten (Gutachten mit Untersuchungen)	149.000
2. Fallgutachten nach Aktenlage	700.000
3. Befundberichte	1.750.000
4. Sonstiges	1.000
<b>Summe</b>	<b>2.600.000</b>

Die Kosten entstehen nach § 21 Abs. 3 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch und nach § 12 des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung, zuletzt geändert am 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469). Die Entschädigung richtet sich nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz - JVEG - 2004 (BGBl. I S. 718 ff.), zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 16. August 2005 (BGBl. I S. 2437).

Mehrbedarf aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes.

**533 99 214 Leistungsentgelte an die GMSH** **0,0**  
0,0 **0,0**

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

**534 01 242 Reisekosten der zur ärztlichen Untersuchung vorgeladenen Versorgungsberechtigten und schwerbehinderten Menschen** **43,0**  
26,7 **43,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Erstattungen der im Rahmen der Beweiserhebung (vgl. Tit. 533 02) anfallenden Reisekosten und Verdienstauffälle nach § 65 a Erstes Buch Sozialgesetzbuch.

**546 99 214 Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge** **3,0**  
5,8 **3,0**

**Erläuterungen:**

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**631 04 247 An den Bund für Erstattungen im Rahmen der Kriegsoferfürsorge** **137,4**  
117,1 **72,3**

Der Ansatz darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 162 01 und 182 01 überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist der Anteil des Bundes an den Einnahmen bei Tit. 162 01 und 182 01.

Berechnung:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Tit. 162 01	1.000
2.	Tit. 182 01	120.000
3.1	abzüglich SVG und Ausland	-16.500
3.2	abzüglich IfSG	-13.800
3.3	abzüglich OEG	-42.000
<b>Summe</b>		<b>48.700</b>

Von der Summe werden veranschlagt:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	80 % von 48.700 € =	38.960
2.	für Berechtigte nach dem SVG und Ausland	16.500
3.	40 % von 42.000 € für Berechtigte nach dem OEG =	16.800
<b>Summe</b>		<b>72.260</b>

Die Abrechnung mit dem Bund erfolgt zum Jahresende. Die Mittel fließen daher erst im November / Dezember ab.

**631 05 244 Erstattungen an den Bund für Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz** **25,0**  
19,5 **25,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist der Anteil Schleswig-Holsteins an den Entschädigungsleistungen bei Hepatitis-C-Infizierten durch die Anti-D-Immunprophylaxe in der ehemaligen DDR.

**632 01 242 Erstattung von Verwaltungskosten** **20,0**  
19,7 **20,0**

**Erläuterungen:**

1. Das Niedersächsische Landesamt für Zentrale Soziale Dienste hat u.a. für Schleswig-Holstein die Betreuung der KOV-Programmentwicklung, Erstellung der Programmvorgaben, das Austesten der Programme, das Fehlermanagement und die Fehlerbehebung, die Anwenderbetreuung hinsichtlich Programmfragen und die organisatorische Betreuung der Produktionsausgaben durch Vertrag übernommen.

2. Das Landesversorgungsamt Hessen ist von den Landesversorgungsämtern der übrigen Bundesländer mit der Entrichtung der Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung für Versorgungskrankengeldbezieher/innen nach § 22 Bundesversorgungsgesetz beauftragt worden. Die dadurch entstehenden Verwaltungskosten (0,51 € pro Beitragsfall) sind dem Landesversorgungsamt Hessen nach § 91 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch zu erstatten.

10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**633 04 247 Landesanteil an den Ausgaben in der Kriegsofperfürsorge** **2.150,0**  
2.131,4 **2.150,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit 633 07 und 633 08.

**Erläuterungen:**

Allgemeine Erläuterungen sind zu Tit. 231 03 abgedruckt. Veranschlagt sind die nicht vom Bund erstatteten Aufwendungen der Kriegsofperfürsorge, soweit die Aufgaben dem Land obliegen und die Kreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger mit den Aufwendungen in Vorlage treten.

Aufwand (geschätzt): 10.750 T€,  
davon Bundesanteil 80 v.H.: 8.600 T€,  
Landesanteil 20 v.H.: 2.150 T€.

Der Bundesanteil wird von der Landesabrechnungsstelle direkt aus dem Bundeshaushalt abgebucht. Die Aufwendungen der Hauptfürsorgestelle (Landes- und Bundesanteile) als überörtlicher Träger sind bei Tit. 681 10 und 863 03 veranschlagt.

**633 07 247 Leistungen an Impfgeschädigte nach dem Infektionsschutzgesetz** **660,0**  
284,2 **560,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit 633 04 und 633 08.

**Erläuterungen:**

a) An Impfgeschädigte nach dem Infektionsschutzgesetz zu gewährende Leistungen, die denen der Kriegsofperfürsorge gemäß §§ 25 bis 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen, sind nach § 66 Abs. 2 Infektionsschutzgesetz in voller Höhe von dem Land zu erstatten, in dem der Impfschaden verursacht worden ist. Es werden folgende Hilfen gewährt: Hilfen in besonderen Lebenslagen (vor allem Hilfe zur Pflege), berufsfördernde Leistungen, Erholungshilfe, Erziehungsbeihilfe, ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt. Diese Aufgaben werden von den Kreisen und kreisfreien Städten sowie der Hauptfürsorgestelle wahrgenommen. Veranschlagt sind die den Kreisen und kreisfreien Städten als örtlichen Trägern zu erstattenden Aufwendungen, mit denen diese in Vorlage treten. Die Mittel fließen im November/Dezember ab. Die Aufwendungen der Hauptfürsorgestelle als überörtlicher Träger sind bei Tit. 863 03 veranschlagt.

b) Versorgungsleistungen auf Grund von Impfschädigungen gem. § 60 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz sind bei Tit. 681 01 veranschlagt.

**633 08 247 Entschädigung für Opfer von Gewalttaten - Landesanteil -** **860,0**  
57,9 **650,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit 633 04 und 633 07.

**Erläuterungen:**

a) Veranschlagt ist der Landesanteil an den Aufwendungen für Opfer von Gewalttaten, die den Hilfen der Kriegsofperfürsorge gem. §§ 25 - 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen:

Aufwand (geschätzt): 1.083,3 T€,  
davon Bundesanteil 40 v.H.: 433,3 T€,  
Landesanteil 60 v.H.: 650,0 T€.

b) Versorgungsleistungen gemäß §§ 1 und 4 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten sind bei Tit. 681 02 MG 01 veranschlagt.

**636 01 242 Verwaltungskostenerstattung nach § 20 Bundesversorgungsgesetz und § 11 Bundesvertriebenengesetz** **360,0**  
260,5 **260,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die den Krankenkassen nach § 20 des Bundesversorgungsgesetzes und Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 17 Abs. 1 Satz 1 des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426) und § 11 Bundesvertriebenengesetzes zu erstattenden Verwaltungskosten.

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>671 03</b>	242	<b>Verwaltungskostenerstattung an den Rehabilitations- und Behinderten-Sportverband Schleswig-Holstein e. V.</b>	<b>22,5</b>	<b>22,5</b>
			22,5	

**Erläuterungen:**

Gemäß § 11 a des Bundesversorgungsgesetzes werden im Land Schleswig-Holstein Versehrtenleibesübungen vom Rehabilitations- und Behinderten-Sportverband Schleswig-Holstein e.V. im Landessportbund durchgeführt. Die hierbei entstehenden Verwaltungskosten sind dem Verein gemäß § 11 a Abs. 4 in angemessenem Umfang zu ersetzen. Der Bund leistet ebenfalls Zuschüsse.

<b>681 01</b>	291	<b>Impfeschäden</b>	<b>3.650,0</b>	<b>3.612,1</b>
			3.471,4	

**Erläuterungen:**

a) Gemäß § 60 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Art. 2 § 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 1. September 2005 (BGBl. I S. 2618), wird Versorgung unter entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes gewährt.

Veranschlagt für:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Rentenleistungen	3.232.600
2. Heilbehandlung	141.000
3. Pauschale § 20 BVG	170.000
4. Sachleistungen	67.000
5. Beweiserhebung / Zinsen	1.500
<b>Summe</b>	<b>3.612.100</b>

b) Die Aufwendungen für Impfgeschädigte, die den Hilfen der Kriegsofopferfürsorge gemäß §§ 25 - 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen, sind bei Tit. 633 07 veranschlagt.

<b>681 06</b>	314	<b>Entschädigungen bei Berufsausübungsverboten und Absonderungen sowie Entseuchungsmaßnahmen</b>	<b>35,0</b>	<b>30,0</b>
			7,8	

**Erläuterungen:**

Entschädigungszahlungen an Ausscheider, Ausscheidungsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Abgesonderte gem. § 58 Infektionsschutzgesetz sowie Entschädigungen gem. § 65 Infektionsschutzgesetz im Rahmen von Entseuchungsmaßnahmen vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Art. 2 § 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 1. September 2005 (BGBl. I S. 2618).

<b>681 10</b>	247	<b>Kriegsofopferfürsorge an Berechtigte im Ausland</b>	<b>6,5</b>	<b>6,5</b>
			8,0	

Gegenseitig deckungsfähig mit 863 03.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für Leistungen der Kriegsofopferfürsorge an Berechtigte im Ausland (Dänemark, Island, Schweden, Norwegen, Finnland). Für die Bewilligung und Auszahlung ist die Hauptfürsorgestelle zuständig. Vgl. Tit. 231 03.

<b>811 01</b>	214	<b>Erwerb von Dienstfahrzeugen</b>	<b>0,0</b>	<b>20,2</b>
			0,0	

<b>812 01</b>	214	<b>Erwerb von Geräten</b>	<b>17,5</b>	<b>33,7</b>
			16,9	

**Erläuterungen:**

Beschaffung einer Regalanlage und eines automatischen Falz- und Kuvertiersystems.

10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**863 03 247 Darlehen im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge und aus dem Bereich der Nebengesetze** **150,0**  
108,7 **120,0**

Gegenseitig deckungsfähig mit 681 10.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Aufwendungen der Hauptfürsorgestelle im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge für:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Berechtigte nach dem BVG	
1.1 Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1.200
1.2 Darlehen zur Gründung und Sicherung einer selbständigen Existenz	1.000
1.3 Wohnungshilfen	30.800
1.4 Kraftfahrzeughilfen	30.000
1.5 Hilfen in besonderen Lebenslagen	1.200
2. Berechtigte nach dem IfSG	13.800
3. Berechtigte nach dem OEG	42.000
<b>Summe</b>	<b>120.000</b>

Vgl. Tit. 162 01, 182 01 und 231 03.

**971 01 989 Globale Mehrausgaben** **0,0**  
0,0 **0,0**

Weggefallen.

**01 Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

**Erläuterungen:**

Gemäß § 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Januar 1985 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch Art. 10 Nr. 11 des Gesetzes vom 30. Juli 2004 (BGBl. I S. 1950), erhalten Opfer von Gewalttaten Versorgung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes. Nach § 4 OEG ist zur Gewährung der Versorgung das Land verpflichtet, in dem die Schädigung eingetreten ist. Der Bund trägt 40 v.H. der Ausgaben, die den Ländern durch Geldleistungen nach diesem Gesetz entstehen. Vgl. MG 01 (Einnahmen).

**631 03 291 Erstattungen an den Bund gem. § 5 Abs. 2 OEG** **11,3**  
10,5 **12,0**  
(MG 01)

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist der an den Bund abzuführende Anteil an den Erstattungen Dritter aufgrund von Schadensersatzansprüchen nach § 5 OEG. Vgl. Tit. 119 04 MG 01.

**631 06 291 Erstattungen an den Bund** **0,0**  
240,8 **0,0**  
(MG 01)

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für evtl. Erstattungen von zuviel gezahlten Leistungen des Bundes (s.a. Tit. 231 01 -MG 01-).

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>681 02</b>	291	<b>Entschädigungen</b>	<b>3.550,0</b>	<b>3.588,5</b>
(MG 01)			3.290,6	

**Erläuterungen:**

a) Veranschlagt sind Entschädigungsleistungen gemäß § 4 OEG:

	2006 €
1. Rentenleistungen	2.205.000
2. Sachleistungen	68.500
3. Heilbehandlung	1.270.000
4. Beweiserhebungskosten / Zinsen	45.000
<b>Summe</b>	<b>3.588.500</b>

Zu Nr. 1: Vgl. Tit. 231 01 MG 01.

b) Die Aufwendungen für Opfer von Gewalttaten, die den Hilfen der Kriegsopferfürsorge gemäß §§ 25 - 27 i Bundesversorgungsgesetz entsprechen, sind bei Tit. 633 08 veranschlagt.

<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>	<b>3.561,3</b>	<b>3.600,5</b>
	3.541,9	

**02 Erstattung der Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken nach § 152 SGB IX**

**Erläuterungen:**

Nach § 145 SGB IX besteht die Pflicht zur unentgeltlichen Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr. Voraussetzung ist, dass der Behindertenausweis mit einer gültigen Wertmarke versehen ist. Sie wird gegen Entrichtung eines entsprechenden Betrages entweder für ein Jahr oder für ein halbes Jahr ausgegeben. Vgl. MG 02 (Einnahmen).

<b>631 01</b>	291	<b>An den Bund nach § 152 Nr. 1 SGB IX</b>	<b>9,0</b>	<b>6,5</b>
(MG 02)			5,7	

Bei 631 01 MG 02 und 671 01 MG 02 dürfen insgesamt Ausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 111 02 MG 02 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Vgl. Tit. 111 02 MG 02.

<b>631 02</b>	291	<b>An den Bund aus den Einnahmen von den sonstigen berechtigten schwerbehinderten Menschen nach § 152 SGB IX</b>	<b>550,0</b>	<b>650,0</b>
(MG 02)			809,2	

Bei 631 02 MG 02 und 671 02 MG 02 dürfen insgesamt Ausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 111 03 MG 02 geleistet werden.

Dabei sind die Erläuterungen zu 631 02 MG 02 verbindlich gemäß § 17 LHO.

**Erläuterungen:**

1. Von den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken an sonstige (d.h. nicht versorgungsberechtigte) schwerbehinderte Menschen bei Titel 111 03 MG 02, vermindert um die Ausgaben bei Titel 671 02 MG 02, ist ein Anteil an den Bund abzuführen, der sich aus dem Verhältnis der vom Bund zu tragenden Aufwendungen an den Gesamtaufwendungen für die unentgeltliche Beförderung im Nahverkehr errechnet (s. § 152 Satz 1 Nr. 2 SGB IX).
2. Zum 15. Juli und 15. November eines jeden Jahres sind auf den Anteil des Bundes Abschlagszahlungen abzuführen. Die Höhe der Abschlagszahlungen ergibt sich aus § 152 SGB IX. Der Bundesanteil betrug nach der letzten Festsetzung (2004) 36,59 v.H.
3. Die auf den Bund entfallenden Einnahmen sind für jedes Haushaltsjahr abzurechnen (vgl. Tit. 231 03 MG 02).

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>671 01</b>	291	<b>An schwerbehinderte Menschen im Sinne des § 151 Abs.1 Satz 1 Nr. 2 SGB IX</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>
(MG 02)			0,0	
<p>Bei 631 01 MG 02 und 671 01 MG 02 dürfen insgesamt Ausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 111 02 MG 02 geleistet werden.</p> <p><b>Erläuterungen:</b> Vgl. Tit. 111 03 MG 02.</p>				
<b>671 02</b>	291	<b>An sonstige schwerbehinderte Menschen</b>	<b>21,0</b>	<b>21,0</b>
(MG 02)			19,7	
<p>Bei 631 02 MG 02 und 671 02 MG 02 dürfen insgesamt Ausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 111 03 MG 02 geleistet werden.</p> <p><b>Erläuterungen:</b> Vgl. Tit. 631 02 MG 02.</p>				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 02</b>			<b>580,5</b>	<b>678,0</b>
			834,6	
<b>04</b>		<b>Entschädigungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)</b>		
<p>Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.</p> <p><b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind die nach §§ 17 und 21 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) i.d.F. vom 17. Dezember 1999, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 3. August 2005 (BGBl. I S. 2266) für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR- vorgesehenen Kapitalentschädigungen und laufenden Versorgungsleistungen. Der Bund trägt 65 v.H. der von den Ländern aufgewendeten Leistungen (vgl. Tit. 231 03). Durch Artikel 1 des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR ist u. a. der § 17 dahingehend geändert worden, dass die Kapitalentschädigung auf 300 € pro Haftmonat angehoben wurde. Für Zeiträume, die bereits entschädigt wurden, kann auf Antrag eine Nachzahlung gewährt werden. Durch Gesetzesänderung vom 22. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2834) ist die Frist zur Antragstellung vom 31. Dezember 2003 auf den 31. Dezember 2007 verlängert worden.</p>				
<b>681 03</b>	241	<b>Kapitalentschädigungen</b>	<b>60,0</b>	<b>40,0</b>
(MG 04)			40,0	
<b>681 04</b>	241	<b>Versorgung</b>	<b>26,0</b>	<b>26,0</b>
(MG 04)			29,8	
<b>Summe der Maßnahmegruppe 04</b>			<b>86,0</b>	<b>66,0</b>
			69,8	
<b>05</b>		<b>Entschädigungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)</b>		
<p>Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.</p> <p><b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind die nach § 3 des VwRehaG i.d.F.d.B. vom 1. Juli 1997 (BGBl. I S. 1620) vorgesehenen Versorgungs- und Sachleistungen in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes.</p>				
<b>636 02</b>	241	<b>Sachleistungen</b>	<b>5,0</b>	<b>5,0</b>
(MG 05)			0,0	

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
681 05	241	Versorgung (Geldleistungen)	15,0	6,0
(MG 05)			5,5	
<b>Summe der Maßnahmegruppe 05</b>			<b>20,0</b>	<b>11,0</b>
			5,5	
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>32.052,8</b>	<b>31.627,8</b>
			29.399,8	

10 03 Landesamt für soziale Dienste

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>Abschluss</b>				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2.315,5 2.128,9	2.160,3
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.059,5 903,7	1.006,2
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>3.375,0</b> 3.032,6	<b>3.166,5</b>
41 - 49		Personalausgaben	14.363,5 13.739,0	14.290,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	5.347,6 4.683,4	5.399,9
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	12.174,2 10.851,8	11.763,9
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	167,5 125,6	173,9
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>32.052,8</b> 29.399,8	<b>31.627,8</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-28.677,8</b> -26.367,2	<b>-28.461,3</b>

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 04 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Einnahmen**

01 Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur

**Ausgaben**

01 Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur

08 Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz

09 Leistungen nach dem Wiedergutmachungsgesetz des Landes und sonstige Leistungen

10 Durchführung der Wiedergutmachung

**Einnahmen**

<b>111 01</b>	<b>254</b>	<b>Gebühren und tarifliche Entgelte</b>	<b>33,0</b>	<b>40,0</b>
			41,5	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Gebühren nach dem Arbeitszeitgesetz, der Strahlenschutzverordnung, der Röntgenverordnung etc.

<b>119 99</b>	<b>212</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>113,3</b>	<b>30,0</b>
			57,1	

<b>182 03</b>	<b>244</b>	<b>Darlehensrückflüsse nach dem Entschädigungsrecht</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>
			0,1	

**Erläuterungen:**

Aus Existenzaufbau- und Wohnraumdarlehen nach dem Entschädigungsrecht bestehen noch Kassenreste, die jährlich mit 122,71 € abgetragen werden.

<b>231 01</b>	<b>341</b>	<b>Erstattungen des Bundes für vom Land bei der Durchführung des Atomgesetzes und des Strahlenschutzvorsorgegesetzes geleistete Ausgaben</b>	<b>1.287,6</b>	<b>240,6</b>
			194,5	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Erstattungen des Bundes für vom Land geleistete Aufgaben bei der Durchführung  
 - des Gesetzes über die friedliche Nutzung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1566), zuletzt geändert am 17. August 2005 (BGBl. I S. 2365) und den darauf beruhenden Rechtsverordnungen sowie  
 - des Strahlenschutzvorsorgegesetzes (StrVG) vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416).  
 Bundesauftragsverwaltung gemäß Art. 104 a GG, eingeführt in das Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 359).

			<b>2006</b>	
			<b>€</b>	
1.	Ausgaben i.R.d. StrVG - vorgegebenes Routinemessprogramm und des Intensivprogramms (Pauschale) - vgl. Tit. 533 04			190.100
2.	Gebühren f. d. Übertragung der nach StrVG ermittelten Daten - vgl. Tit. 533 04			18.000
3.	Unterhaltung der technischen Geräte und Durchführung der Röntgen- u. Strahlenschutzverordnung - vgl. Tit. 511 03			5.000
4.	Aufsichtstätigkeit n. d. Röntgen- u. Strahlenschutzverordnung - vgl. Tit. 534 05			2.500
5.	Kosten der Landessammelstelle für radioaktive Abfälle - vgl. Tit. 671 04			25.000
<b>Summe</b>				<b>240.600</b>

<b>231 03</b>	<b>244</b>	<b>Erstattungen des Bundes im Rahmen der Verteilung der Entschädigungslast</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Erstattungen des Bundes im Rahmen der Lastenverteilung nach § 172 Bundesentschädigungsgesetz.  
 Vgl. Tit. 631 02 MG 08.

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>281 02</b>	<b>244</b>	<b>Einnahmen aus bundesrechtlichen Entschädigungsverfahren</b>	<b>5,0</b> 5,9	<b>5,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind Einnahmen aus zu Unrecht gezahlten Entschädigungsleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz.				
<b>01</b>		<b>Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur</b>		
<b>Erläuterungen:</b>				
Im Zuge der Abrechnung der Investitionsaufwendungen und sonstigen Zuwendungen nach dem Landespflegegesetz kann es zu Erstattungen der Kreise und kreisfreien Städte und möglicherweise auch von sonstigen Zuschussempfängern (z.B. Träger von Pflegeeinrichtungen) kommen. Vgl. Maßnahmegruppe 01 (Ausgaben).				
<b>233 01</b> (MG 01)	<b>236</b>	<b>Von Kreisen und Gemeinden</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>281 01</b> (MG 01)	<b>236</b>	<b>Von Sonstigen</b>	<b>0,0</b> 24,1	<b>0,0</b>
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>0,0</b> 24,1	<b>0,0</b>
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>1.439,0</b> 323,2	<b>315,7</b>

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

<b>511 03</b>	<b>342</b>	<b>Geräte und Material für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Freisetzung radioaktiver Stoffe oder ionisierender Strahlung</b>	<b>15,0</b>	<b>15,0</b>
			4,0	

**Erläuterungen:**

Technische Geräte und Materialien (einschl. Wartung und Unterhaltung) für die Durchführung der Aufsichtstätigkeit nach der Stahlschutzverordnung und der Röntgenverordnung.

Einen Teil der Ausgaben erstattet der Bund (vgl. Tit. 231 01).

<b>526 06</b>	<b>011</b>	<b>Landeswahlbeauftragte/-beauftragter für die Durchführung der Wahlen zu den Organen der Sozialversicherung</b>	<b>8,2</b>	<b>3,0</b>
			1,3	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Nachbereitung der im Jahr 2005 stattgefundenen Wahlen in der Sozialversicherung.

<b>529 02</b>	<b>011</b>	<b>Arbeitstagung der Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger</b>	<b>0,0</b>	<b>2,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Die Aufsichtsbehörden der Sozialversicherungsträger von Bund und Ländern führen jährlich zwei Arbeitstagungen durch. Der Vorsitz der Arbeitstagungen wechselt von Veranstaltung zu Veranstaltung. Schleswig-Holstein hat turnusgemäß den Vorsitz bei der Frühjahrstagung 2006.

<b>531 04</b>	<b>254</b>	<b>Jahresbericht der Arbeitsschutzbehörde des Landes und ähnliches</b>	<b>10,2</b>	<b>10,2</b>
			7,9	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für:

		2006
		€
1.	Jahresbericht der Arbeitsschutzbehörde S.-H.	3.000
2.	Aufklärung und Beratung im Arbeits- und Gesundheitsschutz	7.200
	<b>Summe</b>	<b>10.200</b>

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**533 04 342 Überwachung der Umwelt auf Radioaktivität** **575,9**  
626,5 **630,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Durchführung des Strahlenschutzvorsorgegesetzes -StrVG- vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2610) zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1994 (BGBl. I S. 1416).

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Messprogramm nach § 3 StrVG (Labormessungen) Routinemessprogramm gem. AVV, einschl. In-Situ-Messungen, Landesmessstelle I	550.000
2.	Messprogramm nach § 3 StrVG (Labormessungen) Routinemessprogramm gem. AVV, Landesmessstelle II GKSS	8.000
3.	Landesmessprogramm nach § 2 Abs. 2 StrVG sowie Sondermessungen	28.000
4.	Probenmaterial (1.000 Proben p.a.)	3.000
5.	Datentechnische Aufgaben nach §§ 3 und 4 StrVG und Personalschulungen	13.000
6.	Material und Geräte für Probennehmer außerhalb der Landesmessstellen	10.000
7.	Gebühren für Datenübertragungen	18.000
<b>Summe</b>		<b>630.000</b>

Nach § 1 StrVG ist zum Schutz der Bevölkerung die Radioaktivität in der Umwelt zu überwachen. Nach § 3 StrVG ermitteln die Länder die Radioaktivität insbesondere in Lebensmitteln, im Trink- und Grundwasser, im Boden und in Pflanzen und übermitteln die gewonnenen Daten an die Zentralstelle des Bundes für die Überwachung der Umweltradioaktivität. Der Bund erstattet aufgrund des Art. 104 a GG die dem Land entstehenden Sachkosten in Form einer Pauschale in Höhe von 190.037 €; zusätzlich werden die Datenübertragungskosten erstattet -vgl. Tit. 231 01-.

**534 05 342 Messungen im Rahmen der Aufsichtstätigkeit nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung** **2,6**  
0,0 **2,6**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für Messungen und Begutachtungen durch Sachverständige im Rahmen der Aufsichtstätigkeit nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung. Die Kosten sind gemäß Art. 104 a Grundgesetz, eingefügt durch das Finanzreformgesetz vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 359), erstattungsfähig. Vgl. Tit. 231 01, Ziff. 4.

**546 01 254 Gesundheitsziel "Förderung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge" / Initiative GESA ("Gesundheit am Arbeitsplatz")** **10,0**  
9,5 **10,0**

**Erläuterungen:**

GESA ("Gesundheit am Arbeitsplatz") ist eine Initiative, die aus dem Gesundheitsziel "Förderung der betrieblichen Gesundheitsvorsorge" entstanden ist. Gemeinsam mit Partnern aus den Bereichen Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Wissenschaft und Praxis arbeitet die Initiative GESA unter der Federführung des MSGF daran, mehr Betriebe und Behörden im Land davon zu überzeugen, die Vorteile der betrieblichen Gesundheitsvorsorge zu nutzen. Der Finanzbedarf bezieht sich auf sämtliche Kosten der Betreuung und Beratung, die aufgrund der vernetzten Zusammenarbeit mit externen Institutionen und den Kooperationspartnern entstehen.

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>632 01</b>	<b>254</b>	<b>Erstattung von Verwaltungskosten an andere Länder für gemeinsame Verwaltungseinrichtungen</b>	<b>30,2</b> 5,7	<b>28,3</b>
---------------	------------	--	--------------------	-------------

**Erläuterungen:**

1. Die Prüfdienste der Länder im Bereich der Sozialversicherung unterhalten zur Wartung und Pflege des Text- und Informationssystems für Landesprüfer eine gemeinsame Einrichtung bei der obersten Verwaltungsbehörde des Landes Baden-Württemberg. Veranschlagt sind die anteiligen Kosten des Landes. Diese sind von den Sozialversicherungsträgern zu erstatten (vgl. Tit. 1001 - 236 01) = 3.000 €.
2. Der Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS) obliegt die Akkreditierung und Überwachung von Prüflaboratorien und Zertifizierungsstellen. Diese haben die Aufgabe, Geräte, Maschinen und Anlagen, die innerhalb der EG in den Verkehr gebracht werden, im Hinblick auf die Anforderungen nach den einschlägigen EG-Richtlinien zu überprüfen. Dem Freistaat Bayern ist von den Ländern die Aufgabe übertragen worden, die ZLS als Behörde einzurichten. Die Personal- und Sachkosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel von den Ländern getragen = 5.800 €.
3. Die Aufgaben der Akkreditierungsstelle der Länder für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts (AkMP) werden für alle Länder vom Land Hessen wahrgenommen = 10.400 €.
4. Kosten zur Durchführung einer länderübergreifend koordinierten arbeitsteiligen Marktüberwachung mit der Weiterentwicklung und Nutzung eines internetgestützten Informationssystems (ICSMS), die Weiterführung des Arbeitsausschusses mit Geschäftsstelle und des richtlinienbezogenen Korrespondentennetzes. Die jährlichen anteiligen Kosten für ICSMS betragen laut Vereinbarung des Bundes und der Länder für Schleswig-Holstein = 4.100 €.
5. Weitere Kosten für die Koordinierung Marktüberwachung = 5.000 €.

<b>636 01</b>	<b>229</b>	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben nach § 19 FELEG an die Landwirtschaftliche Alterskasse Schleswig-Holstein und Hamburg</b>	<b>100,0</b> 116,8	<b>80,0</b>
---------------	------------	---	-----------------------	-------------

**Erläuterungen:**

Das Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit (FELEG) vom 21. Februar 1989 (BGBl. I S. 233) ist am 1. Januar 1989 in Kraft getreten. Mit dem vorrangigen Ziel der Marktentlastung bei Agrarprodukten, aber auch der Verbesserung der Agrarstruktur durch Erweiterung der Möglichkeiten im Markt verbleibender Unternehmen zur Flächenaufstockung und damit zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit soll eine einkommensmäßige und soziale Absicherung der älteren landwirtschaftlichen Unternehmer/innen, die zur völligen Einstellung ihrer landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit bereit waren, und ihrer älteren Mitarbeiter/innen gewährleistet werden. Die Regelungen des FELEG waren ab dem 1. Januar 1997 nur noch anzuwenden, wenn die Voraussetzungen für den Anspruch erstmals vor diesem Zeitpunkt vorgelegen haben. Die Durchführung des Gesetzes obliegt den landwirtschaftlichen Alterskassen. Während die Leistungsaufwendungen vom Bund getragen werden, sind die entstehenden Verwaltungsausgaben vom Land zu erstatten. Da die Anzahl der Leistungsempfänger durch deren fortlaufende Überführung in die Alterssicherung der Landwirte jährlich geringer wird, nimmt die Verwaltungskostenerstattung entsprechend ab. Das MSGF ist seit dem 1. Juni 1997 die zuständige Aufsichtsbehörde der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger für Schleswig-Holstein und Hamburg. Seit diesem Zeitpunkt besteht auch die Erstattungspflicht für die Verwaltungsausgaben. Weniger in Folge Rückgangs der Zahl der Leistungsempfänger.

<b>636 02</b>	<b>223</b>	<b>Zuschuss an die See-Berufsgenossenschaft zu den Unfallversicherungsbeiträgen der Kleinbetriebe der Küstenfischerei</b>	<b>392,6</b> 410,9	<b>440,0</b>
---------------	------------	---	-----------------------	--------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist der gemäß § 163 SGB VII für die Unfallversicherung der Kleinbetriebe der Küstenfischerei an die See-Berufsgenossenschaft zu zahlende Zuschuss.

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>671 03</b>	<b>223</b>	<b>Beitrag an die Unfallkasse Schleswig-Holstein</b>	<b>5.805,6</b>	<b>6.000,0</b>
			5.425,2	

**Erläuterungen:**

Das gesetzliche Unfallversicherungsrecht (SGB VII) ist eine Säule der Sozialversicherung. Für die gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge besteht gem. § 150 Abs. 1 SGB VII alleinige Beitragspflicht für den Unternehmer/Arbeitgeber. Die Beiträge werden vom MSGF für alle Arbeiter und Angestellten des Landes aufgebracht. Die Unfallkasse Schleswig-Holstein als Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung ist der zuständige gemeinsame Unfallversicherungsträger für den Landes- und den kommunalen Bereich in Schleswig-Holstein. Die Beiträge beinhalten die gesetzlichen Unfallversicherungsleistungen des Landes, insbesondere für betroffene Mitarbeiter/innen des Landes, Schüler/innen, Studierende und Kinder in Kindergärten gemäß §§ 1 und 2 SGB VII.

Veranschlagt sind:

- Aufwendungen zur Durchführung der Aufgaben der Unfallverhütung gemäß §§ 14 ff. SGB VII,
- Abgeltung der persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten für die Aufwendungen der Verwaltungsgeschäfte,
- Durchführung der unfallversicherungsrechtlichen Betreuung für die Verwaltung und Betriebe des Landes (§ 128 SGB VII),
- Unfallentschädigungsleistungen für den gesamten Landesbereich gemäß § 26 ff. SGB VII (Kosten der ärztlichen Behandlung, Übergangsgeld, Unfallrenten, ergänzende Leistungen der Rehabilitation usw.),
- Mitgliedsbeitrag der Unfallkasse Schleswig-Holstein an den Bundesverband der Unfallkassen (BUK).

<b>671 04</b>	<b>342</b>	<b>Erstattung der Betriebskosten für die Landessammelstelle für radioaktive Abfälle</b>	<b>25,0</b>	<b>25,0</b>
			5,6	

**Erläuterungen:**

Die Lagerstätte ist nach der Verordnung zur Bestimmung einer Sammelstelle für radioaktive Abfälle vom 20. Juli 1964 (GVObI. Schl.-H. S 131) beim Forschungszentrum Geesthacht GmbH in Geesthacht/Tresperhude als Landessammelstelle für radioaktive Abfälle nach § 9 a Abs. 3 Atomgesetz, zuletzt geändert am 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3586), eingerichtet und wird gemeinsam mit den Ländern Hamburg, Bremen und Niedersachsen betrieben. Veranschlagt sind die vertraglichen Leistungen des Landes zu den Betriebskosten einschl. Konditionierung der Abfälle der Landessammelstelle. Die Kosten werden vom Bund erstattet (vgl. Tit. 1004 - 231 01).

<b>685 04</b>	<b>244</b>	<b>Zuschüsse an Verfolgtenorganisationen im Inland</b>	<b>3,5</b>	<b>3,5</b>
			3,1	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind Zuschüsse zur Unterstützung der Betreuungs- und Beratungstätigkeiten der Verfolgtenorganisationen in Schleswig-Holstein.

Ziel:

Aufrechterhaltung der Beratungs- und Betreuungsangebote für Verfolgte des Nationalsozialismus.

Kennzahlen:

4 Verfolgtenverbände

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 01 Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur

Darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 233 01 MG 01 und Tit. 281 01 MG 01 überschritten werden. Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

### Erläuterungen:

Veranschlagt für die Investitionskostenförderung der Pflegeinfrastruktur in der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege sowie für die Förderung von ergänzenden Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung aufgrund des Ausführungsgesetzes zum Pflege-Versicherungsgesetz (Landespflegegesetz - LPflegeG) vom 10.2.1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 227) i.d. Fassung vom 15.7.2002 (GVOBl. Schl.-H. S. 183), der Landesverordnung zur Durchführung des Landespflegegesetzes (Landespflegegesetzverordnung - LPflegeGVO) vom 19.6.1996 (GVOBl. Schl.-H. S. 521) i.d. Fassung vom 14.5.2002 (GVOBl. Schl.-H. S.100) sowie der Landesverordnung zur Durchführung des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes (PflEGVO) vom 20. Februar 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 50).

Gemäß § 4 Abs. 4 LPflegeG trägt das Land im Regelfall 39 v.H. der Fördermittel. Die Kreise und kreisfreien Städte tragen 61 v.H. dieser Aufwendungen. Hiervon ausgenommen sind insbesondere Maßnahmen nach Buchstabe c, die das Land zum überwiegenden Teil allein finanziert.

Den veranschlagten Landesmitteln liegt folgendes Fördervolumen zugrunde:

#### a) Objektbezogene Investitionsförderung:

ambulante Pflege

Gesamtaufwendungen (Land, Kreise und kreisfreie Städte) 5.074 T€

davon Landesanteil (39 v.H.) 1.979 T€

+ Schuldendiensthilfe für Pflegebereiche der

Fachkliniken (Kostentragung Land)\* 1.208 T€

= Gesamtaufwendungen Land (Summe a) 3.187 T€

#### b) Individuelle Investitionsförderung:

Kurzzeitpflege, Tagespflege, vollstationäre Pflege (Pfleghilfegeld)

Gesamtaufwendungen (Land, Kreise und kreisfreie Städte) 42.580 T€

davon Landesanteil - 39 v.H. - (Summe b) = 16.606 T€

#### c) Ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung (PflegePlus,

Umsetzung Fachplan Gerontopsychiatrie für Schleswig-Holstein, PflEGVO)

= Gesamtaufwendungen (Land, Kreise und kreisfreie Städte) 750 T€

davon Landesanteil (Summe c) = 499 T€

Gesamtaufwendungen Land (Summen a bis c) = 20.292 T€

davon entfallen auf

Tit. 633 01, 682 02, 683 02, 684 02 499 T€

Tit. 883 01 18.585 T€

Tit. 661 01 1.208 T€

\*) Zusätzlich sind für Investitionen in den nicht pflegesatzfähigen Bereichen der Fachkliniken Mittel im Kapitel 1002 veranschlagt.

Richtlinien über die Förderung sonstiger Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung nach § 7 des Landespflegegesetzes vom 18. November 2003 (Amtsbl. Schl.-H. 2003, S. 906).

**633 01 236 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für ergänzende  
(MG 01) Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur**

**182,4  
765,4**

**182,4**

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

noch zu  
633 01

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Bevölkerung, insbesondere für Maßnahmen im Rahmen der Initiative PflegePlus des MSGF, die das Land zum überwiegenden Teil allein finanziert sowie zur Umsetzung des Fachplans Gerontopsychiatrie für Schleswig-Holstein und der Landesverordnung zur Durchführung des Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetzes (PflEGVO).

Ziel:

- Vermeidung oder Überwindung von Pflegebedürftigkeit und Stärkung der häuslichen Pflege
- Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung einer selbständigen Lebensführung
- Weiterentwicklung und Vernetzung bestehender Hilfe- und Versorgungsangebote
- Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität der pflegerischen Versorgung

Kennzahlen:

2006 sind Haushaltsmittel insbesondere für folgende Maßnahmen und Projekte im Rahmen der Initiative PflegePlus des MSGF sowie zur Umsetzung des Fachplans Gerontopsychiatrie für Schleswig-Holstein veranschlagt:

- 8 trägerunabhängige Beratungsstellen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen
- 60 Fortbildungen für rd. 600 Pflege- und Leitungskräfte
- 8 Fachtagungen für rd. 2.000 Teilnehmerinnen/Teilnehmer
- 8 Modellprojekte
- Ersts Schulung von jährlich ca. 20 neuen sowie Fortbildung von rd. 80 aktiven Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Weiterentwicklung der Heimmitwirkung
- 80 niedrigschwellige Betreuungsangebote (Landesanteil gem. PflEGVO)
- Fortbildungen oder Supervisionsmaßnahmen für rd. 350 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ambulanten Hospizdiensten
- 60 Projekte zu "Jung trifft Alt"

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		2006
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	689.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>689.000</b>

<b>661 01</b>	312	<b>Schuldendiensthilfen an öffentlich-rechtliche Fachkliniken</b>	<b>955,1</b>	<b>1.207,5</b>
(MG 01)			583,1	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Für die Durchführung von Baumaßnahmen konnten die Fachkliniken jährlich Kredite bis zur Höhe von 2.867 T€ aufnehmen, deren Schuldendienst vom Land getragen wird. Mit dem Verkauf der Fachkliniken und der damit einhergehenden Privatisierung werden neue Maßnahmen nicht mehr gefördert. Die Schuldendiensthilfe wird bis zum Jahr 2019 abgewickelt.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		2006
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	641.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>641.000</b>

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>682 02</b> (MG 01)	<b>236</b>	<b>Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>66,5</b> 38,8	<b>66,5</b>
--------------------------	------------	---	---------------------	-------------

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Vgl. Erl. zu Tit. 633 01 MG 01.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	51.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>51.000</b>

<b>683 02</b> (MG 01)	<b>236</b>	<b>Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an private Unternehmer/Unternehmensverbände</b>	<b>100,0</b> 231,8	<b>100,0</b>
--------------------------	------------	--	-----------------------	--------------

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Vgl. Erl. zu Tit. 633 01 MG 01.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	5.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>5.000</b>

<b>684 02</b> (MG 01)	<b>236</b>	<b>Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an Wohlfahrtsverbände pp.</b>	<b>150,0</b> 471,0	<b>150,0</b>
--------------------------	------------	--	-----------------------	--------------

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Vgl. Erl. zu Tit. 633 01 MG 01.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	169.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	0
<b>Zusammen</b>		<b>169.000</b>

10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**883 01** 236 **Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionsförderung** **19.066,0** **18.585,0**  
(MG 01) 16.370,4

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	4.800
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	1.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	1.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	1.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	1.200

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Vgl. Erläuterungen zu MG 01.

Veranschlagt für die Investitionsförderung in der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege. Zuständig für die Durchführung der Investitionsförderung sind die Kreise und kreisfreien Städte. Ausgenommen hiervon sind überregionale Pflegeeinrichtungen und die Pflegebereiche der öffentlich-rechtlichen Fachkliniken, für die das MSGF zuständig bleibt.

Ziel:

Verbesserung der sozialen Absicherung der Pflegebedürftigen insbesondere bei stationärer Pflege.

Kennzahlen:

Bewilligungsbehörden sind die Kreise und kreisfreien Städte. Von den veranschlagten Landesmitteln entfallen rd. 90 % auf gesetzliche Ausgaben für die individuelle Investitionskostenförderung, insbesondere Pflegewohngeld bei vollstationärer Pflege (für rd. 9.700 Pflegebedürftige), die übrigen Mittel entfallen auf pauschale Investitionskostenzuschüsse an (360) ambulante Pflegedienste im Rahmen der Vereinbarung nach § 6 Abs. 2 LPflegeG.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

	2006
1. In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	1.200.000
<b>Zusammen</b>	<b>1.200.000</b>

<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>	<b>20.520,0</b>	<b>20.291,4</b>
	18.460,5	

**08 Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Leistungen an Opfer des Nationalsozialismus und deren Hinterbliebene nach den Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes - BEG -.

**631 02** 244 **Erstattungen an den Bund** **8.200,0** **8.030,2**  
(MG 08) 8.430,5

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist der Anteil des Landes an der Entschädigungslast von Bund und Ländern im Rahmen der Verteilungsvorschrift des § 172 BEG.

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
681 03	244	<b>Renten und laufende Beihilfen</b>	<b>1.600,0</b>	<b>1.500,0</b>
(MG 08)			1.686,3	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind Hinterbliebenenrenten, Beschädigtenrenten, Berufsschadensrenten, Versorgungsschadensrenten, Beihilfen gem. § 171 (3) BEG sowie laufende Härteausgleichsbeihilfen.		
681 04	244	<b>Einmalige Leistungen</b>	<b>2,5</b>	<b>2,0</b>
(MG 08)			0,5	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind einmalige Härteausgleichsleistungen nach dem BEG.		
681 05	244	<b>Heilverfahren, Krankenversorgung, Pflegeversicherung</b>	<b>60,0</b>	<b>50,0</b>
(MG 08)			44,8	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt für Heilverfahren, Krankenversorgung für nicht verfolgungsbedingte Leiden sowie Pflegeversicherung für Krankenversorgungsberechtigte.		
<b>Summe der Maßnahmegruppe 08</b>			<b>9.862,5</b>	<b>9.582,2</b>
			10.162,1	
<b>09</b>		<b>Leistungen nach dem Wiedergutmachungsgesetz des Landes und sonstige Leistungen</b>		
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind Leistungen aus dem Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein an vergessene Opfer nationalsozialistischer Gewalt- und Unrechtsmaßnahmen nach den Anerkennungs- und Bewilligungsrichtlinien für Entschädigungsleistungen aus dem "Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein" für Opfer nationalsozialistischer Gewalt- und Unrechtsmaßnahmen vom 10. April 1989 (Amtsbl. S-H S. 160), geändert am 17. Juli 1992 (Amtsbl. S-H S. 571) und am 20. Juli 1998 (Amtsbl. S-H S. 630).		
681 09	244	<b>Renten und sonstige Leistungen</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>
(MG 09)			0,0	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt waren Hinterbliebenenrenten, Beschädigtenrenten sowie Heilverfahren und Heilfürsorge.		
681 10	244	<b>"Härteausgleichsfonds Schleswig-Holstein" für vergessene NS-Opfer und Sonderfürsorge für Verfolgte des NS-Regimes</b>	<b>150,0</b>	<b>110,0</b>
(MG 09)			104,9	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind für		
		- einmalige und laufende Härteausgleichsbeihilfen für vergessene Opfer nationalsozialistischer Gewalt- und Unrechtsmaßnahmen (108.000 €) und		
		- Sonderfürsorge bei besonderen Notständen (2.000 €).		
		Weniger wegen rückläufiger Antragszahlen.		
<b>Summe der Maßnahmegruppe 09</b>			<b>150,6</b>	<b>110,0</b>
			104,9	

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>10 Durchführung der Wiedergutmachung</b>				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
<b>526 07</b>	<b>244</b>	<b>Verfahrenskosten</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>
(MG 10)			0,0	
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind Zeugengebühren (Verdienstausfall, Fahrkosten), Kosten für Übersetzungen u. ä. Die Verfahrenskosten entstehen bei der Durchführung der Wiedergutmachung nach dem BEG.				
<b>632 02</b>	<b>244</b>	<b>Erstattung von Verwaltungsausgaben an das Land Nordrhein-</b>	<b>2,0</b>	<b>2,0</b>
(MG 10)		<b>Westfalen - Bundeszentalkartei -</b>	1,6	
<b>671 02</b>	<b>244</b>	<b>Verwaltungskostenerstattung</b>	<b>1,5</b>	<b>1,0</b>
(MG 10)			0,0	
<b>Summe der Maßnahmegruppe 10</b>			<b>5,5</b>	<b>5,0</b>
			1,6	
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>37.517,4</b>	<b>37.238,2</b>
			35.345,6	

# 10 04 Sozialordnung und Arbeitsschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	146,4 98,7	70,1
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	1.292,6 224,5	245,6
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>1.439,0</b> 323,2	<b>315,7</b>
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	623,9 649,2	674,8
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	17.827,5 18.326,0	17.978,4
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	19.066,0 16.370,4	18.585,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>37.517,4</b> 35.345,6	<b>37.238,2</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-36.078,4</b> -35.022,4	<b>-36.922,5</b>

10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Einnahmen**

- 01 Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur
- 65 Erstattungen von Leistungen der Sozialhilfe

**Ausgaben**

- 01 Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur
- 02 Leistungen nach Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG)
- 03 Seniorenpolitische Maßnahmen - Hilfen rund um den dritten Lebensabschnitt
- 04 Koordinierungsstelle Eingliederungshilfe
- 05 Förderung des "Freiwilligen Sozialen Jahres"
- 06 Zuschüsse für soziale Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
- 07 Fonds Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen
- 09 Landesinitiative Bürgergesellschaft
- 10 Berichte über soziale Lagen der Bevölkerung in Schleswig-Holstein
- 62 Besondere soziale Maßnahmen des Landes
- 63 Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte
- 65 Sozialhilfe

**Einnahmen**

<b>111 01</b>	<b>235</b>	<b>Gebühren und tarifliche Entgelte</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 526 03 zu verwenden.

<b>119 01</b>	<b>291</b>	<b>Erstattung von Zuwendungen aus dem Bereich "Landesinitiative Bürgergesellschaft"</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Maßnahmegruppe 09 zu verwenden.

<b>119 99</b>	<b>236</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>100,0</b>	<b>170,0</b>
			158,6	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind im wesentlichen zu erstattende Zinsleistungen für zu früh oder zu Unrecht abgeforderte Zuwendungen nach § 44 Landeshaushaltsordnung.

<b>182 02</b>	<b>234</b>	<b>Tilgungseinnahmen aus dem sozialen Bereich</b>	<b>17,2</b>	<b>16,8</b>
			16,8	

**Erläuterungen:**

Darlehenszweck		Darl.forderung am 31.12.2004 €	Veranschlagt sind Tilgung €
1.	Verbesserung der Wohnverhältnisse und sonstige Hilfen für Tuberkulosekranke (Abwicklung Altfälle)	16.412	1.400
2.	Hilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz (Abwicklung Altfälle)	511	120
3.	Errichtung von Alten- und Pflegeheimen	186.112	15.300
<b>Zusammen</b>		<b>203.035</b>	<b>16.820</b>

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
231 01	291	<b>Erstattungen des Bundes in Verbindung mit dem Grundsicherungsgesetz</b>	<b>18.486,8</b> 18.486,8	<b>18.486,8</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Vgl. Tit. 633 10.		
233 02	212	<b>Von Kreisen und Gemeinden für die Koordinierungsstelle Eingliederungshilfe</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Vgl. Maßnahmegruppe 04.		
381 01	991	<b>Verrechnung der Mittel zur Förderung der Verbraucherinsolvenzberatung aus Konzessionsabgaben nach dem Lotteriegesetz</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
		Übertragen nach Tit. 1012 - 381 01.		
<b>01</b>		<b>Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur</b>		
233 01	236	<b>Von Kreisen und Gemeinden</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
(MG 01)		Übertragen nach Tit. 1004 - 233 01 (MG 01).		
281 01	236	<b>Von Sonstigen</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
(MG 01)		Übertragen nach Tit. 1004 - 281 01 (MG 01).		
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>65</b>		<b>Erstattungen von Leistungen der Sozialhilfe</b>		
		<b>Erläuterungen:</b> Die Einnahmen werden bis auf wenige Bereiche von den örtlichen Trägern eingezogen.		
119 65	234	<b>Rückerstattungen aus Vorjahren</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
(TG 65)		<b>Erläuterungen:</b> Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
231 65	234	<b>Vom Bund</b>	<b>13,6</b> 16,9	<b>17,0</b>
(TG 65)		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind Erstattungen des Bundes zu den Ausgaben für Sozialhilfe an Deutsche im Ausland. Vgl. Tit. 631 65, 632 65 und 681 65.		
232 65	234	<b>Von Ländern</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
(TG 65)		Weggefallen.		

10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>233 65</b>	234	<b>Von Kreisen und Gemeinden</b>	<b>32.387,6</b>	<b>33.534,2</b>
(TG 65)			72.515,6	
<b>Erläuterungen:</b>				
Der wesentliche Teil der Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe wird von den örtlichen Trägern durchgeführt. Die eingezogenen Beträge werden im Zuge der Jahresabrechnung der Sozialhilfe mit dem Land abgerechnet. Es fallen insoweit keine Einnahmen an. Zur Herstellung des Bruttoprinzips werden die rechnerischen Erstattungsbeträge in den Einnahmetitel umgebucht. Vgl. Tit. 631 65, 632 65, 633 65 und 681 65.				
<b>281 65</b>	234	<b>Von Sonstigen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 65)			2,4	
<b>Erläuterungen:</b>				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel. Mit Einnahmen ist nur noch in Ausnahmefällen zu rechnen. Vgl. Tit. 631 65, 633 65 und 681 65.				
<b>Summe der Titelgruppe 65</b>			<b>32.401,2</b>	<b>33.551,2</b>
			72.534,9	
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>51.005,2</b>	<b>52.224,8</b>
			91.197,1	

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

<b>526 03</b>	<b>235</b>	<b>Entschädigungen an Mitglieder des Prüfungsausschusses für die Abnahme der Prüfung zur "Geprüften Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten"</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
---------------	------------	--	-------------------	------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 111 01 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Nach der VO zur Durchführung der Prüfung zum staatlich anerkannten Abschluss "Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten" erhalten die Mitglieder des Prüfungsausschusses eine Entschädigung für die Abnahme der Prüfungen.

<b>526 09</b>	<b>236</b>	<b>Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen durch unabhängige Sachverständige in Einrichtungen nach §§ 75 ff. SGB XII</b>	<b>80,0</b> 46,3	<b>110,0</b>
---------------	------------	--	---------------------	--------------

Gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 65.

**Erläuterungen:**

Die Durchführung von Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen in Einrichtungen nach §§ 75 ff. SGB XII richtet sich nach den mit den Verbänden der Einrichtungsträger vereinbarten Rahmenvorgaben und sieht die Übernahme der Prüfungskosten durch die Sozialhilfeträger vor (§§ 17 und 18 des Landesrahmenvertrages für Schleswig-Holstein).

<b>533 01</b>	<b>234</b>	<b>Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen</b>	<b>0,0</b> 353,5	<b>0,0</b>
---------------	------------	--	---------------------	------------

Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 65.

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

<b>533 04</b>	<b>234</b>	<b>Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Auftragsformen im Bereich der Steuerung der Eingliederungshilfe (SGB XII)</b>	<b>285,0</b> 217,0	<b>100,0</b>
---------------	------------	--	-----------------------	--------------

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	200
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	100
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	100
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

Gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 65.

**Erläuterungen:**

Zur Steuerung der Ausgaben der Sozialhilfe im Rahmen des AG SGB XII (Land gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten) ist die Einrichtung und der Betrieb einer Datenbank über alle vergütungswirksamen Daten einschl. eines Belegungsspiegels erforderlich.

10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>533 05</b>	<b>234</b>	<b>Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen im Rahmen des Modellvorhabens "Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen"</b>	<b>21,7</b>		<b>22,0</b>
			0,0		

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 633 13.

**Erläuterungen:**

Der Landtag hat in seiner 68. Sitzung am 13. September 2002 die modellhafte Erprobung eines persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen beschlossen. Kernstück des Modells ist die Umwandlung einzelner Sachleistungen für behinderte Menschen in einen Geldbetrag. Je nach den individuellen Hilfeansprüchen summieren sich die Einzelleistungen zu einem persönlichen Budget, das dem behinderten Menschen dann monatlich zur Verfügung stehen soll und über das er dann im Rahmen einer Zielvereinbarung frei verfügen kann. Damit soll vom reinen Fürsorgegedanken weggegangen werden, die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung behinderter Menschen soll zukünftig im Vordergrund stehen. Mit dem Modellvorhaben sollen grundsätzlich keine neuen Leistungsansprüche entstehen, sondern es handelt sich hierbei um eine neue Form der Leistungsbewilligung. Das persönliche Budget soll auch dazu beitragen, den Grundsatz "ambulant vor stationär" zu verwirklichen und Alternativen zur Heimunterbringung zu fördern.

<b>633 02</b>	<b>234</b>	<b>Landesblindengeld</b>	<b>21.073,3</b>		<b>18.785,8</b>
			21.002,9		

Gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 65.

**Erläuterungen:**

Das Land gewährt den Zivilblinden nach Maßgabe des Gesetzes über Landesblindengeld (Landesblindengeldgesetz) ein Blindengeld.  
Nach dem Stand vom 31. Dezember 2004 erhalten 4.818 Zivilblinde Leistungen.

<b>633 03</b>	<b>236</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für nach § 3 InsO anerkannte geeignete Stellen (Insolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen</b>	<b>0,0</b>		<b>0,0</b>
			0,0		

Übertragen nach Tit. 1012 - 633 06.

<b>633 10</b>	<b>291</b>	<b>Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit dem Grundsicherungsgesetz</b>	<b>40.986,8</b>		<b>40.986,8</b>
			33.046,8		

Ausgaben dürfen bis zu 22.500 T€, darüber hinaus bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 231 01 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

a) Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist seit dem In-Kraft-Treten des SGB XII - 1. Januar 2005 - keine eigenständige Leistung mehr; sie ist eine Leistungsart der Sozialhilfe (§ 41 SGB XII) geworden. Seit diesem Zeitpunkt findet das dem "Quotalen System" zugrunde liegende Kostenteilungsverfahren in der Sozialhilfe, das einen Kostenausgleich des Landes für die den Kommunen entstehenden Grundsicherungskosten erforderlich gemacht hatte, nicht mehr statt; jeder Sozialhilfeträger trägt seitdem die ihm obliegenden Ausgabeverpflichtungen allein.  
Nach § 97 Abs. 4 SGB XII umfasst die sachliche Zuständigkeit für Leistungen, die gleichzeitig nach anderen Kapiteln zu erbringen sind, somit auch die Grundsicherung. Die Zuständigkeit für stationäre Leistungen nach dem SGB XII richtet sich in Schleswig-Holstein nach dem AG-BSHG. Die örtlichen Träger sind danach sachlich zuständig und finanzverantwortlich für die stationäre Hilfe in besonderen Lebenslagen (d.h. nach der neuen Gesetzesterminologie für die Eingliederungshilfeleistungen) gem. § 100 Abs. 1 BSHG für behinderte Menschen über 60 Jahre. In allen anderen Fällen ist der überörtliche Träger, d.h. das Land, sachlich zuständig und finanzverantwortlich.  
Diese Zuständigkeit umfasst auch die im Zusammenhang mit der stationären Leistung zu erbringende Grundsicherung. Die dafür aufzubringenden Kosten lassen sich wie folgt beziffern: Ca. 3.000 leistungsberechtigte Behinderte mit einem monatlichen Anspruch von rd. 625 € (Grundsicherung Alleinstehende: 345 € plus Kosten der Unterkunft: 280 €) ergeben Ausgaben von rd. 22,5 Mio € jährlich.

b) Der Bund erstattet den Trägern der Grundsicherung die unmittelbar entstandenen Mehrkosten. Er übernimmt ab 2003 jährlich einen Festbetrag in Höhe von 409 Mio €, der auf die Länder entsprechend ihren Aufwendungen für das Wohngeld nach dem Fünften Teil des WoGG aufgeteilt wird (§ 34 Abs. 2 WoGG). Auf der Basis der Zahlen des Jahres 2002 errechnet sich für Schleswig-Holstein ein Anteil von 18.486,8 T€ (vgl. Tit. 231 01). Dieser Betrag, der in dem Soll enthalten ist, wird an die Kreise und kreisfreien Städte weitergeleitet.

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
633 11	253	<b>Soziale Integration von absehbar nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbaren Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern</b>	<b>0,0</b> 75,5	<b>0,0</b>
weggefallen				
<b>Erläuterungen:</b>				
Eine Förderung der Maßnahme durch das MSGF entfällt, da der genannte Personenkreis ab 2005 unter das SGB II fällt.				
633 13	234	<b>Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Modellvorhabens "Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen"</b>	<b>102,4</b> 136,6	<b>103,0</b>
Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 533 05.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Vgl. zu Tit. 533 05.				
Zuwendungstitel				
Ziel:				
Modellhafte Erprobung eines trägerübergreifenden persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen als anerkannte Bundesmodelle. Kernstück des Modells ist die Umwandlung einzelner Sachleistungen für behinderte Menschen in einen Geldbetrag. Damit soll vom Fürsorgegedanken weggegangen werden, die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung soll zukünftig im Vordergrund stehen.				
Kennzahlen:				
Veranschlagt für die Durchführung eines Modellvorhabens, begrenzt auf drei Jahre für zwei Modellregionen (Kreise Schleswig-Flensburg und Segeberg).				
Die durchschnittlichen Fallzahlen bei den Modellkreisen für die Gewährung von Sachleistungen liegen derzeit bei ca. 150 Einzelfällen pro Jahr. Das BMGS geht im Rahmen des Bundesmodells davon aus, dass sich in den Modellregionen mindestens 25 behinderte Menschen an jedem Projekt, insgesamt also 50 behinderte Menschen, beteiligen werden.				
636 01	291	<b>Erstattungen an Krankenkassen nach Art. 5 des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes (SFHÄndG)</b>	<b>1.670,0</b> 1.300,0	<b>1.580,1</b>
Gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 65 und Tit. 671 01.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Das Land hat den vorleistenden Krankenkassen seit dem 1. Januar 1996 die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche in besonderen Fällen nach § 4 des Gesetzes bei Schwangerschaftsabbrüchen in besonderen Fällen (Art. 5 SFHÄndG) vom 21. August 1995 (BGBl. I S. 1050) zu erstatten. Der Erstattungsanspruch umfasst die Leistungsausgaben und eine Verwaltungskostenpauschale von 8 v.H.				
Vgl. Tit. 671 01.				
671 01	291	<b>Erstattung von Verwaltungskosten an Krankenkassen nach Art. 5 des Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetzes (SFHÄndG)</b>	<b>142,0</b> 112,0	<b>126,4</b>
Gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 65 und Tit. 636 01.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Vgl. Erl. zu Tit. 636 01.				
671 03	234	<b>Verwaltungskosten für die Durchführung des SGB XII</b>	<b>3,8</b> 0,5	<b>2,6</b>
Gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 65.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind die an den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg zu zahlenden Verwaltungskostenanteile für die Durchführung von Zahlungen der Sozialhilfe an Deutsche in der Schweiz, soweit das Land Schleswig-Holstein Kostenträger ist, sowie die an den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger zu zahlenden Verwaltungskosten für den Sozialhilfedatenabgleich.				

10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>684 04</b>	236	<b>Zuschüsse für soziale Zwecke an die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände</b>	<b>0,0</b>	<b>3.606,5</b>
			0,0	

Einseitig deckungsfähig zugunsten MG 06 und TG 62.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt ist der im Sozialvertrag vom 8. Dezember 2005 festgelegte Betrag. Es werden im Rahmen von Zielvereinbarungen bislang in der Titelgruppe 62 und der Maßnahmegruppe 06 veranschlagte Projekte aus den Bereichen "Allgemeine soziale Dienstleistungen der Wohlfahrtsverbände, Gefährdetenhilfe, Ehrenamtliche Mitarbeit und Selbsthilfe und Beratungsstellen für obdachlose Frauen" gefördert.

**Ziel:**

- Die Regelungen des Sozialvertrages dienen den gemeinsamen Zielen der Vertragsparteien,
- den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und insbesondere Ausgrenzung und Armut zu vermeiden,
  - die Kultur des Helfens, der Selbsthilfe und des freiwilligen Engagements weiter zu stärken,
  - die soziale Infrastruktur für Ratsuchende und hilfebedürftige Menschen zu sichern und
  - soziale Innovationen im Land zu entwickeln und zu unterstützen.

**Kennzahlen:**

Dem Land wird für jedes im Rahmen von Zielvereinbarungen beschriebene Ziel jährlich ein zusammengefasster Bericht über dessen Erreichungsgrad vorgelegt.  
Daraus abzubildende Kennzahlen werden in den Folgehaushalten dargestellt.

<b>684 08</b>	291	<b>Zuschuss an die Norddeutsche Blindenhörbücherei e. V., Hamburg</b>	<b>69,0</b>	<b>65,7</b>
			66,2	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt ist der Zuschuss des Landes zu den Kosten der Norddeutschen Blindenhörbücherei Hamburg.  
Rechtsgrundlage: Vereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg, der Hansestadt Bremen sowie den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

**Ziel:**

Den Blinden und hochgradig Sehbehinderten soll ermöglicht werden, durch den Bezug von Tonkassetten und Büchern in Blindenschrift am kulturellen Leben teilzuhaben.

**Kennzahlen:**

Gesamthörerzahl aller 4 norddt. Bundesländer: 4.906.  
Davon Schleswig-Holstein durchschnittlich: 989.  
Entliehene Hörbuchtitel pro Hörer: 30 jährlich.

<b>684 10</b>	236	<b>Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände und weitere soziale Einrichtungen für nach § 3 InsO anerkannte geeignete Stellen (Insolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

Übertragen nach Tit. 1012 - 684 02.

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>684 11</b>	<b>291</b>	<b>Rehabilitations- und Behinderten-Sportverband Schleswig-Holstein e. V. - ohne Berechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) -</b>	<b>51,2</b>	<b>51,2</b>
			51,2	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt ist ein Zuschuss zu den Kosten des Sports für behinderte Menschen, die keine Ansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz und anderen Bestimmungen haben.

**Ziel:**

Erweiterung bzw. Aufrechterhaltung des Angebot der Behindertensportvereine im allgemeinen Behindertensport für diejenigen behinderten Menschen, die keinen eigenen Kostenträger haben.

**Kennzahlen:**

140 Vereine mit 8.100 Mitgliedern;  
z.Zt. werden 31 Vereine mit 1.544 Mitgliedern gefördert.

<b>684 16</b>	<b>236</b>	<b>Zuschüsse an Betreuungsvereine und Verbände der freien Wohlfahrtspflege</b>	<b>616,0</b>	<b>595,0</b>
			601,5	

Gegenseitig deckungsfähig mit Titelgruppe 62.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt zur Schulung und fachlichen Begleitung vor allem ehrenamtlich tätiger Betreuer/innen sowie für die Personal- und Sachausgaben von anerkannten Betreuungsvereinen im Rahmen des Gesetzes zur Reform des Rechts der Vormund- und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz) i.V.m. dem Gesetz zur Ausführung des Betreuungsgesetzes-AGBtG vom 17. Dezember 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 693).

**Ziel:**

- Durch die Landes- und Kommunalförderung sollen die nach § 1908 f BGB anerkannten Betreuungsvereine
- die Beschäftigung einer ausreichenden Zahl an geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten,
  - diese beaufsichtigen und weiterbilden,
  - ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer gewinnen,
  - die Ehrenamtler in ihre Aufgaben einführen, sie fortbilden und beraten,
  - planmäßig über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen informieren,
  - einen Erfahrungsaustausch zwischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglichen.

**Kennzahlen:**

20 anerkannte Betreuungsvereine mit ca. 60 Mitarbeitern.  
Seit Beginn der Landesförderung 1992 haben die Betreuungsvereine mit Stand vom 31.12.2004 insgesamt 1.650 ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer geworben. Diese haben zu dem angegebenen Stichtag insgesamt 4.000 Betreuungen übernommen. Im Geschäftsjahr 2004 haben die Vereine rd. 8.200 Beratungen in Betreuungsangelegenheiten geführt.

**01 Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur**

Übertragen nach 1004 - MG 01.

<b>633 01</b>	<b>236</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			0,0	

Übertragen nach Tit. 1004 - 633 01 (MG 01).

<b>661 01</b>	<b>312</b>	<b>Schuldendiensthilfen an öffentlich-rechtliche Fachkliniken</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			0,0	

Übertragen nach Tit. 1004 - 661 01 (MG 01).

10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
682 02	236	Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an öffentliche Einrichtungen	0,0 0,0	0,0
(MG 01)		Übertragen nach Tit. 1004 - 682 02 (MG 01).		
683 02	236	Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an private Unternehmer/Unternehmensverbände	0,0 0,0	0,0
(MG 01)		Übertragen nach Tit. 1004 - 683 02 (MG 01).		
684 02	236	Zuschüsse für ergänzende Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur an Wohlfahrtsverbände pp.	0,0 0,0	0,0
(MG 01)		Übertragen nach Tit. 1004 - 684 02 (MG 01).		
883 01	236	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionsförderung	0,0 0,0	0,0
(MG 01)		Übertragen nach Tit. 1004 - 883 01 (MG 01).		
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>02</b>		<b>Leistungen nach Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG)</b>		
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt ist der Landesanteil (40 v.H.) an den Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) für Verfolgte des SED-Regimes vom 23. Juni 1994 (BGBl. I S. 1311), zuletzt geändert durch Art. 28 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3022), die ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein haben.		
633 04	249	Landesanteil an den Ausgleichsleistungen nach § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes	8,0 9,0	16,2
(MG 02)				
633 05	249	Landesanteil am Unterhaltsgeld nach §§ 6 und 7 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes	1,0 0,0	0,0
(MG 02)				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 02</b>			<b>9,0</b> 9,0	<b>16,2</b>

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 03 Seniorenpolitische Maßnahmen - Hilfen rund um den dritten Lebensabschnitt

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

### Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Leistungen des Landes für Maßnahmen und Projekte, durch die Lösungsansätze -auch im Generationenverbund- erprobt werden sollen, um sozial- und gesellschaftspolitische Aspekte des ständig zunehmenden Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung zu nutzen sowie Unterstützungsmöglichkeiten zu konzipieren und weiterzuentwickeln.

Weitere Förderungsmaßnahmen für ältere Menschen sind veranschlagt bei folgenden Titeln:

1004 - MG 01 Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur

1005 - 684 04 Zuschüsse für soziale Zwecke an die LAG (Sozialvertrag)

1005 - 684 16 Zuschüsse an Betreuungsvereine und Verbände der freien Wohlfahrtspflege

- TG 62 Ehrenamtliche Mitarbeit und Selbsthilfe

1016 - 684 04 Ausbildung in der Altenpflege

Richtlinie zur Förderung von seniorenpolitischen Maßnahmen vom 2. November 2001 (Amtsbl. Schl.-H. 2001, S. 599).

<b>531 03</b>	236	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>
(MG 03)			0,0	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für die Durchführung des Bundesmodellprogramms "Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)".

<b>547 03</b>	253	<b>Veranstaltungen</b>	<b>11,1</b>	<b>11,1</b>
(MG 03)			13,5	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für Veranstaltungen des Landes, z.B. Landeskongresse und regionale Tagungen.

<b>684 14</b>	236	<b>Zuschüsse an Vereine, Verbände und freie Seniorinnen-/Senioren-Selbsthilfegruppen</b>	<b>0,0</b>	<b>10,0</b>
(MG 03)			0,0	

### Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Implementierung des Bundesmodellprogramms "Erfahrungswissen für Initiativen (EFI)" im Land Schleswig-Holstein, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung.

Ziel:

Förderung der Einbindung älterer Menschen in unsere Gesellschaft, Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft mit den "seniorKompetenzteams" auf Landesebene und Unterstützung der gesellschaftlichen Balance zwischen Alt und Jung. Schaffen einer AG zu überregionalen und mittelfristig landesweiten Vernetzung der "seniorKompetenzteams". Entwickeln, durchführen und auswerten von generationsübergreifenden Projekten.

<b>684 15</b>	236	<b>Zuschüsse an den Landesseniorenrat</b>	<b>40,0</b>	<b>40,0</b>
(MG 03)			40,0	

### Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Veranschlagt für Maßnahmen und Veranstaltungen des Landesseniorenrats.

Ziel:

Unterstützung der Arbeit des Landesseniorenrates als unabhängige, parteipolitisch neutrale und konfessionell nicht gebundene Interessenvertretung der Senioren.

Kennzahlen:

- Mind. 1 Mitgliederversammlung pro Jahr
- Mind. 5 regionale Fortbildungen pro Jahr
- Mitwirkung in den seniorenrelevanten Landesgremien
- Auflage des Mitteilungsblattes "FORUM" vierteljährlich zu je 5.200 Exemplaren
- Ständige Aktualisierung der Internetpräsentation

10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**Summe der Maßnahmegruppe 03**

**53,7**  
53,5

**63,7**

**04 Koordinierungsstelle Eingliederungshilfe**

Einseitig deckungsfähig zu Lasten Titelgruppe 65.

**Erläuterungen:**

Neue Stelle von Land und Kommunen für eine Zusammenführung bestimmter überregional zu koordinierender Aufgaben der Kostenträger in der Eingliederungshilfe nach dem SGB XII zur Erzielung von Synergieeffekten und einer Begrenzung des Kostenanstiegs.

**546 99** 212 **Vermischte Verwaltungsausgaben**  
(MG 04)

**0,0**  
0,0

**0,0**

**633 08** 212 **Erstattungen an Kreise und Gemeinden**  
(MG 04)

**0,0**  
0,0

**0,0**

**812 01** 212 **Erwerb von Geräten**  
(MG 04)

**0,0**  
0,0

**0,0**

**Summe der Maßnahmegruppe 04**

**0,0**  
0,0

**0,0**

**05 Förderung des "Freiwilligen Sozialen Jahres"**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

**Erläuterungen:**

Der Bedarf und die Nachfrage nach FSJ-Plätzen sind wie auch in den Vorjahren unvermindert hoch. Gründe liegen u.a. in der für Schleswig-Holstein weiterhin bestehenden angespannten Ausbildungssituation. Die Jugendarbeitslosigkeit ist dadurch weiterhin ein ernstzunehmendes Problem. Das FSJ wirkt vorübergehend positiv gegen Jugendarbeitslosigkeit. Für die sozialpflegerischen Berufe hat das FSJ grundlegende Bedeutung. Eine vergleichsweise große Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird mittlerweile über ein zuvor geleistetes freiwilliges soziales Jahr angeworben bzw. gewonnen.

**Ziel:**

Ausbau der vorhandenen FSJ-Landschaft zu einem qualitativ und quantitativen Angebot.

**Kennzahlen:**

Ab dem FSJ Jahr 2006/2007 sollen 700 FSJ-Plätze à 1.350 € gefördert werden.

**682 01** 236 **Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen**  
(MG 05)

**0,0**  
187,7

**0,0**

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

**683 01** 236 **Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen**  
(MG 05)

**0,0**  
284,1

**0,0**

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**684 17 236 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen** **812,1** **857,8**  
 (MG 05) 581,8

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	1.043
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	409
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	634
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

	2006
1. In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	0
2. Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	271.000
<b>Zusammen</b>	<b>271.000</b>

<b>Summe der Maßnahmegruppe 05</b>	<b>812,1</b> 1.053,6	<b>857,8</b>
------------------------------------	-------------------------	--------------

**06 Zuschüsse für soziale Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und gegenseitig mit MG 09 sowie einseitig zu Lasten Tit. 684 04.

**Erläuterungen:**

Die Mittel werden insbesondere als Starthilfen zur Spitzenfinanzierung und zur Sicherung der Gesamtfinanzierung sozialer Maßnahmen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege, von sozialen Maßnahmen von Vereinen, Stiftungen und Einzelpersonen sowie von Organisationen im kommunalen Raum gewährt.

Ziel:

Förderung verschiedenster sozialer Maßnahmen, die von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und anderen entwickelt und durchgeführt werden.

Kennzahlen:

150 bis 200 geförderte Einzelprojekte mit Zuwendungsbeträgen zwischen 200 € und 120.000 €

**633 06 236 Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für soziale Maßnahmen** **0,0** **0,0**  
 (MG 06) 0,0

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>684 01</b>	236	<b>An die Landesarbeitsgemeinschaft und die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie an andere Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen</b>	<b>1.000,0</b>	<b>39,4</b>
(MG 06)			1.656,7	
850.000 € übertragen nach Tit. 684 04.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Zuwendungstitel (Förderprogramm)				
<b>893 02</b>	236	<b>An Verbände der freien Wohlfahrtspflege sowie andere Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für Investitionen</b>	<b>1.073,3</b>	<b>40,0</b>
(MG 06)			388,2	
1.000.000 € übertragen nach Tit. 684 04.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Zuwendungstitel (Förderprogramm)				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 06</b>			<b>2.073,3</b>	<b>79,4</b>
			2.044,9	
<b>07</b>		<b>Fonds Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen</b>		
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Das Land stellt in den Haushaltsjahren 2006 bis 2010 für einen Fonds einen Sockelbetrag von jährlich 400,0 T€ für Maßnahmen und Projekte im öffentlichen Raum zur Herstellung der Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen zur Verfügung. Das MSGF entscheidet über die Vergabe dieser Mittel nach Beteiligung des Blinden- und Sehbehindertenvereins Schleswig-Holstein e.V.				
Ziel:				
Ziel der Förderung ist es,				
- die Benachteiligung blinder und sehbehinderter Menschen zu beseitigen und zu verhindern,				
- für diesen Personenkreis gleichwertige Lebensbedingungen und Chancengleichheit zu schaffen und				
- ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ein selbst bestimmtes Leben zu ermöglichen.				
Kennzahlen:				
Vielzahl geförderter Einzelmaßnahmen und -projekte mit Zuwendungsbeträgen von grundsätzlich mindestens 10.000 Euro.				
<b>633 07</b>	291	<b>Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 07)			0,0	
<b>Erläuterungen:</b>				
Zuwendungstitel				
<b>683 04</b>	291	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 07)			0,0	
<b>Erläuterungen:</b>				
Zuwendungstitel				

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>684 03</b>	291	<b>Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen</b>	<b>0,0</b>	<b>400,0</b>
(MG 07)			0,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	1.200
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	400
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	400
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	400
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	

**Erläuterungen:**  
Zuwendungstitel

<b>Summe der Maßnahmegruppe 07</b>	<b>0,0</b>	<b>400,0</b>
	0,0	

## 09 Landesinitiative Bürgergesellschaft

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und gegenseitig mit MG 06.  
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 119 01 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Beim MSGF ist auf Beschluss der Landesregierung die Landesinitiative Bürgergesellschaft als zentrale Koordinierungs- und Ansprechstelle eingerichtet worden. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit ist, Konzepte zur Stärkung und Förderung freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und so neue Impulse für die Verwirklichung der Bürgergesellschaft zu geben.

Gefördert wird auf der Grundlage der Richtlinie über die Vergabe von Fördermitteln zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Schleswig-Holstein vom 15. Mai 2003 (Amtsbl. Schl.-H. 2003 S. 372).

**Ziel:**

Aufwertung des Stellenwertes des bürgerschaftlichen Engagements, Aufbau und Unterstützung einer breiten, engagementfreundlichen Infrastruktur.

**Kennzahlen:**

Ermutung einer Vielzahl von Akteuren, sich stärker als bisher für bürgerschaftliches Engagement zu öffnen (Abfrage der Zahl der Engagierten im Verwendungsnachweis).

<b>531 05</b>	291	<b>Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>7,5</b>	<b>22,5</b>
(MG 09)			0,6	

<b>533 03</b>	291	<b>Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen</b>	<b>12,5</b>	<b>27,5</b>
(MG 09)			0,2	

<b>547 05</b>	291	<b>Veranstaltungen</b>	<b>5,0</b>	<b>15,0</b>
(MG 09)			0,0	

<b>633 12</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 09)			13,2	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

<b>681 03</b>	291	<b>Zuschüsse an sonstige Bereiche für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 09)			30,1	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
683 03 (MG 09)	291	<b>Zuschüsse an private Unternehmen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements</b>	0,0 3,4	0,0
<b>Erläuterungen:</b> Zuwendungstitel (Förderprogramm)				
684 06 (MG 09)	291	<b>Zuschüsse an Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen für innovative Projekte zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements</b>	25,0 30,5	35,0
<b>Erläuterungen:</b> Zuwendungstitel (Förderprogramm)				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 09</b>			<b>50,0</b> 78,0	<b>100,0</b>
<b>10</b>		<b>Berichte über soziale Lagen der Bevölkerung in Schleswig-Holstein</b>		
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe und mit der Titelgruppe 62.				
<b>Erläuterungen:</b> Die Rolle der Sozialpolitik als wesentlicher Regulator gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse - aktuell vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der Sozialreformen - erfordert differenzierte Kenntnisse über die sozialen Problemlagen der Bevölkerung und deren Entwicklung. Ihre systematische Erfassung und Beobachtung ist Voraussetzung für die flexible Ausrichtung der sozialpolitischen Ziele und Instrumente auf allen staatlichen Ebenen. Nur so kann eine zeitgemäße Sozialpolitik, u.a. auch mit präventiven Maßnahmen, angemessen auf veränderte Problemlagen reagieren; damit wird zugleich die Voraussetzung geschaffen, die Wirksamkeit der sozialpolitischen Maßnahmen zu evaluieren. Der Aufbau einer qualifizierten landesspezifischen Sozialberichterstattung gewährleistet zudem, dass die Landesregierung ihren Verpflichtungen gegenüber dem Bund ("NAP") und mittelbar der EU-Kommission (Sozialschutzbericht) nachkommen kann.				
526 02 (MG 10)	236	<b>Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.</b>	30,5 0,0	50,0
<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt für die Beauftragung externer Stellen (Datenerhebung und Aufbereitung z.B. durch wissenschaftliche Institute).				
547 01 (MG 10)	236	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	0,0 0,0	0,0
<b>Summe der Maßnahmegruppe 10</b>			<b>30,5</b> 0,0	<b>50,0</b>

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 62 Besondere soziale Maßnahmen des Landes

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe sowie mit Tit. 684 16 und der Maßnahmegruppe 10. Einseitig deckungsfähig zu Lasten Tit. 684 04.

### Erläuterungen:

Veranschlagte Beträge in €:

		<b>2006</b>
1.	Ambulante, teilstationäre und stationäre Dienste und Einrichtungen	
1.1	Sozialpflegerische Maßnahmen außerhalb LPflegeG	23.400
1.2	Familientastende Dienste	190.900
2.	Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein e.V.	23.000
3.	Gehörlosenverband Schleswig-Holstein	90.000
4.	Vereine und Wohlfahrtseinrichtungen	17.800
5.	Ehrenamtliche Mitarbeit und Selbsthilfe	50.000
<b>Zusammen</b>		<b>395.100</b>

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Zu 1.1

Ziel:

Unterstützung der Arbeit des Sozialdienstes Nordschleswig im Bereich der Familien- und Sozialberatung für die deutsche Volksgruppe in Dänemark.

Kennzahlen:

5000 Beratungen, 3000 Behördenkontakte

Zu 1.2

Ziel:

Beratung und Betreuung von Familien mit behinderten Kindern.

Kennzahlen:

Gefördert werden anteilige Personal- und Sachkosten in 15 Kreisen/kreisfreien Städten. 2004 wurden 874 Familien betreut mit insgesamt 135.096 Betreuungsstunden.

Zu 2.

Ziel:

Unterstützung von kulturellen und sozialen Aktivitäten sowie Fortbildungs- und Beratungsmaßnahmen.

Kennzahlen:

Jährlich 1.300 persönliche und fernmündliche Beratungen.

Zu 3.

Ziel:

Sicherstellung der Beratung und Vertretung der Gehörlosen durch Dolmetschereinsätze gegenüber privaten, kommunalen und Landesinstitutionen bei fehlenden gesetzlichen Kostenträgern.

Kennzahlen:

Dolmetschereinsätze: 2156 bei 8707 Stunden;  
Hauptamtliche Dolmetschereinsätze: 1861;  
Dolmetschereinsätze auf Honorarbasis: 295.

Zu 4.

Kennzahlen:

Es werden Mitgliedsbeiträge an 4 (Fach-) Vereine und Verbände gezahlt.

Zu 5.

Ziel:

Stärkung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe im sozialen Bereich.

Kennzahlen:

Erhaltung und Steigerung der lokalen ehrenamtlichen Angebote, Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern für ehrenamtliches Engagement, Steigerung der Beratung und Qualifizierung von Engagierten.

Richtlinie zur Stärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit und Förderung von Selbsthilfegruppen im sozialen Bereich vom 30. Januar 2003 (Amtsbl. Schl.-H. 2003 S. 137).

<b>633 62</b>	291	<b>Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände für soziale Zwecke</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 62)			2,3	
<b>681 62</b>	291	<b>Zuschüsse an sonstige Bereiche für soziale Zwecke</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 62)			53,8	

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>684 62</b>	236	<b>Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>2.359,4</b>	<b>395,1</b>
(TG 62)			2.316,6	
		1.756.500 € übertragen nach Tit. 684 04.		
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Zuwendungstitel (Förderprogramm)		
		Ziele und Kennzahlen siehe Erläuterungen zu TG 62.		
<b>893 62</b>	236	<b>Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege für Investitionen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 62)			255,6	
<b>Summe der Titelgruppe 62</b>			<b>2.359,4</b>	<b>395,1</b>
			2.628,3	

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 63 Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

### Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen, die vom Land als zuständigen Sozialleistungsträger zur Erfüllung der Verpflichtung nach § 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB I aufgebracht werden müssen. Nach dieser Vorschrift sind die Leistungsträger verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass die zur Ausführung von Sozialleistungen erforderlichen sozialen Dienste und Einrichtungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen.

Ab dem Jahre 2002 ist die Finanzierung der Baumaßnahmen auf Kreditfinanzierung mit entsprechenden Schuldendiensthilfen umgestellt worden. Jährlich können Kredite bis zur Höhe von 2.045,2 T€ aufgenommen werden.

<b>662 63</b>	<b>236</b>	<b>Schuldendiensthilfen für Zuschüsse an freie Wohlfahrtsverbände zum Bau von Behinderteneinrichtungen und Wohnheimen für Behinderte</b>	<b>365,1</b>	<b>560,5</b>
(TG 63)			170,4	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	2.966
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	198
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	251
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	243
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	2.274

### Erläuterungen:

Zuwendungstitel

Ziel:

Errichtung von Werkstattplätzen für Menschen mit Behinderungen und Einrichtungen für Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen.

Kennzahlen:

Inbetriebnahme von 100 bis 150 zusätzlichen Plätzen jährlich um Überbelegungen abzubauen, gleichzeitig werden aber 200 behinderte Menschen neu aufgenommen, bei wenigen Abgängen.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		2006
1.	In Anspruch genommene VE aus Vorjahren	421.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	139.500
<b>Zusammen</b>		<b>560.500</b>

<b>893 63</b>	<b>236</b>	<b>Zuschüsse an Verbände der freien Wohlfahrtspflege</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(TG 63)			0,0	

### Erläuterungen:

Leertitel dient der Abwicklung.

<b>Summe der Titelgruppe 63</b>	<b>365,1</b>	<b>560,5</b>
	170,4	

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 65 Sozialhilfe

Gegenseitig deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe sowie mit Tit. 526 09, 533 04, 633 02, 636 01, 671 01 und 671 03.  
Einseitig deckungsfähig zugunsten Tit. 533 01 und Maßnahmegruppe 04.

### Erläuterungen:

Veranschlagt sind Aufwendungen, die vom Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe nach den Bestimmungen des SGB XII in Verbindung mit § 3 des Gesetzes zur Ausführung des Bundessozialhilfegesetzes (AG - BSHG) zu tragen sind.

Darüber hinaus erstattet das Land den örtlichen Trägern die Nettoaufwendungen für die bereits 1985 in kommunale Zuständigkeit übertragenen Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege an Personen über 60 Jahre in Einrichtungen, die bis einschließlich 2005 im Rahmen des FAG über die Verbundmasse ausgeglichen wurden.

Hinzu kommen die vom Land für den entsprechenden Personenkreis zu tragenden Aufwendungen nach § 34 des Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (PsychKG) vom 14. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 106) sowie Kosten in der Krankenversorgung für Unterhaltshilfeempfänger/innen nach dem Lastenausgleichsgesetz.

Ferner sind veranschlagt Leistungen des Landes für Flüchtlinge aus dem Ausland (Kontingentflüchtlinge) nach § 5 Absatz 2 des Landesaufnahmegesetzes vom 30. Juli 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 388), für evtl. Hilfen in der Geschlechtskrankenfürsorge aufgrund des Gesetzes über die Kostenträger nach dem Infektionsschutzgesetz vom 11. Dezember 2001 (GVOBl. Schl.-H. S. 364) und Aufwendungen für Hilfeempfänger/innen ohne gewöhnlichen Aufenthalt (§§ 106 ff. SGB XII).

Veranschlagte Beträge:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1.1 Erstattungen an örtliche Träger der Sozialhilfe für die Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers gem. Aufgaben DVO-BSHG	466.132.600
1.2 Kostenerstattungen (§§ 106 ff. SGB XII)	1.964.300
1.3 Krankenversorgung für Berechtigte nach dem Lastenausgleichsgesetz	23.700
1.4 Flüchtlinge aus dem Ausland (Kontingentflüchtlinge)	20.767.700
1.5 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Nichtsesshafteneinrichtungen)	2.513.500
1.6 Deutsche im Ausland	147.000
1.7 Tuberkulosehilfe	700
1.8 Sonstige Hilfen	25.000
2. Erstattung der Leistungen der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege an Personen über 60 Jahre in Einrichtungen	109.700.000
<b>Summe</b>	<b>601.274.500</b>

**631 65** 234 **Erstattungen an den Bund**  
(TG 65)

**122,2**  
82,8

**81,7**

### Erläuterungen:

Veranschlagt sind im wesentlichen die Ausgaben für Deutsche im Ausland (§§ 24, 132 SGB XII).  
Vgl. Tit. 182 02, 231 65, 233 65 und 281 65.

**632 65** 234 **Erstattungen an andere Länder**  
(TG 65)

**79,0**  
100,0

**50,0**

### Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen nach den §§ 106 ff. SGB XII und §§ 102 ff. SGB X für Hilfeempfänger/innen in anderen Bundesländern sowie Erstattungen an den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg für Deutsche in der Schweiz.  
Vgl. Tit. 231 65.

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>633 65</b>	234	<b>Erstattungen an Kreise und Gemeinden</b>	<b>538.333,1</b>	<b>598.588,3</b>
(TG 65)			421.509,8	
<p>Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 233 02 und 233 65 sowie in Höhe des nicht verbrauchten Landesanteils bei Tit. 633 10 geleistet werden.</p> <p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Nach der Landesverordnung über die Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe vom 11. März 1999 (GVOBl. Schl.-H. S. 83) führen die Kreise und kreisfreien Städte alle dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe im Rahmen des § 100 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) obliegenden Aufgaben durch. Diese Zuständigkeitsregelung gilt auch für die der Sozialhilfe entsprechenden Aufwendungen nach § 34 des Gesetzes zur Hilfe und Unterbringung psychisch kranker Menschen (PsychKG) vom 14. Januar 2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 106) sowie in der Krankenversorgung für Unterhaltshilfeempfänger/innen nach dem Lastenausgleichsgesetz. Ausgenommen von der Übertragung ist die Hilfe an Nichtsesshafte nach §§ 67 ff. SGB XII in Verbindung mit § 100 Abs. 1 Nr. 5 BSHG. Veranschlagt sind bei diesem Titel außerdem der Erstattungsbetrag nach § 6a AG-BSHG, die den örtlichen Trägern vom Land zu erstattenden Aufwendungen für Hilfeempfänger/innen ohne gewöhnlichen Aufenthalt (§§ 106 ff. SGB XII), in der Geschlechtskrankenfürsorge sowie für Flüchtlinge aus dem Ausland (Kontingentflüchtlinge). Vgl. im übrigen Tit. 233 65.</p>				
<b>681 65</b>	234	<b>Zuschüsse an die Empfängerinnen und Empfänger</b>	<b>2.667,0</b>	<b>2.554,5</b>
(TG 65)			2.084,5	
<p><b>Erläuterungen:</b></p> <p>Veranschlagt sind die Sozialhilfeaufwendungen im sachlichen Zuständigkeitsbereich des überörtlichen Sozialhilfeträgers, soweit nicht nach der Landesverordnung über die Durchführung von Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe durch die örtlichen Träger der Sozialhilfe die Kreise und kreisfreien Städte für die Durchführung zuständig sind. Vgl. Tit. 231 65, 233 65 und 281 65.</p>				
<b>Summe der Titelgruppe 65</b>			<b>541.201,3</b>	<b>601.274,5</b>
			423.777,1	
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>612.055,6</b>	<b>669.932,3</b>
			486.824,8	

# 10 05 Sozialwesen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	117,2 175,4	186,8
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	50.888,0 91.021,7	52.038,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen		0,0
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>51.005,2</b> 91.197,1	<b>52.224,8</b>
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	455,9 631,1	360,7
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	610.526,4 485.549,9	669.531,6
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	1.073,3 643,8	40,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>612.055,6</b> 486.824,8	<b>669.932,3</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-561.050,4</b> -395.627,7	<b>-617.707,5</b>

**10 06** Verbraucherschutz

Das Kapitel 10 06 ist nach Kapitel 13 19 übertragen worden.

# 10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 07 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Einnahmen**

01 Atomrechtliche Verfahren

**Ausgaben**

01 Atomrechtliche Verfahren

02 Fachberatung Katastrophenschutz

62 Erweiterung und Betrieb des Kernreaktor-Fern-Überwachungssystems - KFÜ -

### Einnahmen

<b>111 02</b>	<b>341</b>	<b>Kostenerstattung für das Kernreaktor-Fernüberwachungssystem (KFÜ)</b>	<b>1.771,0</b>	<b>1.766,0</b>
			1.257,0	

**Erläuterungen:**

Die bei den Ausgabetiteln 1007 - TG 62 entstehenden Aufwendungen für die Erweiterung und den Betrieb des Kernreaktor-Fernüberwachungssystems (KFÜ) sind als Auslagen im Sinne des § 21 Atomgesetz (AtG) vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Januar 2004 (BGBl. I S. 2, 15) i.V.m. der Kostenverordnung zum Atomgesetz (AtKostV) vom 17. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1457), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3463), zu erstatten.

<b>111 11</b>	<b>341</b>	<b>Kostenerstattung für die Vorbereitung der Katastrophenabwehr</b>	<b>65,0</b>	<b>30,0</b>
			116,0	

**Erläuterungen:**

Für mögliche Erstattungen der Kosten für die Vorbereitung von Katastrophenabwehrmaßnahmen von den Betreibern kerntechnischer Anlagen aufgrund des Landeskatastrophenschutzgesetzes vom 10. Dezember 2000 (GVOBl. Schl.-H. 2000 S.664).  
Vgl. auch Tit. 536 02 MG 02.

<b>119 99</b>	<b>341</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,4	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Einnahmen insbesondere aufgrund entgeltlicher Versendung von Schriftenreihen an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

### 01 Atomrechtliche Verfahren

<b>111 03</b>	<b>341</b>	<b>Kostenerstattung für die Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen</b>	<b>37,4</b>	<b>37,4</b>
(MG 01)			39,2	

**Erläuterungen:**

Die Kostenerstattung erfolgt nach § 21 Atomgesetz und der Kostenverordnung zum Atomgesetz. Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 514 13 MG 01 zu verwenden.

<b>111 04</b>	<b>341</b>	<b>Erstattungen für Dienstreisen</b>	<b>50,0</b>	<b>50,0</b>
(MG 01)			46,5	

**Erläuterungen:**

Die Kostenerstattung erfolgt nach § 21 Atomgesetz und der Kostenverordnung zum Atomgesetz. Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 527 04 MG 01 zu verwenden.

<b>111 05</b>	<b>341</b>	<b>Gebühren und Auslagen</b>	<b>1.600,0</b>	<b>1.600,0</b>
(MG 01)			1.555,2	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Gebühren und die Erstattung der Auslagen für die atomrechtlichen Verfahren (Genehmigung und Aufsicht).

10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
111 06	341	<b>Erstattung von Sachverständigenkosten</b>	<b>20.000,0</b>	<b>20.000,0</b>
(MG 01)			23.826,3	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 526 19 MG 01 zu verwenden.		
111 07	341	<b>Erstattungen für Umgebungsüberwachung</b>	<b>65,0</b>	<b>70,0</b>
(MG 01)			62,9	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind Erstattungen für Kosten, die im Rahmen der Messungen der Radioaktivität in der Umgebung kerntechnischer Anlagen (Umgebungsüberwachung) entstehen.		
		Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 03 MG 01 zu verwenden.		
111 08	341	<b>Einnahmen aus Untersuchungen im Zusammenhang mit atomrechtlichen Verfahren</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			0,0	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt für etwaige Einnahmen aufgrund der Erstattungen von Betreibern kerntechnischer Anlagen zu Gutachteraufträgen aus Tit. 526 11 MG 01.		
		Die tatsächlichen Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 526 11 MG 01 zu verwenden.		
111 09	341	<b>Kostenerstattung für Erörterungstermine</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			25,9	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Die Erstattungen sind veranschlagt für die Kosten atomrechtlicher Erörterungstermine in Bezug auf die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein.		
		Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 534 04 MG 01 zu verwenden.		
111 10	341	<b>Erstattungen für öffentliche Bekanntmachungen</b>	<b>10,0</b>	<b>10,0</b>
(MG 01)			12,0	
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind die Erstattungen für die Kosten von Veröffentlichungen gemäß atomrechtlicher Verfahrensverordnung.		
		Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 531 11 MG 01 zu verwenden.		
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>21.862,4</b>	<b>21.767,4</b>
			25.568,0	
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>23.698,4</b>	<b>23.563,4</b>
			26.941,4	

# 10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

<b>422 01</b>	<b>341</b>	<b>Bezüge und Zulagen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten</b>	<b>0,0</b>	<b>1.150,6</b>
			0,0	
<b>422 02</b>	<b>341</b>	<b>Bezüge der beamteten Hilfskräfte</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	
<b>425 01</b>	<b>341</b>	<b>Vergütungen der Angestellten</b>	<b>0,0</b>	<b>838,4</b>
			0,0	
<b>681 01</b>	<b>621</b>	<b>Schadensersatz an die Kernkraftwerk Krümmel GmbH</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

Weggefallen.

### 01 Atomrechtliche Verfahren

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe mit Ausnahme der Titel 514 13, 526 11, 526 19, 527 04, 531 11, 534 03 und 534 04.

#### Erläuterungen:

Die Ausgaben dieser Maßnahmegruppe werden veranschlagt zur Abwicklung atomrechtlicher Verfahren, zu deren Durchführung die Abteilung Reaktorsicherheit des MSGF nach dem Atomgesetz (AtG) verpflichtet ist (Auftragsverwaltung gemäß Art. 85 GG). Es handelt sich zum Einen um Genehmigungsverfahren, die die Betreiber der kerntechnischen Anlagen in Schleswig-Holstein nach § 7 AtG beantragen, zum Anderen geht es um die laufende Beaufsichtigung der in Schleswig-Holstein gelegenen kerntechnischen Anlagen Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel und GKSS Geesthacht. Darüber hinaus werden atompolitische Angelegenheiten wahrgenommen (inkl. Öffentlichkeitsarbeit, Bürgeranfragen etc.).

<b>511 11</b>	<b>341</b>	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>12,1</b>	<b>10,0</b>
(MG 01)			7,7	

#### Erläuterungen:

Veranschlagt ist der behördliche Bedarf an Fachbüchern und Fachzeitschriften sowie Fernmeldegebühren für atomrechtliche Verfahren und Ersatzbeschaffungen von Mobiltelefonen bzw. Kommunikationsgeräten und Geräten für Radioaktivitätsmessungen.

<b>514 13</b>	<b>341</b>	<b>Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen</b>	<b>42,5</b>	<b>42,5</b>
(MG 01)			39,1	

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 03 MG 01 überschritten werden.

Deckungsfähig mit Titel 527 04 MG 01.

<b>518 12</b>	<b>341</b>	<b>Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge</b>	<b>9,5</b>	<b>10,0</b>
(MG 01)			9,4	

#### Erläuterungen:

Veranschlagt für 1 Kopiergerät und für 1 Telefaxgerät.

# 10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>526 11</b>	342	<b>Untersuchungen im Zusammenhang mit atomrechtlichen Verfahren</b>	<b>76,0</b>	<b>70,0</b>
(MG 01)			6,8	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	140
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	70
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	70
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

Darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 111 08 MG 01 überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die im Zusammenhang mit den atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren einzuschaltenden Sachverständige zur Klärung projektunabhängiger Grundsatzfragen hinsichtlich der Risiken beim Betrieb kerntechnischer Anlagen. Vgl. Tit. 111 08 MG 01.

<b>526 15</b>	342	<b>Fachtagungen und Veranstaltungen</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>
(MG 01)			0,2	

**Erläuterungen:**

Vorgesehen ist die Veranstaltung von Konferenzen bzw. Tagungen, auf denen das Problemfeld der Reaktorsicherheit unter Hinzuziehung externer Fachleute diskutiert werden soll. Dieses dient der Beratung der Reaktorsicherheitsbehörde bzw. der Information der Öffentlichkeit.

<b>526 19</b>	342	<b>Sachverständigenkosten in atomrechtlichen Verfahren</b>	<b>20.000,0</b>	<b>20.000,0</b>
(MG 01)			23.826,3	

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der gemäß § 21 Atomgesetz in Verbindung mit §§ 1, 3 und 5 der Kostenverordnung zum Atomgesetz entstehenden Erstattungsansprüche geleistet werden, soweit diese nicht bei Titel 111 06 MG 01 veranschlagt sind.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Hinzuziehung von Sachverständigen in den atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren, die von den Betreibern kerntechnischer Anlagen zu erstatten sind. Vgl. Tit. 111 06 MG 01.

<b>527 04</b>	341	<b>Dienstreisen in besonderen Fällen</b>	<b>50,0</b>	<b>50,0</b>
(MG 01)			38,8	

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 04 MG 01 überschritten werden.

Deckungsfähig mit Titel 514 13 MG 01.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Reisekosten, die den Betreibern kerntechnischer Anlagen in Rechnung zu stellen sind, da sie aufgrund besonderer Aufsichtstatbestände erforderlich werden (keine "Routineaufsicht"). Vgl. Tit. 111 04 MG 01.

<b>531 11</b>	341	<b>Veröffentlichungen in den Tageszeitungen und sonstigen Bekanntmachungsblättern</b>	<b>10,0</b>	<b>10,0</b>
(MG 01)			10,9	

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 10 MG 01 überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Die Betreiber kerntechnischer Anlagen haben die erforderlichen Veröffentlichungskosten im Rahmen von atomrechtlichen Genehmigungsverfahren zu erstatten. Vgl. Tit. 111 10 MG 01.

# 10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>531 12</b>	341	<b>Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie</b>	<b>0,0</b>	<b>19,0</b>
(MG 01)			0,0	
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für die Unterhaltung einer Informationsstelle zu Gefahren der Atomenergie, die nicht nur über anlagenspezifische Probleme der schleswig-holsteinischen Atomanlagen, sondern umfassend auch über Risiken und Gefahren der Atomenergie im Allgemeinen informieren soll.				
<b>534 03</b>	342	<b>Umgebungsüberwachung</b>	<b>70,0</b>	<b>75,0</b>
(MG 01)			62,9	
Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 07 MG 01 überschritten werden.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für die Messung der Radioaktivität in der Umgebung kerntechnischer Anlagen (Umgebungsüberwachung). Diese Aufwendungen sind von den Betreibern der kerntechnischen Anlagen zu erstatten. Daneben können Sondermessungen zur näheren Aufklärung im Falle der Feststellung erhöhter Radioaktivitätswerte erforderlich werden. Hierfür sind 5 T€ veranschlagt. Vgl. Tit. 111 07 MG 01.				
<b>534 04</b>	341	<b>Erörterungstermine</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			25,9	
Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 09 MG 01 überschritten werden.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Vorgesehen für atomrechtliche Erörterungstermine; die Kosten sind vom Anlagenbetreiber zu erstatten. Vgl. Tit. 111 09 MG 01.				
<b>546 01</b>	341	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>2,8</b>	<b>2,8</b>
(MG 01)			0,7	
<b>Erläuterungen:</b>				
Die Ausgaben entstehen im Rahmen der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren, soweit sie nicht unter einem der übrigen Titel der MG 01 zu subsumieren sind.				
<b>812 01</b>	341	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			0,0	
<b>Erläuterungen:</b>				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>20.375,5</b>	<b>20.291,9</b>
			24.028,7	

# 10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 02 Fachberatung Katastrophenschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

### Erläuterungen:

Aufgrund der Änderung des Katastrophenschutzgesetzes ist die Zuständigkeit dieses Bereichs auf den Innenminister (Kap. 0406) übergegangen; die Abt. Reaktorsicherheit hat die Fachberatung übernommen.

<b>511 12</b>	341	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gegenstände</b>	<b>9,0</b>	<b>11,1</b>
(MG 02)			0,1	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für die Unterhaltung technischer Geräte, für die nukleare Nachsorge, für die Rufbereitschaft und den Führungsstab des MSGF sowie Fernmelde- und sonstige Kosten für das Entscheidungshilfesystem RODOS und die Messzentrale.

	2006 €
1. Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	4.100
2. Ergänzungsbeschaffungen von Geräten	4.000
3. Unterhaltung von Geräten	3.000
<b>Summe</b>	<b>11.100</b>

<b>536 01</b>	341	<b>Vorsorgemaßnahmen</b>	<b>15,0</b>	<b>26,0</b>
(MG 02)			2,5	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für Übungen und Schulungsveranstaltungen im Zusammenhang mit der Fachberatung der Katastrophenschutzbehörden sowie der nuklearen Nachsorge.

<b>536 02</b>	341	<b>Datenverarbeitung</b>	<b>65,0</b>	<b>30,0</b>
(MG 02)			116,0	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für die Weiterentwicklung der Anwendersoftware einschließlich Softwarepflege für die Datenbank der Messzentrale und die Einführung einer internetbasierten Lagedarstellung und -übermittlung (radiologische Lage). Die Kosten werden gemäß § 32 des Landeskatastrophengesetzes in voller Höhe erstattet. Vgl. Tit. 111 11.

<b>Summe der Maßnahmegruppe 02</b>	<b>89,0</b>	<b>67,1</b>
	118,6	

# 10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 62 Erweiterung und Betrieb des Kernreaktor-Fern-Überwachungssystems - KFÜ -

Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 111 02 überschritten werden.  
Übertragbar.  
Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.

### Erläuterungen:

Das Kernreaktor-Fern-Überwachungssystem (KFÜ) ist bis einschl. 1997 grundlegend erneuert worden und muss laufend auf dem neuesten Stand der Technik gehalten werden. Die Kosten sind von den Betreibern kerntechnischer Anlagen zu erstatten.

<b>511 62</b>	341	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>627,0</b>	<b>590,0</b>
(TG 62)			289,7	

### Erläuterungen:

Veranschlagt ist der Bedarf für Telekommunikationsgebühren, die beim Datenverkehr zwischen der Messnetzzentrale des KFÜ in Altenholz und den Kernkraftwerken, den rd. 80 Immissionsmessstellen und den Terminalstationen bei den Nutzern des KFÜ anfallen. Ferner sind Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen, Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie Geschäftsbedarf veranschlagt.  
Enthalten sind auch die Kosten für die langfristigen Serviceverträge mit den Firmen Siemens und Genitron.

<b>526 62</b>	341	<b>Sachverständige</b>	<b>30,0</b>	<b>30,0</b>
(TG 62)			0,0	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für die Beauftragung von Sachverständigen zur Klärung von Einzelfragen im Zusammenhang mit Investitionen sowie von aufsichtlich relevanten Vorkommnissen.

<b>533 62</b>	341	<b>Betreuung der Messgeräte und Auswertung der Messergebnisse</b>	<b>539,0</b>	<b>555,0</b>
(TG 62)			522,0	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für die Gewährleistung der Betriebsbereitschaft des KFÜ und zur fachtechnischen Auswertung von Messwertprotokollen. Die Dienstleistungen werden von der ESN erbracht.

<b>536 62</b>	341	<b>Datenverarbeitung</b>	<b>425,0</b>	<b>437,0</b>
(TG 62)			453,4	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für den Betrieb der DV-Anlage bei Dataport, für Software-Arbeiten zur Fortentwicklung und Pflege der KFÜ-Programme.

<b>547 62</b>	341	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>5,0</b>	<b>5,0</b>
(TG 62)			0,2	

<b>812 62</b>	341	<b>Erwerb von Geräten</b>	<b>145,0</b>	<b>149,0</b>
(TG 62)			0,0	

### Erläuterungen:

Veranschlagt für die Weiterentwicklung des KFÜ-Systems.

<b>Summe der Titelgruppe 62</b>	<b>1.771,0</b>	<b>1.766,0</b>
	1.265,3	

<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>22.235,5</b>	<b>24.114,0</b>
	25.412,6	

10 07 Reaktorsicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	

T€

**Abschluss**

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	23.698,4 26.941,4	23.563,4
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>23.698,4</b> 26.941,4	<b>23.563,4</b>
41 - 49		Personalausgaben		1.989,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	22.090,5 25.412,6	21.976,0
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	145,0 0,0	149,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>22.235,5</b> 25.412,6	<b>24.114,0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>+1.462,9</b> +1.528,8	<b>-550,6</b>

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 08 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Ausgaben**

02 Erweiterung der Fernsprecheinrichtungen

**Einnahmen**

<b>112 01</b>	054	<b>Geldstrafen, Geldbußen und Gerichtskosten</b>	<b>620,0</b>	<b>1.100,0</b>
			806,2	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Gerichtskosten und die zu erstattenden Kosten der beigeordneten Rechtsanwälte/innen	1.099.500
2.	Geldstrafen	500
	<b>Summe</b>	<b>1.100.000</b>

Mehr aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes vom 5. Mai 2004 (BGBl. I. S. 718).

<b>119 99</b>	054	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>
			0,3	

<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>620,5</b>	<b>1.100,5</b>
	806,5	

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

<b>412 01</b>	054	<b>Entschädigungen der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter</b>	<b>177,0</b>	<b>172,2</b>
			140,0	

**Erläuterungen:**

Die ehrenamtlichen Richter/innen erhalten die Entschädigung nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz in der Fassung des Art. 2 KostRMOG vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718).

<b>422 01</b>	054	<b>Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter</b>	<b>2.412,9</b>	<b>2.412,9</b>
			2.209,6	

<b>422 02</b>	054	<b>Bezüge der beamteten Hilfskräfte</b>	<b>45,1</b>	<b>45,1</b>
			184,8	

<b>422 03</b>	054	<b>Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst</b>	<b>16,4</b>	<b>16,4</b>
			22,4	

<b>425 01</b>	054	<b>Vergütungen der Angestellten</b>	<b>1.565,8</b>	<b>1.565,8</b>
			1.728,9	

<b>427 01</b>	054	<b>Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>32,0</b>	<b>32,0</b>
			22,7	

<b>459 01</b>	054	<b>Prämienzahlung im Rahmen des Vorschlagswesens</b>	<b>0,1</b>	<b>0,1</b>
			0,0	

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 459 01 innerhalb des Einzelplans 10.

<b>511 01</b>	054	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>331,4</b>	<b>410,0</b>
			398,4	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006
		€
1.	Büromaterial	51.200
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	53.300
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.500
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	257.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	21.400
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	5.000
7.	Unterhaltung von Geräten	7.300
8.	Sonstiges	13.300
	<b>Summe</b>	<b>410.000</b>

<b>514 01</b>	054	<b>Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.</b>	<b>1,9</b>	<b>0,6</b>
			0,1	

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**517 01 054 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **18,5**  
18,7 **19,2**

**Erläuterungen:**

In Betracht kommen:  
2 Gebäude mit insgesamt 1.468 qm Nutz- und Nebenraumfläche ( ohne Boden- und Kellerraumfläche).

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Heizung	6.700
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	11.700
4.	Sonstiges	800
<b>Summe</b>		<b>19.200</b>

**517 91 054 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH** **236,1**  
142,2 **235,4**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Nebenkosten aus dem Einzelmietvertrag mit der GMSH	11.400
2.	Bewirtschaftungskosten aus dem Einzelbewirtschaftungsvertrag	224.000
<b>Summe</b>		<b>235.400</b>

**518 01 054 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume** **128,7**  
122,2 **142,5**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für  
-Diensträume des Arbeitsgerichts Lübeck, Neustraße 2 a, 771 qm Nebenraumfläche \*);  
-Diensträume des Arbeitsgerichts Neumünster, Gartenstraße 24, 696 qm Nebenraumfläche \*).  
\*) jeweils ohne Boden- und Kellerraumfläche

**518 02 054 Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge** **16,0**  
13,4 **16,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für 8 Fotokopiergeräte (Landesarbeitsgericht Schleswig-Holstein, Arbeitsgerichte Flensburg, Kiel, Lübeck, Neumünster und Elmshorn).

**518 91 054 Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume** **366,4**  
336,0 **343,2**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für:  
- Diensträume des Arbeitsgerichts Elmshorn, Moltkestr. 28, 420 qm Hauptnutzfläche  
- Diensträume des Arbeitsgerichts Flensburg, Südergraben 55, 375 qm Hauptnutzfläche  
- Diensträume des Landesarbeitsgerichts und des Arbeitsgerichts Kiel, Deliusstr. 22, 1.450 qm Hauptnutzfläche

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>525 01</b>	054	<b>Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten</b>	<b>15,0</b> 13,5	<b>16,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
		1. Ausbildung und Umschulung		1.000
		2. Fortbildung		15.000
		3. Prüfungsvergütungen		0
		<b>Summe</b>		<b>16.000</b>
<b>526 05</b>	054	<b>Ärztliche Untersuchungen</b>	<b>1,0</b> 0,4	<b>1,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt z.B. für amtsärztliche Untersuchungen.				
<b>526 06</b>	054	<b>Auslagen in Rechtssachen</b>	<b>2.252,5</b> 1.555,7	<b>2.399,6</b>
§ 20 Abs. 2 LHO findet keine Anwendung				
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
		1. Gebühren und Auslagen der beigeordneten Rechtsanwälte/innen		2.305.300
		2. Entschädigung der Zeugen/innen		40.000
		3. Entschädigungen der Sachverständigen vor Gericht		52.100
		4. Sonstige Auslagen		2.200
		<b>Summe</b>		<b>2.399.600</b>
Mehrbedarf aufgrund des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes sowie Anhebung der Unterhaltsfreibeträge gem. § 115 Abs. 1, Satz 3, Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2 ZPO.				
<b>527 01</b>	054	<b>Dienstreisen</b>	<b>6,5</b> 9,7	<b>9,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		9.000
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		0
		3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		0
		<b>Summe</b>		<b>9.000</b>
<b>534 01</b>	054	<b>Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landesarbeitsgerichte</b>	<b>0,0</b> 10,2	<b>0,0</b>
Weggefallen.				

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
546 99	054	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge</b>	<b>2,0</b> 1,1	<b>2,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.				
632 01	054	<b>Entwicklung eines bundeseinheitlichen fortschreibungsfähigen Systems der Personalbedarfsberechnung in der Finanz-, Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit</b>	<b>0,0</b> 3,7	<b>0,0</b>
Übertragbar.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Leertitel dient der Abwicklung.				
685 01	054	<b>Zuschüsse zur Fortbildung der ehrenamtlichen Richterinnen/Richter</b>	<b>0,5</b> 0,1	<b>2,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Zuwendungstitel				
Veranschlagt für die fachliche Fortbildung der ehrenamtlichen Richter/innen aus dem Kreis der Arbeitnehmer/innen sowie der Arbeitgeber/innen sowie der für ein ehrenamtliches Richteramt vorgesehenen Personen.				
Ziel:				
Fort- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, damit diese neben den Berufsrichtern ihr Amt, in dem sie an Recht und Gesetz gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind, entsprechend ausüben können.				
Kennzahlen:				
5 Arbeitsgerichte, 14 Verbände, 679 ehrenamtliche Richterinnen und Richter.				
<b>02 Erweiterung der Fernsprecheinrichtungen</b>				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Auf Vorschlag des BAD (Berufsgenossenschaftlicher, arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst e.V.) sollen bei den Arbeitsgerichten in Flensburg, Neumünster, Elmshorn und Lübeck die Telefonapparate mit einer Notruftaste ausgerüstet werden, um den dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, in Notsituationen Alarm auszulösen. Im Bereich der ordentlichen Justiz ist eine flächendeckende landesweite Ausstattung mit Notrufsystemen bereits erfolgt und abgeschlossen.				
511 03	054	<b>Installations- und Wartungsaufwendungen für die Notrufserver der verwaltungseigenen Fernmeldeanlagen</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>38,9</b>
(MG 02)				
812 03	054	<b>Erwerb von Notrufservern</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>93,6</b>
(MG 02)				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 02</b>			<b>0,0</b> 0,0	<b>132,5</b>
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>7.625,8</b> 6.933,8	<b>7.973,5</b>

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	

T€

## Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	620,5 806,5	1.100,5
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>620,5</b> 806,5	<b>1.100,5</b>
41 - 49		Personalausgaben	4.249,3 4.308,4	4.244,5
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.376,0 2.621,6	3.633,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,5 3,8	2,0
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		93,6
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>7.625,8</b> 6.933,8	<b>7.973,5</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-7.005,3</b> -6.127,3	<b>-6.873,0</b>

# 10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**Erläuterungen:**

In diesem Kapitel sind die Ansätze für die Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte mit 83 gehörlosen und schwerhörigen Internatsschüler/innen, 1 teilstationären Schüler/in sowie 7 Kindern im stationären Hörtraining und 5 Kindern in der Hörtrainings-Wechselgruppe, 79 Fahrschüler/innen sowie 390 Schüler/innen in der Regelschulbetreuung, 170 Kindern in der Frühförderung und 90 Kindern in Rehabilitationsmaßnahmen nach Cochlear Implant-Operationen enthalten. Bei den Schulen handelt es sich um Sonderschulen in der Trägerschaft des Landes. Die Internate stellen Einrichtungen der Behindertenhilfe i.S. SGB XII dar, deren Kosten gem. §§ 75 ff. SGB XII in Form von Vergütungsentgelten ermittelt und vom überörtlichen Sozialhilfeträger getragen werden. Die jeweiligen vergütungsrelevanten Kostenanteile werden bei den einzelnen Haushaltstiteln ausgewiesen.

**Einnahmen**

<b>119 99</b>	<b>124 Vermischte Einnahmen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
		0,0	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

<b>124 01</b>	<b>124 Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung</b>	<b>29,5</b>	<b>31,5</b>
		23,3	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. aus - Dienstwohnung (Vorjahr: -)	0
2. aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	
2.1 von Grundstücken in Größe von - (Vorjahr: -)	0
2.2 von Gebäuden, Wohnungen und dergl.	
2.3 3 Mietwohnungen an Landesbedienstete (Vorjahr: 3)	14.200
2.4 - Mietwohnung an Dritte (Vorjahr: 0)	0
3. Sonstige Einnahmen	17.300
<b>Summe</b>	<b>31.500</b>

<b>125 03</b>	<b>124 Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung</b>	<b>16,2</b>	<b>16,3</b>
		19,7	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt u.a. für 25 Mitarbeiter/innen mit Teilverpflegung und ca. 850 Gäste.

<b>132 01</b>	<b>124 Verkaufserlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
		0,0	

<b>232 01</b>	<b>124 Erstattungen für Betreute aus anderen Ländern</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
		1,2	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

233 01 124 Erstattungen von Kreisen und kreisfreien Städten 3.066,6  
3.294,3 3.017,7

Erläuterungen:

		2006 €
<b>1.</b>	<b>Erstattung Pflegesatzkosten</b>	
1.1	Internat stationär	2.587.500
1.2	Internat teilstationär	4.400
1.3	Hörtrainingskurse	226.900
1.4	Hörtrainingswechselgruppe	130.900
1.5	Kurse und Seminare	47.000
	<i>Summe zu 1.</i>	2.996.700
<b>2.</b>	<b>Erstattung Barbeträge</b>	
2.1	Barbeträge Internatsschüler	16.600
2.2	Barbeträge Hörtrainingswechselgruppe	200
	<i>Summe zu 2.</i>	16.800
<b>3.</b>	<b>Erstattung sonstiger Leistungen der Sozialhilfe</b>	
3.1	Sonstiges	4.200
	<i>Summe zu 3.</i>	4.200
<b>Zusammen</b>		<b>3.017.700</b>

Die Kostenabrechnung aus der Sozialhilfe ist ab 2003 auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen worden.

236 01 319 Erstattung von Pflegegeldern von Krankenkassen für Betreute im Cochlear-Implant-Centrum (CIC) 225,9  
252,8 261,5

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die von den Krankenkassen zu zahlenden Pflegesätze für im Cochlear Implant Centrum Schleswig-Kiel (CIC) durchgeführten Rehabilitationsmaßnahmen für hörgeschädigte Kinder nach der Cochlear Implant-Operation.  
Vgl. Tit. 671 03.

359 01 991 Entnahme aus der Rücklage 735,0  
0,0 0,0

Erläuterungen:

Vgl. Tit. 919 01.

<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>4.073,2 3.591,3</b>	<b>3.327,0</b>
----------------------------	----------------------------	----------------

# 10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

422 01	129	<b>Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten</b>	<b>85,2</b> 85,9	<b>85,2</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Vergütungsrelevante Anteile				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		32.500
2.		CIC		10.400
		<b>Summe</b>		<b>42.900</b>
<hr/>				
425 01	124	<b>Vergütungen der Angestellten</b>	<b>1.976,8</b> 1.701,3	<b>1.976,8</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Vergütungsrelevante Anteile				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		1.476.300
2.		CIC		114.300
		<b>Summe</b>		<b>1.590.600</b>
<hr/>				
426 01	129	<b>Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter</b>	<b>124,9</b> 143,3	<b>124,9</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Vergütungsrelevante Anteile				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		110.900
2.		CIC		13.900
		<b>Summe</b>		<b>124.800</b>
<hr/>				
459 01	124	<b>Prämienzahlung im Rahmen des Vorschlagswesens</b>	<b>0,2</b> 0,0	<b>0,2</b>
Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 459 01 innerhalb des Einzelplans 10.				
511 01	124	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>45,0</b> 44,2	<b>45,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Vergütungsrelevante Anteile (37,94 % bzw. 6,78 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		17.073
2.		CIC		3.051
		<b>Summe</b>		<b>20.124</b>

10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

514 01 124 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.

198,1  
207,3

222,6

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	10.200
2.	Dienst- und Schutzkleidung	200
3.	Verbrauchsmittel	126.500
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0
5.	Sonstiges	85.700
<b>Summe</b>		<b>222.600</b>

Vgl. Tit. 125 03.

Vergütungsrelevante Anteile (45,82 % bzw. 5,58 %)

		2006 €
1.	Internat	101.995
2.	CIC	12.421
<b>Summe</b>		<b>114.416</b>

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand am 01.02.2005
Selbstfahrer-Kleinbusse	0	0
Selbstfahrer-Pkw	3	3
<b>Zusammen</b>	<b>3</b>	<b>3</b>

517 01 124 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

6,0  
10,2

10,8

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Heizung	0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	6.800
4.	Sonstiges	4.000
<b>Summe</b>		<b>10.800</b>

Vergütungsrelevante Anteile (57,18 % bzw. 3,92 %)

		2006 €
1.	Internat	6.175
2.	CIC	423
<b>Summe</b>		<b>6.598</b>

# 10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
517 91	124	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH</b>	<b>920,8</b> 866,0	<b>957,9</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Nebenkosten aus dem Einzelmietvertrag mit der GMSH		58.500
2.		Bewirtschaftungskosten aus dem Einzelbewirtschaftungsvertrag		899.400
		<b>Summe</b>		<b>957.900</b>
Vergütungsrelevante Anteile (37,92 % bzw. 4,16 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		363.236
2.		CIC		39.849
		<b>Summe</b>		<b>403.085</b>
518 02	124	<b>Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>5,3</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für 2 Kopiergeräte.				
Vergütungsrelevante Anteile (42,93 % bzw. 9,73 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		2.275
2.		CIC		516
		<b>Summe</b>		<b>2.791</b>
518 91	124	<b>Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>2.078,0</b> 2.077,9	<b>2.078,0</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für:				
Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte, Lutherstr. 14, Seminarweg 20, Schubstr. 25, 24837 Schleswig, 9.901 qm Hauptnutzfläche				
Vergütungsrelevante Anteile (39,92 % bzw. 4,42 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		829.538
2.		CIC		91.848
		<b>Summe</b>		<b>921.386</b>

10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
525 01	124	Lehr-, Lern- und Unterrichtsmittel	45,0 46,0	45,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Vergütungsrelevante Anteile (3,9 % bzw. 3,25 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		1.755
2.		CIC		1.463
		<b>Summe</b>		<b>3.218</b>
<hr/>				
525 02	124	Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten	6,0 3,5	6,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Vergütungsrelevante Anteile (7,57 % bzw. 4,58 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		454
2.		CIC		275
		<b>Summe</b>		<b>729</b>
<hr/>				
526 05	124	Ärztliche Untersuchungen	0,8 0,2	0,9
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für amts- bzw. augenärztliche Untersuchungen.				
Vergütungsrelevante Anteile (100 % bzw. 0 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		900
2.		CIC		0
		<b>Summe</b>		<b>900</b>

# 10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**527 01 124 Dienstreisen** **14,4**  
12,6 **15,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	13.700
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	1.300
3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
<b>Summe</b>	<b>15.000</b>

Vergütungsrelevante Anteile (2,78 % bzw. 11,8 %)

	2006 €
1. Internat	431
2. CIC	1.770
<b>Summe</b>	<b>2.201</b>

**535 01 124 Krankenpflegekosten, Arznei, Verbandsmittel, Vorsorgeuntersuchungen** **4,3**  
2,7 **3,9**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für:

	2006 €
1. Ärztliche Hilfs-, Arznei- und Verbandsmittel	800
2. Vorsorgeuntersuchungen und Heimärzte	100
3. Hygieneartikel, Sonstiges	3.000
<b>Summe</b>	<b>3.900</b>

Vergütungsrelevante Anteile (68,53 % bzw. 0,4 %)

	2006 €
1. Internat	2.673
2. CIC	16
<b>Summe</b>	<b>2.689</b>

**536 01 124 Kulturelle Betreuung und Freizeitgestaltung zugunsten der Internatsschülerinnen und -schüler** **8,4**  
8,1 **8,6**

**Erläuterungen:**

Vergütungsrelevante Anteile (84,05 % bzw. 15,27 %)

	2006 €
1. Internat	7.228
2. CIC	1.313
<b>Summe</b>	<b>8.541</b>

10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**538 01 124 Schülerbeförderung, Schullandheimaufenthalte, Reisekosten des Begleitpersonals und der Schullehrerbeiräte** **194,3**  
190,0 **198,5**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Kostenanteil Schulträger für Schülerbeförderung gem. § 80 Schlesw.-Holst. Schulgesetz i.d.F. vom 2.8.1990	58.000
2.	Wochenendheimfahrten	135.000
3.	Schullandheimaufenthalte	3.000
4.	Reisekosten des Begleitpersonals und der Elternbeiräte	2.500
<b>Summe</b>		<b>198.500</b>

Vergütungsrelevante Anteile (68,9 % bzw. 0 %)

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Internat	136.767
2.	CIC	0
<b>Summe</b>		<b>136.767</b>

**546 99 124 Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge** **3,0**  
0,3 **3,0**

**Erläuterungen:**

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse und als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

**671 03 124 Erstattung von Pflegegeldern für das Cochlear-Implant-Centrum (CIC) an die Universitätsklinik Kiel** **92,3**  
90,9 **106,9**

Der Ansatz darf bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 236 01 überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist der Anteil der Universitätsklinik Kiel an den Pflegesätzen, die von den Krankenkassen für die Arbeit des Cochlear-Implant-Centrums Schleswig-Kiel (CIC) gezahlt wurden.  
Vgl. Tit. 236 01.

Mehr wegen Steigerung der Behandlungstage von 950 auf 1.100.

Vergütungsrelevante Anteile (0 % bzw. 100 %)

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Internat	0
2.	CIC	106.900
<b>Summe</b>		<b>106.900</b>

**681 01 124 Pflegestellen** **0,0**  
0,0 **0,0**

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden tatsächlichen Einnahmen bei 233 01 geleistet werden.

# 10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>681 02</b>	124	<b>Sonstige Leistungen der Sozialhilfe</b>	<b>0,0</b> 2,6	<b>0,0</b>
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden tatsächlichen Einnahmen bei 232 01 und 233 01 geleistet werden.				
<b>681 04</b>	124	<b>Barbeträge (Taschengelder)</b>	<b>22,0</b> 19,6	<b>16,8</b>
Der Ansatz darf bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden tatsächlichen Einnahmen bei 232 01 und 233 01 überschritten werden.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Vgl. zu Tit. 233 01.				
Vergütungsrelevante Anteile (100 % bzw. 0 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		16.800
2.		CIC		0
<b>Summe</b>				<b>16.800</b>
<b>811 01</b>	124	<b>Erwerb von Dienstfahrzeugen</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>812 01</b>	124	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen</b>	<b>58,5</b> 33,0	<b>23,9</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für die Erweiterung des Hörsystems vom Typ "Phonic Ear" (5.000 €) und für die Ersatzbeschaffung des Vorschulmobiliars (18.900 €).				
Vergütungsrelevante Anteile				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Internat		18.900
2.		CIC		0
<b>Summe</b>				<b>18.900</b>
<b>919 01</b>	991	<b>Zuführung an die Rücklage</b>	<b>0,0</b> 377,6	<b>0,0</b>
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der nicht verausgabten Einnahmen (bei Leertiteln) bzw. Mehreinnahmen der Hauptgruppen 1 bis 3 (ohne Tit. 132 01) und der nicht verausgabten Ausgaben der Hauptgruppen 4 bis 8 des Kapitels 1009 geleistet werden.				
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>5.884,0</b> 5.923,2	<b>5.935,2</b>

# 10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>Abschluss</b>				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	45,7 43,0	47,8
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	3.292,5 3.548,3	3.279,2
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	735,0 0,0	0,0
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>4.073,2</b> 3.591,3	<b>3.327,0</b>
41 - 49		Personalausgaben	2.187,1 1.930,5	2.187,1
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	3.524,1 3.469,0	3.600,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	114,3 113,1	123,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	58,5 33,0	23,9
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 377,6	0,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>5.884,0</b> 5.923,2	<b>5.935,2</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-1.810,8</b> -2.331,9	<b>-2.608,2</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**Erläuterungen:**

Im Kapitel 1010 sind die Ansätze für folgende staatliche Schulen für Behinderte zusammengefasst:

1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte in Wentorf mit 105 sprachbehinderten Internatsschüler/innen, davon 25 in teilstationärer Betreuung,
2. Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte in Ralsdorf mit 92 schwerstbehinderten Schüler/innen, davon 8 externe sowie 17 teilstationäre Schüler/innen (Fahrschüler/innen),
3. Helen-Keller-Schule -Staatliche Schule für Körperbehinderte- in Damp mit 32 schwerstbehinderten Schüler/innen, davon 5 Fahrschüler/innen,
4. Staatliche Schule für Sehgeschädigte in Schleswig zur Betreuung von durchschnittlich 190 Kindern im Früh- und Elementarbereich, 536 (davon 279 geistig behinderte) Schüler/innen an Regelschulen und 64 Jugendlichen im berufsbildenden Bereich mit 12 Internatsplätzen für Intensivkurse.

Bei den Schulen handelt es sich um Sonderschulen in der Trägerschaft des Landes. Die Internate stellen Einrichtungen der Behindertenhilfe i.S. SGB XII dar, deren Kosten gem. §§ 75 ff. SGB XII in Form von Vergütungsentgelten ermittelt und vom überörtlichen Sozialhilfeträger getragen werden. Die jeweiligen vergütungsrelevanten Kostenanteile werden bei den einzelnen Haushaltstiteln ausgewiesen.

Die Mittel für die Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte sind im Kapitel 1009 veranschlagt.

### Einnahmen

<b>119 99</b>	<b>124 Vermischte Einnahmen</b>		<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

<b>124 01</b>	<b>124 Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung</b>		<b>1,0</b>	<b>1,1</b>
			1,0	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	aus - Dienstwohnung (Vorjahr: -)		0
2.	aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung		
2.1	von Grundstücken in Größe von - (Vorjahr: -)		0
2.2	von Gebäuden, Wohnungen und dergl.		1.000
2.3	- Mietwohnung an Landesbedienstete (Vorjahr: -)		0
2.4	- Mietwohnungen an Dritte (Vorjahr: -)		0
3.	Sonstige Einnahmen		100
<b>Summe</b>			<b>1.100</b>

<b>125 03</b>	<b>124 Einnahmen aus der Abgabe von Verpflegung</b>		<b>8,4</b>	<b>11,6</b>
			15,7	

**Erläuterungen:**

Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte

Veranschlagt sind:

			2006
			€
1.	8 Mitarbeiter/innen mit Voll- und Teilverpflegung		7.300
2.	80 Gäste mit Teilverpflegung		300
3.	Erstattung des Schulfrühstücks für 45 Kinder aus dem Internat Aumühle		4.000
<b>Summe</b>			<b>11.600</b>

Mehr wegen Ziff. 3.

<b>132 01</b>	<b>124 Verkaufserlöse aus dem Verkauf von Dienstfahrzeugen</b>		<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
231 01	124	<b>Erstattungen des Bundes</b>	<b>9,4</b> 7,6	<b>7,5</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind die Erstattungen des Bundes für 3 Zivildienstleistende. Vgl. Tit. 427 04.		
232 01	124	<b>Erstattungen aus anderen Ländern</b>	<b>37,6</b> 0,0	<b>0,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.		
233 01	124	<b>Erstattungen von Kreisen und kreisfreien Städten</b>	<b>1.989,4</b> 2.089,1	<b>1.998,2</b>
		<b>Erläuterungen:</b>		
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
<b>1.</b>		<b>Internat an der Staatlichen Schule für Sprachbehinderte</b>		
	1.1	38 Schüler/innen (stationäre Unterbringung)		1.415.900
	1.2	Lesekurse (3 Kurse mit je 6 Schüler/innen)		222.000
	1.3	Teilstationäre Betreuung (12 Kinder)		207.200
	1.4	Barbeträge (Taschengelder) für 38 Internatsschüler/innen		4.300
		<i>Summe zu 1.</i>		<u>1.849.400</u>
<b>2.</b>		<b>Kurshaus an der Staatlichen Schule für Sehgeschädigte</b>		
	2.1	300 Schüler/innen für jeweils 3 Tage		148.800
		<i>Summe zu 2.</i>		<u>148.800</u>
		<b>Zusammen</b>		<b><u>1.998.200</u></b>
			<b>2.045,8</b> 2.113,4	<b>2.018,4</b>

Die Abrechnung aus der Sozialhilfe ist ab 2003 auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen worden (vgl. Tit. 381 01).

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

**425 01 124 Vergütungen der Angestellten** **1.194,4**  
1.272,1 **1.194,4**

**Erläuterungen:**

Vergütungsrelevante Anteile (98,24 %)

			<b>2006</b>
			<b>€</b>
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte			938.263
2. Staatliche Schule für Sehgeschädigte			107.124
<b>Summe</b>			<b>1.045.387</b>

**425 02 124 Vergütungen der ständigen, nur teilbeschäftigten Kräfte** **15,6**  
20,3 **15,6**

**Erläuterungen:**

Vergütungsrelevante Anteile (100 %)

			<b>2006</b>
			<b>€</b>
1. Staatliche Schule für Sehgeschädigte			15.600
<b>Summe</b>			<b>15.600</b>

**426 01 124 Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter** **108,5**  
122,6 **108,5**

**Erläuterungen:**

Vergütungsrelevante Anteile (100 %)

			<b>2006</b>
			<b>€</b>
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte			108.500
<b>Summe</b>			<b>108.500</b>

**426 02 124 Löhne der ständigen, nur teilbeschäftigten Kräfte** **15,9**  
16,0 **15,9**

**Erläuterungen:**

Vergütungsrelevante Anteile (100 %)

			<b>2006</b>
			<b>€</b>
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte			15.900
<b>Summe</b>			<b>15.900</b>

**427 01 124 Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** **4,1**  
0,0 **4,1**

**427 03 124 Honorare für freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** **8,6**  
4,1 **7,6**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Honorare für  
 1 stundenweise tätigen Psychologen bei der Staatlichen Internatsschule für Sprachbehinderte und  
 4 in beratender Funktion für die Staatliche Schule für Sehgeschädigte tätige Augenärzte.

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**427 04 124 Entgelte für Zivildienstleistende** **18,5**  
14,8 **15,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die Entgelte für 3 Zivildienstleistende.  
Der Bund erstattet die Kosten teilweise (vgl. Tit. 231 01).

Vergütungsrelevante Anteile (100 % bzw. 20 %)

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	6.500
2.	Staatliche Schule für Sehgeschädigte	1.000
<b>Summe</b>		<b>7.500</b>

**459 01 124 Prämienzahlung im Rahmen des Vorschlagswesens** **0,2**  
0,0 **0,2**

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 459 01 innerhalb des Einzelplans 10.

**511 01 124 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **95,1**  
113,7 **98,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Büromaterial	8.800
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	6.400
3.	Druck- und Buchbindearbeiten	1.300
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	21.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	36.400
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	1.000
7.	Unterhaltung von Geräten	23.100
8.	Sonstiges	0
<b>Summe</b>		<b>98.000</b>

Vergütungsrelevante Anteile

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	15.805
2.	Staatliche Schule für Sehbehinderte	3.790
<b>Summe</b>		<b>19.595</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**514 01 124 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** **265,7**  
246,3 **277,8**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	7.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	400
3.	Verbrauchsmittel	52.200
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0
5.	Sonstiges	218.200
<b>Summe</b>		<b>277.800</b>

Vergütungsrelevante Anteile

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	55.200
<b>Summe</b>		<b>55.200</b>

Bestand an :

		<b>Soll 2006</b>	<b>Tatsächlicher</b>
			<b>Bestand am 1.2.2005</b>
1.	Selbstfahrer-Kleinbusse	1	1
2.	Selbstfahrer-Pkw	2	2
<b>Zusammen</b>		<b>3</b>	<b>3</b>

**517 01 124 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **55,0**  
51,4 **55,0**

**Erläuterungen:**

Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte in Raisdorf.

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Heizung	20.500
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	15.000
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	19.500
4.	Sonstiges	0
<b>Summe</b>		<b>55.000</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
517 91	124	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH</b>	<b>371,9</b> 354,8	<b>388,2</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind für die Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte in Wentorf:				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Nebenkosten aus dem Einzelmietvertrag mit der GMSH		18.500
2.		Bewirtschaftungskosten aus dem Einzelbewirtschaftungsvertrag		369.700
		<b>Summe</b>		<b>388.200</b>
Vergütungsrelevante Anteile (60%)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte		232.920
		<b>Summe</b>		<b>232.920</b>
518 02	124	<b>Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>4,9</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für je 1 Kopiergerät in der Staatlichen Internatsschule für Sprachbehinderte und der Staatlichen Schule für Sehgeschädigte.				
Vergütungsrelevante Anteile (80 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte		1.136
		<b>Summe</b>		<b>1.136</b>
518 91	124	<b>Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>729,1</b> 722,2	<b>722,3</b>
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für: Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte, Golfstr. 5 und 5a, 21465 Wentorf, 1.152 qm Hauptnutzfläche				
Vergütungsrelevante Anteile (49,54 %)				
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1.		Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte		357.827
		<b>Summe</b>		<b>357.827</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**525 01 124 Lehr-, Lern- und Unterrichtsmittel** **167,0**  
156,9 **162,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für

	2006 €
1. Staatliche Schule für Sehgeschädigte	125.400
2. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	21.000
3. Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte	10.600
4. Staatliche Schule für Körperbehinderte Damp	5.000
<b>Summe</b>	<b>162.000</b>

**525 02 124 Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten** **10,7**  
4,7 **8,0**

**Erläuterungen:**

Vergütungsrelevante Anteile

	2006 €
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	4.350
2. Staatliche Schule für Sehgeschädigte	200
<b>Summe</b>	<b>4.550</b>

**526 05 124 Ärztliche Untersuchungen** **0,7**  
0,1 **0,5**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt z.B. für amtsärztliche und augenärztliche Gutachten.

Vergütungsrelevante Anteile (100 %)

	2006 €
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	100
<b>Summe</b>	<b>100</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**527 01 124 Dienstreisen** **24,0**  
28,2 **27,8**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	<b>2006</b> €
1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	26.100
2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	1.700
3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
<b>Summe</b>	<b>27.800</b>

Vergütungsrelevante Anteile

	<b>2006</b> €
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	700
2. Staatliche Schule für Sehgeschädigte	750
<b>Summe</b>	<b>1.450</b>

**535 01 124 Krankenpflege, Arznei, Verbandsmittel, Vorsorgeuntersuchungen** **4,9**  
2,8 **4,5**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	<b>2006</b> €
1. Ärztliche Hilfs-, Arznei- und Verbandsmittel	400
2. Vorsorgeuntersuchungen und Heimärzte	3.000
3. Hygiene- und Sanitär-Artikel	400
4. Sonstiges	700
<b>Summe</b>	<b>4.500</b>

Vergütungsrelevante Anteile (60 % bzw. 100 %)

	<b>2006</b> €
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	2.640
2. Staatliche Schule für Sehgeschädigte	100
<b>Summe</b>	<b>2.740</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**536 01 124 Kulturelle Betreuung und Freizeitgestaltung zugunsten der Internatsschülerinnen und -schüler einschließlich Sportstättenmiete in Wentorf** **23,9**  
23,2 **23,9**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Staatliche Schule für Sehgeschädigte	2.000
2.	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	20.000
3.	Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte	1.000
4.	Staatliche Schule für Körperbehinderte Damp	900
<b>Summe</b>		<b>23.900</b>

Vergütungsrelevante Anteile (100 %)

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Staatliche Schule für Sehgeschädigte	2.000
2.	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	20.000
<b>Summe</b>		<b>22.000</b>

**538 01 124 Schülerbeförderung, Schullandheimaufenthalte, Reisekosten des Begleitpersonals und der Schullehrerbeiräte** **151,0**  
156,7 **167,5**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für

- die Staatlichen Internatsschulen für Sprachbehinderte und Körperbehinderte in Wentorf und Raisdorf sowie
- die Staatlichen Schulen für Sehgeschädigte in Schleswig und Körperbehinderte in Damp

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Kostenanteil Schulträger für Schülerbeförderung gem. § 80 Schlesw.-Holst. Schulgesetz i.d.F. vom 2.8.1990	30.000
2.	Wochenendheimfahrten	110.000
3.	Kosten der täglichen Heimfahrten teilstationär betreuter Schüler/innen	10.000
4.	Schullandheimaufenthalte	13.500
5.	Reisekosten des Begleitpersonals und der Elternbeiräte	4.000
<b>Summe</b>		<b>167.500</b>

Vergütungsrelevante Anteile (100 %)

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	138.000
2.	Staatliche Schule für Sehgeschädigte	500
<b>Summe</b>		<b>138.500</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>546 99</b>	124	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge</b>	<b>3,8</b>	<b>3,0</b>
			1,8	

**Erläuterungen:**

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

<b>671 01</b>	124	<b>Erstattung von Schulträgerkosten</b>	<b>45,0</b>	<b>93,3</b>
			59,3	

**Erläuterungen:**

Die veranschlagten Mittel betreffen die Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte in Raisdorf und die Staatliche Schule für Körperbehinderte in Damp. Die Kosten werden bei der Bemessung der entsprechenden Pflegesätze berücksichtigt. Der Landesrechnungshof Schl.-H. hat bei seiner Prüfung der Staatlichen Schulen für Behinderte moniert, dass Personalkosten für Leistungen, die für die Schulen in Raisdorf und Damp erbracht werden, über die Internatspflegesätze abgedeckt werden. Das ist mit der Veranschlagung bei diesem Titel geändert worden. Die aus diesem Titel gezahlten Erstattungen werden bei der Pflegesatzberechnung als Einnahmen berücksichtigt und entlasten so den Ausgabensektor (1005 - TG 65).

Mehr wegen erstmals zu berücksichtigenden Personalkosten für den Hausmeister in Damp und für Sachkosten in Damp.

<b>681 04</b>	124	<b>Barbeträge (Taschengelder)</b>	<b>7,0</b>	<b>4,5</b>
			4,7	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der für diesen Zweck aufkommenden tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 232 01 und 233 01 überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Schüler/innen in der Staatlichen Internatsschule für Sprachbehinderte.

Vergütungsrelevante Anteile (100 %)

				<b>2006</b>
				<b>€</b>
1. Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte				4.500
<b>Summe</b>				<b>4.500</b>
				<b>4.500</b>

<b>811 01</b>	124	<b>Erwerb von Dienstfahrzeugen</b>	<b>0,0</b>	<b>15,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Ersatzbeschaffung eines Kleinbusses für die Staatliche Schule für Sehgeschädigte.

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**812 01 124 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen** **43,0**  
44,8 **50,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind für:

		2006 €
1.	Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte	
1.1	Ersatzbeschaffungen:	
1.1.1	Ausstattung von mehreren Internatszimmern mit neuem Mobiliar	14.000
2.	Staatliche Internatsschule für Körperbehinderte	
2.1	Ergänzungsbeschaffungen:	
2.1.1	Einrichtung von 2 Werkräumen	15.000
3.	Staatliche Schule für Sehgeschädigte	
3.1	Ersatzbeschaffungen:	
3.1.1	Beleuchtung für je 2 Wohngruppen	12.000
3.2	Ergänzungsbeschaffungen	
3.2.1	Mobiliar für je einen Fortbildungs- und Tagungsraum	9.000
	<b>Summe</b>	<b>50.000</b>

**812 03 124 Ausstattung für die Beschulung blinder und hochgradig sehbehinderter Schülerinnen und Schüler** **45,0**  
0,0 **0,0**

**Erläuterungen:**

Alle zwei Jahre veranschlagt für die Staatliche Schule für Sehgeschädigte:  
2 Musterarbeitsplätze für blinde Schüler/innen

<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>3.408,6</b> 3.421,5	<b>3.467,5</b>
---------------------------	---------------------------	----------------

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>Abschluss</b>				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	9,4 16,7	12,7
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2.036,4 2.096,7	2.005,7
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>2.045,8</b> 2.113,4	<b>2.018,4</b>
41 - 49		Personalausgaben	1.365,8 1.449,9	1.361,3
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	1.902,8 1.862,8	1.943,4
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	52,0 64,0	97,8
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	88,0 44,8	65,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>3.408,6</b> 3.421,5	<b>3.467,5</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-1.362,8</b> -1.308,1	<b>-1.449,1</b>

# 10 11 Fachkliniken

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 11 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Ausgaben**

03 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholkranken Straftätern/innen

**Einnahmen**

<b>236 01</b>	<b>312</b>	<b>Einnahmen aus Maßregelvollzug</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	
Übertragen nach 1002 - 236 01.				
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

# 10 11 Fachkliniken

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

**661 01** 312 **Schuldendiensthilfen an öffentlich-rechtliche Fachkliniken** **0,0** **0,0**  
0,0

Übertragen nach 1011 - 662 01 (MG 03).

**682 05** 312 **Zuschuss zum laufenden Betrieb der Sonderschule Hesterberg** **0,0** **0,0**  
0,0

Übertragen nach 1002 - 683 01.

**03 Vollzug von Maßnahmen der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholkranken Straftätern/innen**

Übertragen nach 1002 - MG 08.

**632 01** 312 **An andere Länder** **0,0** **0,0**  
(MG 03) 0,0

Übertragen nach 1002 - 632 01 (MG 08).

**662 01** 312 **Schuldendiensthilfen an die Fachklinik Schleswig und die** **279,2** **0,0**  
(MG 03) **Psychatrium GRUPPE in Neustadt** 157,6

Übertragen nach 1002 - 662 02 (MG 08).

**682 08** 312 **An Psychatrium GRUPPE in Neustadt und Fachklinik Schleswig** **0,0** **0,0**  
(MG 03) 0,0

Übertragen nach 1002 - 683 02 (MG 08).

---

**Summe der Maßnahmegruppe 03** **279,2** **0,0**  
157,6

---

**Summe der Ausgaben** **279,2** **0,0**  
157,6

# 10 11 Fachkliniken

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Abschluss

21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 0,0	0,0
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	279,2 157,6	0,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>279,2</b> 157,6	<b>0,0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-279,2</b> -157,6	<b>0,0</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 12 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Einnahmen**

08 Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII

**Ausgaben**

01 Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe durch Fachveranstaltungen sowie Maßnahmen der Qualifizierung und Fortbildung

03 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz

04 Familienförderung

05 Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe

06 Präventive Maßnahmen, Finanzierungsbeteiligung gem. § 58 JuFöG

07 Hilfe zur Erziehung

08 Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII

09 Einrichtungen des Verbraucherschutzes und Ernährungsberatung

**Einnahmen**

<b>119 02</b>	<b>236</b>	<b>Einnahmen aus Veranstaltungen, Fortbildungsmaßnahmen und Informationstagungen</b>	<b>1,0</b> 0,1	<b>1,0</b>
---------------	------------	--	-------------------	------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Einnahmen, die durch Eintrittsgelder bei Veranstaltungen und durch Tagungsgebühren bei Fortbildungs- und Informationstagungen sowie durch Beiträge zu den Verpflegungs- und Übernachtungskosten erwartet werden. Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei der Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, verwendet werden (vgl. Tit. 535 01 MG 01 und Tit. 546 01 MG 01).

<b>119 99</b>	<b>236</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>81,6</b> 154,1	<b>90,0</b>
---------------	------------	-----------------------------	----------------------	-------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Rückflüsse von Fördermitteln aus früheren Haushaltsjahren sowie Zinsen für zu früh abgerufene Investitionszuwendungen. Der Ansatz ist geschätzt.

<b>231 02</b>	<b>237</b>	<b>Erstattungen des Bundes im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes</b>	<b>11.945,0</b> 11.568,8	<b>12.321,0</b>
---------------	------------	--	-----------------------------	-----------------

**Erläuterungen:**

Gemäß § 8 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in der seit dem 1. Januar 2000 geltenden Fassung trägt der Bund ein Drittel der von den Kreisen und kreisfreien Städten nach dem Gesetz erbrachten Leistungen. Die Höhe der Einnahmen richtet sich nach den tatsächlichen Ausgaben.

<b>231 03</b>	<b>266</b>	<b>Zuweisungen des Bundes für Jugendhilfemaßnahmen</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
---------------	------------	--	-------------------	------------

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Zuweisungen des Bundes (z.B. nach dem Bundesjugendplan) für Maßnahmen der Jugendhilfe örtlicher und freier Träger. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben der MG 06 zu verwenden.

<b>233 01</b>	<b>237</b>	<b>Erstattungen der Kreise und kreisfreien Städte nach § 8 des Unterhaltsvorschussgesetzes</b>	<b>8.255,8</b> 7.467,5	<b>9.240,0</b>
---------------	------------	--	---------------------------	----------------

**Erläuterungen:**

Nach § 7 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) sind die barunterhaltspflichtigen Elternteile zum Ersatz der vorschussweise erbrachten Unterhaltsleistungen heranzuziehen. Die Geltendmachung und Einziehung der Beträge erfolgt im Rahmen der Aufgabenübertragung durch das Schleswig-Holsteinische Ausführungsgesetz zum UVG durch die Unterhaltsvorschusskassen bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Von dem Gesamtbetrag der Einnahmen hat das Land gemäß § 8 Abs. 2 UVG ein Drittel an den Bund weiterzuleiten (vgl. Tit. 631 01).

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
271 01	266	<b>Erstattungen aus EU-Programmen für Jugendhilfemaßnahmen</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Zuweisungen aus EU-Programmen (z.B. XENOS) für Maßnahmen der Jugendhilfe örtlicher und freier Träger. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der MG 06 zu verwenden.		
281 02	266	<b>Erstattungen von Jugendhilfeleistungen</b>	<b>1,5</b> 7,2	<b>2,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt für Erstattungen von Jugendhilfeleistungen.		
282 01	261	<b>Zuschüsse vom Deutsch-Französischen Jugendwerk</b>	<b>20,0</b> 8,8	<b>20,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 02 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.		
282 02	261	<b>Zuschüsse vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk</b>	<b>20,0</b> 31,5	<b>20,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 03 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.		
282 03	261	<b>Zuschüsse des Bundes für Maßnahmen der deutsch-israelischen Jugendarbeit</b>	<b>10,0</b> 22,4	<b>10,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 05 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.		
282 04	261	<b>Zuschüsse des Bundes für Maßnahmen der deutsch-tschechischen Jugendarbeit</b>	<b>10,0</b> 0,0	<b>10,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 681 06 MG 03 zu verwenden. Es ist nur der außerschulische Bereich veranschlagt.		
331 01	271	<b>Zuweisungen des Bundes für Investitionen</b>	<b>0,0</b> 255,1	<b>400,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Die Zuweisungen aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes sind zweckgebunden für Ausgaben bei Tit. 893 04 MG 05 zu verwenden.  Die für 2006 veranschlagten Bundesmittel sind wie folgt vorgesehen: 400,0 T€ für den Neubau einer Jugendherberge in Glückstadt/Kreis Steinburg  Gesamtfinanzierung und vorgesehene Bereitstellung der Landesmittel siehe Tit. 893 05 MG 05.		
359 01	237	<b>Entnahme aus der Rücklage im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Für den Anteil der Kreise und kreisfreien Städte an den Mehreinnahmen des Haushaltsjahres 2005 im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes (zur Abwicklung des Anreizmodells bei den Rückgriffen, vgl. Tit. 633 05).		

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
381 01	991	<b>Verrechnung der Mittel zur Förderung der Verbraucherinsolvenzberatung aus Konzessionsabgaben nach dem Lotteriegesetz</b>	0,0 0,0	3.370,5
<b>08 Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII</b>				
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind die Gebühren und Umlagebeträge, die nach der Schiedsstellenverordnung vom 13.12.2000 (GVOBl. SH S. 678), zuletzt geändert 09.08.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 300), erhoben werden sollen. Vgl. MG 08 (Ausgaben).				
111 02	276	<b>Gebühren für die Inanspruchnahme der Schiedsstelle</b>	5,1	6,0
(MG 08)			10,6	
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt sind die nach der Schiedsstellenverordnung vom 13.12.2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 678), zuletzt geändert 09.08.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 300), bei Inanspruchnahme der Schiedsstelle fälligen Gebühren.				
233 02	276	<b>Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch öffentliche Träger</b>	10,7	11,0
(MG 08)			3,9	
<b>Erläuterungen:</b>				
Die nicht durch Gebühren gedeckten Kosten der Schiedsstelle sind dem Land gem. Schiedsstellenverordnung vom 13.12.2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 678), zuletzt geändert 09.08.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 300), durch Umlage zu erstatten. Veranschlagt ist der Umlageanteil der Verbände der öffentlichen Jugendhilfeträger.				
261 01	276	<b>Erstattungen von Verwaltungsausgaben durch freie Träger</b>	10,7	11,0
(MG 08)			3,9	
<b>Erläuterungen:</b>				
Die nicht durch Gebühren gedeckten Kosten der Schiedsstelle sind dem Land gem. Schiedsstellenverordnung vom 13.12.2000 (GVOBl. Schl.-H. S. 678), zuletzt geändert 09.08.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 300), durch Umlage zu erstatten. Veranschlagt ist der Umlageanteil der Verbände der freien und privaten Einrichtungsträger.				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 08</b>			<b>26,5</b> 18,4	<b>28,0</b>
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>20.371,4</b> 19.533,9	<b>25.512,5</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

<b>631 01</b>	<b>237</b>	<b>Erstattungen an den Bund im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes</b>	<b>2.751,9</b> 2.518,3	<b>3.080,3</b>
---------------	------------	---	---------------------------	----------------

Ausgaben dürfen bis zur Höhe von einem Drittel der Einnahmen bei Tit. 233 01 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Die Kreise und kreisfreien Städte haben die barunterhaltspflichtigen Elternteile gem. § 7 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) i.V.m. § 2 des Gesetzes zur Ausführung des UVG vom 14.01.1980 (GVOBl. Schl.-H. S.60) zum Ersatz der vorschussweise erbrachten Unterhaltsleistungen heranzuziehen. Die eingezogenen Beträge sind in voller Höhe an das Land abzuführen. Von dem Gesamtbetrag der Einnahmen hat das Land gemäß § 8 Abs. 2 UVG ein Drittel an den Bund weiterzuleiten (vgl. Tit. 233 01).

<b>632 01</b>	<b>276</b>	<b>Kosten der "Gemeinsamen Zentralen Adoptionsstelle (GZA)"</b>	<b>123,0</b> 93,6	<b>124,5</b>
---------------	------------	---	----------------------	--------------

**Erläuterungen:**

Nach bundesgesetzlicher Regelung im Gesetz über die Vermittlung der Annahme als Kind -Adoptionsvermittlungsgesetz- vom 02.07.1976 (BGBl. I S.1762), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Regelung von Rechtsfragen auf dem Gebiet der internationalen Adoption und zur Weiterentwicklung des Adoptionsvermittlungsrechts vom 05.11.2001 (BGBl. I S. 2950), ist die Adoptionsvermittlung Aufgabe des örtlich zuständigen Jugendamtes und des Landesjugendamtes, das dafür eine zentrale Adoptionsstelle einrichten muss, für die § 13 Adoptionsvermittlungsgesetz eine personelle Mindestausstattung vorschreibt. Aus verwaltungsökonomischen Gründen und aus Gründen der sonst zu geringen Auslastung beteiligt sich das Land an einer zusammen mit den Ländern Bremen, Hamburg und Niedersachsen gemeinsam errichteten zentralen Adoptionsstelle in Hamburg.

<b>633 01</b>	<b>237</b>	<b>Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes</b>	<b>35.835,0</b> 34.699,3	<b>36.963,0</b>
---------------	------------	---	-----------------------------	-----------------

**Erläuterungen:**

Nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) erhalten Kinder unter 12 Jahren aus öffentlichen Mitteln Unterhaltsleistungen bis zur Höhe des Regelbetrags nach der Regelbetrag-Verordnung, wenn sie im Bundesgebiet bei einem alleinstehenden Elternteil leben und von dem anderen Elternteil nicht oder nicht regelmäßig Unterhalt mindestens in Höhe des für Kinder derselben Altersgruppe maßgeblichen Regelbetrags bekommen.  
Die Durchführung der Aufgaben nach dem UVG wurde durch das Schleswig-Holsteinische Gesetz zur Ausführung des UVG vom 14.01.1980 (GVOBl. Schl.-H. S. 60) den Kreisen und kreisfreien Städten zur Erfüllung nach Weisung übertragen. Die Ausgaben nach dem Gesetz werden gem. § 8 Abs. 1 UVG zu einem Drittel vom Bund und zu zwei Dritteln vom Land getragen (vgl. Tit. 231 02).  
Mehr wegen Anpassung an die Bedarfsentwicklung und Erhöhung der Unterhaltsbeträge nach der Regelbetrag-Verordnung zum 01.Juli 2005.

<b>633 05</b>	<b>237</b>	<b>Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes aus Rücklage</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
---------------	------------	--	-------------------	------------

Ausgaben dürfen in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 1012-359 01 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Zur Abwicklung des Anteils der Kreise und kreisfreien Städte an den Mehreinnahmen des Haushaltsjahres 2005 im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes (zur Abwicklung des Anreizmodells bei den Rückgriffen, vgl. Tit. 359 01).

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>633 06</b>	<b>236</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für nach § 3 InsO anerkannte geeignete Stellen (Insolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen</b>	<b>200,0</b>		<b>200,0</b>
			271,4		

Die Tit. 1012 - 633 06 und 684 02 dürfen insgesamt bis zur Höhe der einen Betrag von 3.750 T€ übersteigenden tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 381 01 überschritten werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 684 02.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Zur Förderung der nach dem Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung als "geeignete Stellen" anerkannten Schuldnerberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft.  
Vgl. Tit. 684 02.

**Ziel:**

Sicherstellung eines ausreichenden Angebotes an Insolvenzberatungsstellen i.S.v. § 305 InsO, die fachlich und zeitlich in der Lage sind, die gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen und die von den Betroffenen in zeitlich zumutbarem Aufwand aufgesucht werden können.

**Kennzahlen:**

37 anerkannte geeignete Stellen mit z.Zt. Insgesamt ca. 80 Beratungs- und 29 Verwaltungskräften.

<b>684 02</b>	<b>236</b>	<b>Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände und weitere soziale Einrichtungen für nach § 3 InsO anerkannte geeignete Stellen (Insolvenzberatung) und Präventionsmaßnahmen</b>	<b>3.300,0</b>		<b>3.550,0</b>
			2.907,8		

Die Tit. 1012 - 633 06 und 684 02 dürfen insgesamt bis zur Höhe der einen Betrag von 3.750 T€ übersteigenden tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 381 01 überschritten werden.

Gegenseitig deckungsfähig mit Tit. 633 06.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind insbesondere Personalkostenzuschüsse. Die sich seit In-Kraft-Treten der Insolvenzordnung erheblich erhöhten Anforderungen an die Schuldnerberatungsstellen haben sich durch die Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen sowie der Möglichkeit der Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens nochmals gesteigert. Die insofern erforderlichen Tätigkeiten als "geeignete Stelle" im Sinne der Insolvenzordnung bedingen in erster Linie die Einstellung weiterer hauptamtlicher Kräfte. Die für Ende 2006 geplante Novellierung der InsO wird den Umfang der durch die geeigneten Stellen zu leistende Arbeit möglicherweise erheblich steigern.  
Vgl. Tit. 633 06.

<b>919 01</b>	<b>237</b>	<b>Zuführung an die Rücklage im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes</b>	<b>400,0</b>		<b>0,0</b>
			0,0		

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel.

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**01 Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe durch Fachveranstaltungen sowie Maßnahmen der Qualifizierung und Fortbildung**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

<b>535 01</b>	236	<b>Kosten für Veranstaltungen und Informationen</b>	<b>25,5</b>	<b>70,0</b>
(MG 01)			62,6	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 für die Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für die Durchführung von eigenen Veranstaltungen und Kooperationsveranstaltungen in Form von Informationsveranstaltungen, Fachtagungen, Seminaren, Workshops etc. sowie für Publikationen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

<b>546 01</b>	266	<b>Kosten für Fortbildung und Qualifizierung im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfe, Landesjugendhilfeplanung</b>	<b>60,0</b>	<b>132,0</b>
(MG 01)			34,1	

Der Ansatz darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 für die Veranstaltung, bei der die Mehreinnahmen entstanden sind, überschritten werden.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind

- Ausgaben für gesetzlich vorgeschriebene Fortbildungsmaßnahmen, die das Land als überörtlicher Träger der Jugendhilfe gem. § 85 Abs. 2 Ziff. 8 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendhilfe durchführt. Die Fortbildungsmaßnahmen finden in Form von Fachtagungen, Fachkonferenzen und Schulungen von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt und können auch die Herausgaben von Fachpublikationen und Informationen beinhalten.

- Ausgaben für die Förderung und Fortentwicklung der Landesjugendhilfeplanung gem. § 80 SGB VIII und § 56 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) durch Gutachten, Expertisen, Fachveranstaltungen und Projekte im Rahmen von Fachplanungen.

Vorgesehen für:

			<b>2006</b>
			<b>€</b>
1.	die Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen		61.000
2.	die Landesjugendhilfeplanung		61.000
3.	Fachkongresse und Fortbildungsmaßnahmen von Dritten, an deren Durchführung ein Landesinteresse besteht und das Land als Kooperationspartner mit eingebunden wird		10.000
<b>Summe</b>			<b>132.000</b>

<b>684 01</b>	266	<b>Zuschüsse für Modellvorhaben in der Kinder- und Jugendhilfe</b>	<b>100,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			99,5	

**Erläuterungen:**

Die Modellvorhaben werden künftig aus den Ansätzen der Maßnahmegruppe 06 gefördert.

<b>685 01</b>	266	<b>Zuschüsse für Modellvorhaben öffentlicher Träger</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
(MG 01)			0,0	

weggefallen

<b>Summe der Maßnahmegruppe 01</b>			<b>185,5</b>	<b>202,0</b>
			196,2	

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 03 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

<b>632 02</b>	272	<b>Kosten der ständigen Vertretungen bei der freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft - FSK - und bei der Unterhaltungssoftware-Selbstkontrolle - USK -, der Stelle für Jugendschutz in den Mediendiensten und den Jugendserver</b>	<b>22,0</b>	<b>27,1</b>
(MG 03)			23,6	

### Erläuterungen:

Nach § 14 Jugendschutzgesetz (JuSchG) vom 23.07.2002 (BGBl. I S. 2730), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1857, 2600) sind die Obersten Landesjugendbehörden zur Altersfreigabekennzeichnung von Filmen, Tonbildträgern und mit Spielen programmierten Bildträgern verpflichtet. Diese Aufgabe nehmen die Länder gemeinschaftlich auf der Grundlage von Ländervereinbarungen wahr. Sie bedienen sich bei der Freigabeentscheidung der Prüftätigkeit der Ausschüsse der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft -Jugendprüfstelle FSK/J- und der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle -USK-. Die Personal-, Sach- und Reisekosten tragen die Länder anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel. Auf Schleswig-Holstein entfallen bezogen auf die FSK/J 9,4 T€ und bezogen auf die USK 4,0 T€.

Nach dem Staatsvertrag über Mediendienste (Mediendienstestaatsvertrag - MDStV) vom 9. Mai 1997 (GVOBl. Schl.-H. S. 318), zuletzt geändert durch den Staatsvertrag über den Schutz der Menschenwürde und den Jugendschutz in Rundfunk und Telemedien (Jugendmedienschutz-Staatsvertrag - JMStV) vom 18. März 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 138) sind die Länder zur Durchführung der Jugendschutzbestimmungen verpflichtet. Zur Erfüllung dieser Aufgabe bedienen sie sich auf der Grundlage einer Vereinbarung der gemeinsamen Stelle jugendschutz.net, deren Personal- und Sachkosten sie anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel tragen. Auf Schleswig-Holstein entfallen 8,7 T€.

Der Jugendserver, der mit den anderen Ländern gemeinschaftlich finanziert wird, stellt Informationen und Daten (z.B. Kinder- und Jugendschutz, Jugendarbeit) bereit, die von Einrichtungen der Jugendhilfe abgerufen werden können. Er soll zu einem Fachkräfteportal der gesamten Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickelt werden. Auf Schleswig-Holstein entfallen 5,0 T€.

Mehr wegen erhöhten Prüfaufkommens bei der FSK/J und wegen der Weiterentwicklung des Jugendservers.

<b>634 01</b>	261	<b>Gemeinschaftsaktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder"</b>	<b>105,0</b>	<b>113,0</b>
(MG 03)			130,0	

33,0 T€ übertragen von Tit. 684 08 MG 03.

### Erläuterungen:

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Veranschlagt sind Mittel für einen Fonds zugunsten der Aktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder". Der Fonds setzt sich zusammen aus Landesmitteln, Mitteln des Deutschen Kinderhilfswerks e.V. und eingeworbenen Spenden. Unterstützt werden insbesondere Maßnahmen der Gemeinschaftsaktion sowie Maßnahmen der Mitbestimmung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an kommunalen Planungsprozessen im Zuge der Umsetzung des § 47 f der Gemeindeordnung. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Grundsätze der Förderung der Gemeinschaftsaktion "Schleswig-Holstein - Land für Kinder" vom 1. April 1996.

### Ziel:

Ziel der Gemeinschaftsaktion ist, die Alltagssituation von Kindern zu verbessern, auf günstige Lebensverhältnisse und Umweltbedingungen für Kinder sowie auf eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft in Schleswig-Holstein hinzuwirken.

### Kennzahlen:

50 Projekte.

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**681 01 261 Zuschüsse für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements** **412,4** **412,4**  
(MG 03) 413,6

Übertragbar

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind

1. Mittel für die Erstattung des durch die Inanspruchnahme der Freistellung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit entstandenen Bruttoverdienstausfalles gemäß § 23 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158). Das Land erstattet den Kommunen auf Nachweis die von den Kommunen für den Verdienstaussfall verauslagten Beträge.
2. Mittel zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit durch weitere Maßnahmen gem. § 73 Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII).

Vorgesehen für:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	die Erstattung des Verdienstaussfalles	409.400
2.	die Förderung des ehrenamtlichen Engagements	3.000
	<b>Summe</b>	<b>412.400</b>

**681 02 261 Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des Deutsch-Französischen Jugendwerkes** **20,0** **20,0**  
(MG 03) 8,8

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 01 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Das Deutsch-Französische Jugendwerk gewährt nach Maßgabe besonderer Förderrichtlinien aus einem Gemeinschaftsfonds, der sich aus Mitteln der beiden Regierungen speist, Zuschüsse für die in Artikel 2 des Abkommens über die Errichtung eines Deutsch-Französischen Jugendwerkes vom 5. Juli 1963 (BGBl. II S. 1613) aufgeführten Maßnahmen. Die Mittel sind veranschlagt für die Anmeldung außerschulischer deutsch-französischer Jugendbegegnungen (vgl. Tit. 282 01).

**681 03 261 Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes** **20,0** **20,0**  
(MG 03) 31,5

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 282 02 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk gewährt nach Maßgabe besonderer Förderrichtlinien für den Jugendaustausch aus einem Gemeinschaftsfonds, der sich aus Mitteln der beiden Regierungen speist, Zuschüsse für die im Rahmen des Abkommens über das Deutsch-Polnische Jugendwerk vom 17. Juni 1991 stattfindenden Veranstaltungen. Die Mittel sind veranschlagt für die Förderung außerschulischer deutsch-polnischer Jugendbegegnungen (vgl. Tit. 282 02).

**681 05 261 Maßnahmen im Rahmen der deutsch-israelischen Jugendarbeit** **10,0** **10,0**  
(MG 03) 22,4

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 03 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Die Mittel sind veranschlagt für Sondermaßnahmen außerschulischer deutsch-israelischer Jugendbegegnungen gem. Nr. III 3.4.1.3 Abs 1 Buchst. b) und c) der Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) vom 19.12.2000 (GMBL 2001, S 18 ff).

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>681 06</b>	261	<b>Maßnahmen im Rahmen der deutsch-tschechischen Jugendarbeit</b>	<b>10,0</b>	<b>10,0</b>
(MG 03)			0,0	

Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 282 04 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Die Mittel sind veranschlagt für Sondermaßnahmen außerschulischer deutsch-tschechischer Jugendbegegnungen gem. Nr. III 3.4.1.3 Abs 1 Buchst. b) und c) der Richtlinien des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) vom 19.12.2000 (GMBI. 2001, S 18 ff).

<b>684 07</b>	261	<b>Zuschüsse für die Internationale Jugendarbeit</b>	<b>85,2</b>	<b>86,0</b>
(MG 03)			85,2	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind gemäß § 13 des Jugendförderungsgesetzes (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVBl. Schl.-H. S. 158) in Anlehnung an die Richtlinien des Kinder- und Jugendplanes des Bundes vom 19.12.2000 (KJP) veranschlagt für die Förderung von Begegnungen zwischen schleswig-holsteinischen und ausländischen Jugendgruppen bzw. Fachkräften sowie für internationale Maßnahmen der Jugendarbeit mit besonderer jugendpolitischer Bedeutung.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Allgemeinen Richtlinien für die Projektförderung in der Jugendhilfe vom 12.12.2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 8) i.V.m. den

- Richtlinien zur Förderung von Internationalen Jugendbegegnungen
- Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen der Jugendbildung im Ostseeraum.

Ziel:

Die Kooperation zwischen jungen Menschen aus Schleswig-Holstein und dem Ausland ist intensiviert.

Kennzahlen:

45 Maßnahmen mit insges. 1.500 TN, davon 750 weiblich und 750 männlich.

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>684 08</b>	261	<b>Zuschüsse zu Projekten der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und des Kinder- und Jugendschutzes</b>	<b>410,0</b>	<b>377,0</b>
(MG 03)			334,4	

33,0 T€ übertragen nach Tit. 634 01 MG 03.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

**Ziel:**

Kinder sind unmittelbar an der Gestaltung ihrer Lebensräume beteiligt. Ihre Befähigung zu eigenverantwortlichem Handeln und ihr Schutz vor gefährdenden Einflüssen ist gestärkt.

**Kennzahlen:**

200 Projekte -insbesondere im Bereich der außerschulischen Jugendbildung-von Trägern aus 15 Kreisen und kreisfreien Städten sowie von landesweit tätigen Trägern, 11.250 TN (5.625 weiblich, 5.625 männlich).

Die Mittel sind veranschlagt für Maßnahmen gemäß des Ersten Abschnitts des zweiten Kapitels SGB VIII sowie der Regelungen des Jugendförderungsgesetzes (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158), insbes. §§ 8 Abs. 1, 4, 9, 10, 15 - 17, 24, 26, 27, 57.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Allgemeinen Richtlinien für die Projektförderung in der Jugendhilfe vom 12.12.2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 8) i.V.m. den

- Richtlinien zur Förderung der Demokratiekampagne
- Richtlinien zur Förderung Geschlechtsspezifischer Angebote der Kinder- und Jugendarbeit: Mädchen- und Jungenarbeit
- Richtlinien zur Förderung der Außerschulischen Jugendbildung
- Richtlinien zur Förderung der Jugendsozialarbeit
- Richtlinien zur Förderung der Prävention im Bereich Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Vorgesehen für:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	die Demokratiekampagne	52.000
2.	die Jugendarbeit mit Mädchen und jungen Frauen	100.000
3.	Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung	60.000
4.	Maßnahmen der Jugendsozialarbeit	90.000
5.	Prävention im Bereich Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz	75.000
	<b>Summe</b>	<b>377.000</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>684 09</b> (MG 03)	261	<b>Zuschüsse zur institutionellen Förderung von überregionalen freien Trägern</b>	<b>1.450,0</b> 1.369,6	<b>1.405,0</b>
--------------------------	-----	---	---------------------------	----------------

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

**Ziel:**

Die Vielfalt und unterschiedliche fachliche Ausrichtung der Träger gewährleistet ein umfassendes Angebot für Kinder und Jugendliche.

**Kennzahlen:**

30 Jugendverbände (davon 16 mit Jugendbildungsreferentinnen und -referenten), 9 Landesarbeitsgemeinschaften, 4 überregionale Träger, 4 Vereine und Verbände der Mädchenarbeit.

Die Mittel sind veranschlagt gemäß §§ 4, 9, 12, 14, 73, 74 Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) i.V.m. §§ 2, 20, 21, 26, 27 des Jugendförderungsgesetzes (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) zur institutionellen Förderung von überregionalen freien Trägern in der Jugendhilfe.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Allgemeinen Richtlinien für die institutionelle Förderung in der Jugendhilfe vom 12.12.2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 8) i.V.m. den

- Richtlinien zur Förderung der Jugendverbände
- Richtlinien zur Förderung von Jugendbildungsreferentinnen und -referenten
- Richtlinien zur Förderung der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und der Arbeitsgemeinschaften und Verbände der kulturellen Jugendbildung
- Richtlinien zur Förderung von Vereinen und Verbänden und selbstorganisierten Gruppen zur Förderung der Mädchenarbeit
- Richtlinien zur Förderung der überregionalen Träger des Kinder- und Jugendschutzes

Vorgesehen für:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. die auf Landesebene anerkannten Jugendverbände	332.300
2. haupt- und nebenberuflich tätige Jugendbildungsreferentinnen und -referenten der Jugendverbände	438.500
3. die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung und die Arbeitsgemeinschaften und Verbände der kulturellen Jugendbildung	220.900
4. Vereine und Verbände und selbstorganisierte Gruppen zur Förderung der Mädchenarbeit	174.800
5. überregionale Träger des Kinder- und Jugendschutzes	238.500
<b>Summe</b>	<b>1.405.000</b>

zu 5.) Förderung überregionaler Träger des Kinder- und Jugendschutzes

Gefördert werden sollen:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. Aktion Kinder- und Jugendschutz, Landesarbeitsstelle S-H e.V.	126.400
2. Landesverband des Deutschen Kinderschutzbundes	28.000
3. Kinderschutzzentrum Kiel	56.100
4. Schnittpunkt e.V., Forum für Medienerziehung und politische Bildung	28.000
<b>Summe</b>	<b>238.500</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**684 10 261 Zuschüsse an den Landesjugendring** **370,0** **362,5**  
(MG 03) 374,3

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

**Ziel:**

Die Beratung und fachliche Weiterentwicklung der Jugendverbandsarbeit ist gewährleistet. Eine jugendpolitische Interessenvertretung ist vorhanden.

**Kennzahlen:**

24 Mitgliedsverbände und 24 Anschlussverbände auf Landesebene, 15 Kreis- und Stadtjugendringe.

Die Mittel sind veranschlagt gemäß §§ 9 Ziff. 3, 12 Abs. 2 und 74 SGB VIII i.V.m. §§ 2, 10 und 20 des Jugendförderungsgesetzes (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) zur institutionellen Förderung des Landesjugendringes Schleswig-Holstein e.V.. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Allgemeinen Richtlinien für die institutionelle Förderung in der Jugendhilfe vom 12.12.2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 8) i.V.m. den Richtlinien zur Förderung des Landesjugendringes Schleswig-Holstein e.V. und den Richtlinien zur Förderung des Ostsee-Jugendbüros.

Vorgesehen für:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. den Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V.	275.400
2. das an den Landesjugendring Schleswig-Holstein e.V. angeschlossene Ostsee-Jugendbüro	87.100
<b>Summe</b>	<b>362.500</b>

zu 1.) Förderung des Landesjugendringes Schleswig-Holstein e.V.

Die Mitteln sind u.a. vorgesehen für:

	<b>2006</b>
	<b>€</b>
1. die Mädchenarbeit in der Jugendverbandsarbeit	39.200
2. den Betrieb und die Bewirtschaftung der Jugendbildungsstätte "Haus Rothfos" in Mözen	39.200
3. den Aufbau und Betrieb eines beim Landesjugendring angesiedelten Schleswig-Holsteinischen Jugendservers	29.000
<b>Summe</b>	<b>107.400</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>684 11</b>	261	<b>Zuschüsse zur Qualifizierung und Beratung von Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden</b>	<b>270,0</b>	<b>260,5</b>
(MG 03)			277,8	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

**Ziel:**

Ehrenamtliche MitarbeiterInnen sind aus- und fortgebildet und beraten, sie sind für die Arbeit in ihren Verbänden qualifiziert.

**Kennzahlen:**

350 Veranstaltungen, 7.500 TN.

Die Mittel sind gemäß §§ 12 Abs. 1 und 74 SGB VIII sowie § 20 des Jugendförderungsgesetzes (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVObI. Schl.-H. S. 158) veranschlagt zur Qualifizierung und Beratung von Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Allgemeinen Richtlinien für die Projektförderung in der Jugendhilfe vom 12.12.2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 8) i.V.m. den Richtlinien zur Förderung der Aus- und Fortbildung ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jugendverbänden und zur Förderung von verbandsspezifischen Maßnahmen sowie nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung der Emanzipation gleichgeschlechtlicher Lebensweisen vom 13.07.1999 (Amtsbl. Schl.-H. S. 404).

Vorgesehen für:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	die Qualifizierung von Ehrenamtlichen in den Jugendverbänden	212.500
2.	die landesweit tätige Beratungs- und Organisationsstelle im Bereich der Schwulen- und Lesbenarbeit NA SOWAS	48.000
	<b>Summe</b>	<b>260.500</b>

<b>685 02</b>	261	<b>Zuschüsse an das Jugendferienwerk Schleswig-Holstein</b>	<b>180,0</b>	<b>180,0</b>
(MG 03)			176,7	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Das Jugendferienwerk Schleswig-Holstein will Kindern und Jugendlichen aus finanzschwachen Familien die Teilnahme an Ferientaufhalten ermöglichen.

Gem. § 11 Abs. 3 SGB VIII i.V.m. § 19 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVObI. Schl.-H. S. 158) beteiligt sich das Land an den Ausgaben, die im Übrigen von den Kommunen und - soweit möglich - von den Teilnehmenden getragen werden. Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Allgemeinen Richtlinien für die Projektförderung in der Jugendhilfe i.V.m. den Richtlinien zur Förderung des Jugendferienwerkes Schleswig-Holstein vom 12.12.2002 (Amtsbl. Schl.-H. S. 8).

**Ziel:**

Kinder und Jugendliche aus finanzschwachen Familien können an Ferientaufhalten teilnehmen.

**Kennzahlen:**

160 Ferienmaßnahmen in allen Kreisen und kreisfreien Städten, 2.000 TN.

<b>Summe der Maßnahmegruppe 03</b>	<b>3.364,6</b>		<b>3.283,5</b>
	3.247,9		

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 04 Familienförderung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

<b>681 04</b>	<b>234 Zuschüsse für die Familienferienerholung</b>	<b>180,0</b>	<b>171,0</b>
(MG 04)		169,4	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind gem. § 16 SGB VIII veranschlagt zur Förderung gemeinsamer Ferienerholungsaufenthalte von Familien mit niedrigem Einkommen.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung der Familienferienerholung vom 12.12.2001 (Amtsbl. Schl.-H. S. 674).

Ziel:

Gemeinsame Ferienaufenthalte von Familien mit niedrigem Einkommen sind gesichert.

Kennzahlen:

1.240 TN (400 Erwachsene, 840 Kinder), ca. 1/2 Alleinerziehende.

<b>684 12</b>	<b>236 Zuschüsse für Angebote zur Bildung, Beratung und Unterstützung von Familien und anderen Lebensgemeinschaften</b>	<b>1.150,0</b>	<b>1.090,0</b>
(MG 04)		1.150,0	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Ziel:

Ein plurales Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebot für Familien ist sichergestellt.

Kennzahlen:

zu Erl. Nr. 1.: 12.000 Kurse, 170.000 Unterrichtsstunden, 167.000 TN (98.000 Frauen, 9.000 Männer, 60.000 Kinder)

zu Erl. Nr. 2: 11 Beratungsstellen für Problemfamilien

zu Erl. Nr. 3: 9.000 Beratungsstunden (7.000 Einzel-, 2.000 Paarberatungen)

zu Erl. Nr. 4: 100 Veranstaltungen.

Die Mittel sind gem. §§ 16 - 18 und § 74 Abs. 1 SGB VIII veranschlagt zur Sicherstellung eines pluralen Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebots von Familien und anderen Lebensgemeinschaften. Gefördert werden die laufenden Personal- und Sachkosten der landesweit tätigen Einrichtungen.

Die Mittelvergabe für die Familienbildungsstätten erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien zur Förderung von Familienbildungsstätten vom 21.01.1998 (Amtsbl. Schl.-H. S. 64).

Vorgesehen für:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1.	die 34 Familienbildungsstätten (FBS) der freien Wohlfahrtsverbände	750.000
2.	die Förderung von speziellen Beratungsangeboten	132.300
3.	den Landesverband Pro Familia	170.000
4.	die landesweite lesbisch-schwule Emanzipationsarbeit des HAKI e.V. Kiel	37.700
<b>Summe</b>		<b>1.090.000</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>684 13</b>	236	<b>Zuschüsse an Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz</b>	<b>1.838,5</b> 1.793,6	<b>1.866,1</b>
(MG 04)				
<b>Erläuterungen:</b>				
Zuwendungstitel				
Veranschlagt sind Zuwendungen für die Beratungen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) vom 27.07.1992 (BGBl. I S. 1398), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 21.08.1995 (BGBl. I S. 1050).				
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinien des Landes Schleswig-Holstein über die Förderung von Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen Freier Träger nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) vom 01.02.2005 (Amtsbl. Schl.-H. S. 398).				
Mehr aufgrund der geänderten Rechtslage nach dem Urteil des BVerwG vom 03.07.2003 (Az.: 3 C 26/03).				
<b>Summe der Maßnahmegruppe 04</b>			<b>3.168,5</b> 3.113,0	<b>3.127,1</b>
<b>05</b>		<b>Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe</b>		
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
<b>883 01</b>	271	<b>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Regionalprogramms 2000</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
(MG 05)				
<b>Erläuterungen:</b>				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen bei Baumaßnahmen von Stätten der Jugendarbeit mit überregionaler Bedeutung.				
Haushaltsmittel, die im Epl. 11 zentral veranschlagt sind, können hierher umgesetzt werden.				
<b>883 02</b>	271	<b>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Programms LEADER II</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
(MG 05)				
<b>Erläuterungen:</b>				
Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für EU-Mittel aus dem Programm LEADER II. Haushaltsmittel, die im Epl. 11 zentral veranschlagt sind, können hierher umgesetzt werden.				
<b>883 03</b>	271	<b>Zuweisungen für Investitionen in Stätten der Jugendarbeit kommunaler Träger</b>	<b>140,0</b> 129,3	<b>50,0</b>
(MG 05)				
<b>Erläuterungen:</b>				
Zuwendungstitel (Förderprogramm)				
Die Mittel sind auf der Grundlage von § 74 Abs. 6 SGB VIII sowie § 22 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) veranschlagt für Bau, Erwerb, Einrichtung und Bauerhaltung von Stätten der Jugendarbeit kommunaler Träger.				
Aus den veranschlagten Mitteln werden diverse kleinere Projekte mit einem Zuwendungsbedarf bis 25,5 T€ finanziert.				
Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Stätten der Jugendarbeit vom 24.09.2004 (Amtsbl. Schl.-H. S. 830).				
Die Zuweisungen im Haushaltsjahr 2006 sind in voller Höhe Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogramms 2004 (ZIP).				
Ziel:				
Kindern und Jugendlichen stehen jugendgerechte und zeitgemäße Stätten der Jugendarbeit in ausreichender Anzahl zur Verfügung. Struktur Nachteile im Land sind ausgeglichen und besonders kleine und/oder ländliche Räume sind unterstützt.				
Kennzahlen:				
ca. 2 Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2006.				

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>893 01</b>	273	<b>Zuschüsse für Investitionen in Familienferienstätten und Familienbildungsstätten</b>	<b>50,0</b>	<b>100,0</b>
(MG 05)			78,3	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind auf der Grundlage von § 16 Abs. 2 Nr. 3 SGB VIII und §§ 29 bis 31 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) veranschlagt für den Neu-, Um- und Ausbau sowie die Modernisierung und Instandsetzung von Familienferienstätten, Mütterkurheimen und Familienbildungsstätten.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Familienferienstätten, Müttergenesungseinrichtungen und Familienbildungsstätten vom 16.12..2004 (Amtsbl. Schl.-H. 2005 S. 3).

Die Zuschüsse im Haushaltsjahr 2006 sind in voller Höhe Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogramms 2004 (ZIP).

**Ziel:**

Ein bedarfsgemäßes, zeitgemäßes und preiswertes Angebot für Familien, Kinder und Jugendliche im Bereich der Familienferienstätten, Müttergenesungseinrichtungen und Familienbildungsstätten ist sichergestellt.

**Kennzahlen:**

ca. 3 Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2006.

<b>893 02</b>	271	<b>Zuschüsse für Investitionen an Träger der freien Jugendhilfe im Rahmen des Regionalprogramms 2000</b>	<b>70,0</b>	<b>16,0</b>
(MG 05)			0,0	

**Erläuterungen:**

Schlusszahlung des 2005 geförderten Neubaus einer Jugendherberge in der Gemeinde Dahme (1. BA).

<b>893 03</b>	271	<b>Zuschüsse für Investitionen in Stätten der Jugendarbeit freier Träger</b>	<b>260,0</b>	<b>50,0</b>
(MG 05)			384,4	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Mittel sind auf der Grundlage von § 74 Abs. 6 SGB VIII sowie § 22 Jugendförderungsgesetz (JuFöG) vom 05.02.1992 (GVOBl. Schl.-H. S. 158) veranschlagt für Bau, Erwerb, Einrichtung und Bauerhaltung von Stätten der Jugendarbeit freier Träger.

Aus den veranschlagten Mitteln werden diverse kleinere Projekte mit einem Zuwendungsbedarf von bis zu 25,5 T€ finanziert.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Stätten der Jugendarbeit vom 24.09.2004 (Amtsbl. Schl.-H. S. 830).

Die Zuschüsse im Haushaltsjahr 2006 sind in voller Höhe Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogramms 2004 (ZIP).

**Ziel:**

Kindern und Jugendlichen stehen jugendgerechte und zeitgemäße Stätten der Jugendarbeit in ausreichender Anzahl zur Verfügung.

**Kennzahlen:**

ca. 3 Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2006.

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>893 04</b> (MG 05)	271	<b>Zuschüsse für Investitionen in Stätten der Jugendarbeit freier Träger aus Bundesmitteln</b>	<b>0,0</b> 255,1	<b>400,0</b>
--------------------------	-----	--	---------------------	--------------

Ausgaben dürfen insgesamt bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 331 01 geleistet werden.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Veranschlagt sind Mittel aus zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes für Investitionsausgaben in Stätten der Jugendarbeit freier Träger (vgl. Tit. 331 01).

Die für 2006 veranschlagten Bundesmittel sind wie folgt vorgesehen:  
400,0 T€ für den Neubau einer Jugendherberge in Glückstadt/Kreis Steinburg

Die Gesamtkosten für die Maßnahme betragen rd. 3.694,0 T€, die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

1.	Eigenmittel des DJH-Landesverbandes	738.800
2.	Kreis Steinburg	369.400
3.	Stadt Glücksburg	738.800
4.	Bundesmittel	923.500
5.	Landesmittel	923.500
<b>Zusammen</b>		<b>3.694.000</b>

Die Bundesmittel werden voraussichtlich in 2006 mit 400,0 T€ und in 2007 mit 523,5 T€ bereitgestellt (vgl. Tit. 331 01).

Die Landesmittel sollen in 2006 mit 400,0 T€ und in 2007 mit 523,5 T€ (als VE 2006) bereitgestellt werden (vgl. Tit. 893 05 MG 05).

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>893 05</b>	271	<b>Zuschüsse für Investitionen in Jugendherbergen</b>	<b>200,0</b>	<b>400,0</b>
(MG 05)			384,0	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	524
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	524
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	-
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	-

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm)

Die Zuschüsse im Haushaltsjahr 2006 sind in voller Höhe Bestandteil des Zukunftsinvestitionsprogramms 2004 (ZIP).

Ziel:

Kindern, Jugendlichen und Familien stehen bedarfsgerechte, zeitgemäße und preiswerte Unterkünfte in Jugendherbergen zu Freizeit- und Bildungszwecken in ausreichender Anzahl zur Verfügung.

Kennzahlen:

1 Baumaßnahme im Haushaltsjahr 2006.

Vorgesehen zur verstärkten Förderung von Investitionsmaßnahmen bei Jugendherbergen des DJH-Landesverbandes Nordmark e. V. sowie zur Grundsanierung alter Jugendherbergen.

Die Mittelvergabe erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Stätten der Jugendarbeit vom 24.09.2004 (Amtsbl. Schl.-H. S. 830).

Im Haushaltsjahr 2006 sind die veranschlagten Mittel vorgesehen für den Neubau einer Jugendherberge in Glückstadt/Kreis Steinburg. Die Gesamtkosten für die Maßnahme betragen rd. 3.694,0 T€, die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

1.	Eigenmittel des DJH-Landesverbandes	738.800
2.	Kreis Steinburg	369.400
3.	Stadt Glückstadt	738.800
4.	Bundesmitten	923.500
5.	Landesmitten	923.500

**Zusammen**

**3.694.000**

Die Bundesmitten werden voraussichtlich in 2006 mit 400,0 T€ und in 2007 mit 523,5 T€ bereitgestellt (vgl. Tit. 331 01 und Tit. 894 04 MG 05).

Die Landesmittel sollen in 2006 mit 400,0 T€ und in 2007 mit 523,5 T€ (als VE 2006) bereitgestellt werden.

**Summe der Maßnahmegruppe 05**

**720,0**  
1.231,1

**1.016,0**

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**06 Präventive Maßnahmen,  
Finanzierungsbeitrag gem. § 58  
JuFöG**

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Darf in Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Tit. 1012 - 231 03 und Tit. 1012 - 271 01 überschritten werden. Wenn entsprechende rechtsverbindliche Zusagen der EU vorliegen, dürfen Ausgaben auch vor Zahlungseingang geleistet werden, wenn gleichzeitig sichergestellt ist, dass die Vorleistungen des Landes spätestens bis zum Ende des Haushaltsjahres ausgeglichen werden.

<b>633 02</b>	266	<b>Zuweisungen für präventive Maßnahmen örtlicher Jugendhilfeträger</b>	<b>1.032,8</b>		<b>775,0</b>
(MG 06)			518,6		

338,0 T€ übertragen nach Tit. 684 14 MG 06.

**Erläuterungen:**

Die Mittel sind vorgesehen für präventive Maßnahmen der örtlichen Träger der Jugendhilfe, insbes. für Leistungen nach den §§ 16 bis 18 SGB VIII, und zur Kofinanzierung von XENOS und anderer Bundes- und EU-Programme. Es können auch Maßnahmen zur Betreuung von jugendlichen Intensivtätern gefördert werden.

Weniger wegen Mittelumsetzungen innerhalb der Maßnahmegruppe entsprechend des Planungs- und Umsetzungsstandes.

<b>633 03</b>	266	<b>Beteiligung an Aufwendungen zum Schutz junger Menschen</b>	<b>306,8</b>		<b>307,0</b>
(MG 06)			306,8		

**Erläuterungen:**

Die Mittel sind vorgesehen für den Bedarf im Bereich der Einzelfall unabhängigen Maßnahmen zur Absicherung der drei Kinderschutzzentren Kiel, Lübeck und Westküste mit je 76,7 T€ sowie zur Absicherung der Zufluchtstätte für Mädchen LOTTA mit ebenfalls 76,7 T€.

<b>684 14</b>	266	<b>Zuschüsse für präventive Maßnahmen freier Träger</b>	<b>112,3</b>		<b>450,0</b>
(MG 06)			408,2		

338,0 T€ übertragen von Tit. 633 02 MG 06.

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Die Mittel sind vorgesehen für präventive Maßnahmen der freien Träger, Vereine und Verbände, insbes. für Leistungen nach den §§ 16 bis 18 SGB VIII, und zur Kofinanzierung von XENOS und anderer Bundes- und EU-Programme. Es können auch Maßnahmen zur Betreuung von jugendlichen Intensivtätern gefördert werden.

Mehr wegen Mittelumsetzung innerhalb der Maßnahmegruppe entsprechend des Planungs- und Umsetzungsstandes.

<b>Summe der Maßnahmegruppe 06</b>			<b>1.451,9</b>		<b>1.532,0</b>
			1.233,6		

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 07 Hilfe zur Erziehung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

<b>633 04</b> (MG 07)	<b>265</b>	<b>Erstattung von Kosten der Hilfe zur Erziehung Minderjähriger ohne gewöhnlichen Aufenthalt und an unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Asylbewerber</b>	<b>3.710,0</b> 3.708,2	<b>3.710,0</b>
--------------------------	------------	---	---------------------------	----------------

**Erläuterungen:**

Die Erstattungen sind gem. § 89 bzw. 89 d SGB VIII vom Land zu leisten.  
Die Kostenerstattung nach § 89 SGB VIII erfolgt an die örtlichen Jugendhilfeträger im Land Schleswig-Holstein, wenn für deren Zuständigkeit nach den §§ 86 - 86 b SGB VIII der tatsächliche Aufenthalt der Hilfeempfänger maßgeblich ist.  
Die Fälle der Kostenerstattung nach § 89 d Abs. 3 SGB VIII werden dem Land vom Bundesverwaltungsamt zugewiesen. Für die Entscheidung über die Zahl der zugewiesenen Fälle sind die Bevölkerungszahlen der Bundesländer und der Kostenaufwand für die Erziehungshilfen maßgeblich.  
Unbegleitete minderjährige Asylbewerber/innen werden nach einem Beschluss der Jugendministerkonferenz vom 10./11.11.1994 als Fälle nach § 89 d Abs. 3 SGB VIII angesehen.

<b>687 01</b> (MG 07)	<b>265</b>	<b>Erstattung von Jugendhilfeleistungen an Deutsche im Ausland</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
--------------------------	------------	--	-------------------	------------

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für die Gewährung von Leistungen der Jugendhilfe an Deutsche im Ausland, deren Geburtsort in Schleswig-Holstein liegt. Das Land ist gem. § 88 Abs. 1 SGB VIII ab 1993 zur Kostenerstattung gesetzlich verpflichtet.

<b>Summe der Maßnahmegruppe 07</b>	<b>3.710,0</b> 3.708,2	<b>3.710,0</b>
------------------------------------	---------------------------	----------------

## 08 Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei MG 08 überschritten werden.  
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

**Erläuterungen:**

Nach § 78 g SGB VIII sind in den Ländern durch Rechtsverordnung Schiedsstellen für Streit- und Konfliktfälle aus den Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsentwicklungsvereinbarungen nach § 78 b SGB VIII einzurichten.  
Für Schleswig-Holstein wird die Geschäftsstelle der Schiedsstelle vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren gestellt. Die Kosten der Schiedsstelle und deren Geschäftsstelle sollen nach der Schiedsstellen-Verordnung vom 13.12.2000 (GVOBl. SH S. 678), zuletzt geändert 09.08.2004 (GVOBl. Schl.-H. S. 300), durch Gebühren und Umlagen von den Verbänden der öffentlichen Jugendhilfeträger und der freien und privaten Einrichtungsträger gedeckt werden.  
Vgl. MG 08 (Einnahmen).

<b>526 02</b> (MG 08)	<b>276</b>	<b>Kosten der Schiedsstelle nach § 11 KJHGS-VO</b>	<b>10,5</b> 9,8	<b>10,5</b>
--------------------------	------------	--	--------------------	-------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind Ausgaben für die Aufwandspauschale und die Reisekosten des vorsitzenden Mitglieds und des stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds der Schiedsstelle.

<b>546 02</b> (MG 08)	<b>276</b>	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben</b>	<b>1,5</b> 0,2	<b>1,0</b>
--------------------------	------------	---------------------------------------	-------------------	------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die sonstigen Verwaltungsausgaben der Geschäftsstelle.

<b>Summe der Maßnahmegruppe 08</b>	<b>12,0</b> 10,0	<b>11,5</b>
------------------------------------	---------------------	-------------

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## 09 Einrichtungen des Verbraucherschutzes und Ernährungsberatung

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

<b>537 01</b>	<b>314</b>	<b>Ernährungswirtschaftliche Verbraucherberatung</b>	<b>13,0</b>	<b>13,0</b>
(MG 09)			11,1	

### Erläuterungen:

Qualitätssicherung ist in der Ernährungs- und Verbraucherberatung unerlässlich. Hierzu zählen abgestimmte und einheitliche Beratungsstandards, Fortbildungsveranstaltungen für Beratungskräfte und Multiplikatorinnen/Multiplikatoren sowie wissenschaftlich fundiertes Informationsmaterial.

			<b>2006</b>
			<b>€</b>
1.	Begleitende Maßnahmen für bundesweite Ernährungskampagnen in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Ernährung und der Verbraucherzentrale in den Bereichen "Kinder und Ernährung", "Ernährung und Senioren" und "Nachhaltigkeit und Ernährung"		7.000
2.	Förderung einzelner Initiativen und Maßnahmen zur Evaluation und Qualitätssicherung in der Ernährungsberatung, insbesondere im Rahmen des Präventionsgesetzes und zur Akquirierung von Drittmitteln		6.000
<b>Summe</b>			<b>13.000</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>684 15</b>	314	<b>An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.</b>	<b>690,0</b>	<b>690,0</b>
(MG 09)			756,0	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Für ihre wettbewerbs- und verbraucherpolitische Beratungstätigkeit erhält die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. eine jährliche Zuwendung. 2004 wurde eine umfangreiche und komplexe Neustrukturierung abgeschlossen. Die fünf Beratungsstellen bilden ein regionales bürgernahes Vertriebsnetz für Kernangebote und sind Voraussetzung für verschiedene Projekte des Bundes und der EU.

Eine Übersicht zum Wirtschaftsplan der Verbraucherzentrale ist als Anlage zum Kapitel 1012 abgedruckt.

**Ziel:**

- Erhalt der neuen Struktur mit 5 Beratungsstellen als bürgernahes Vertriebsnetz des Leistungsangebots mit den Kernbereichen Verbraucherrecht, Finanzdienstleistungen, Verbraucherbildung/Produkte/Produktsicherheit/Nachhaltigkeit sowie u.a. als Basis für die Projekte "Verbraucheraufklärung im Ernährungsbereich", "wirtschaftlicher Verbraucherschutz", "Europäisches Verbraucherzentrum", Insolvenzberatung im Kreis Segeberg gemäß der Zielvereinbarung vom April 2003
- Konkretisierung in den Unternehmensplänen für 2006

**Kennzahlen:**

Verbraucheranfragen nach Themen:

- Recht: 21.000
- Finanzdienstleistungen: 9.000
- Lebensmittel und Ernährung: 2.000
- Gesundheit: 1.000
- Produkte: 3.000
- Energie: 2.500
- Sonstiges: 4.200
- Pro-aktiv:
  - Personen eigene Veranstaltungen: 7.500
  - Stück Ratgeber/Info-Blätter : 32.000
  - Medienanfragen Geschäftsstelle: 750
  - Internet-Zugriffe (hits): 1.200.000

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	690.000
<b>Zusammen</b>		<b>690.000</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

<b>686 05</b>	314	<b>An die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. - Sektion Schleswig-Holstein - für ernährungswirtschaftliche Beratung</b>	<b>77,0</b>	<b>77,0</b>
(MG 09)			77,0	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel (Förderprogramm).

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung, Sektion Schleswig-Holstein e.V. liefert die Grundlagen, auf die alle seriös recherchierten Aussagen zum Thema Ernährung zurückgreifen. Entsprechende Standards und Interventionsmaßnahmen werden nach dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Kenntnisstand umgesetzt. Aufgrund ihrer fachlich-wissenschaftlichen Kompetenz erfüllt sie satzungsgemäß ihre Aufgabe als Leitstelle für die Ernährungsaufklärung im Lande. Sie ist Trägerin des Netzwerkes Ernährung und des Programms "Optikids-Kinderleicht" zur Früherfassung und Prävention von übergewichtigen Kindern. Schwerpunkt ist die Schulung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Kindergärten, Schulen, Gemeinschaftsverpflegung, Gastronomie und Pflegebereich. Inhalte und Zielgruppen der Tätigkeit werden mit der Verbraucherzentrale und anderen Institutionen abgestimmt. Eine Übersicht zum Wirtschaftsplan der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. ist als Anlage zum Kapitel 1012 abgedruckt.

**Ziel:**

- Sicherung der Qualifizierung der Ernährungsfachkräfte im Land, z.B. bei den Krankenkassen nach SGB V § 20 und dem Präventionsgesetz
- Koordinierung der Ernährungsakteure im Land mit Hilfe des Netzwerkes Ernährung
- Fortführung des Netzwerkes Ernährung, Verstärkung der Kooperationen und Kommunikationswege sowie diverse Projekte gemäß Aktionspläne für 2006 sowie einer Zielvereinbarung zwischen MSGF und der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V., Sektion Schleswig-Holstein
- Basis für weitere Projekte im Ernährungsbereich und für das hohe Niveau der Eigeneinnahmen von ca. 30 % des Gesamtetats.

**Kennzahlen:**

Anzahl der Kontakte (Personen in der Multiplikatorenarbeit):

- Arbeitsgemeinschaften: 7.300
- Unterricht: 2.500
- Vorträge: 1.000
- Kurse: 100
- Gruppen- u. Einzelberatung: 1.000
- Einzelkontakt: 1.000

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	0
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	77.000
<b>Zusammen</b>		<b>77.000</b>

<b>686 06</b>	314	<b>Zuschüsse für ernährungswirtschaftliche Verbraucherberatung</b>	<b>140,0</b>	<b>166,0</b>
(MG 09)			83,1	

**Erläuterungen:**

Zuwendungstitel

Veranschlagt für spezielle Projekte, die der ernährungswirtschaftlichen Verbraucherberatung dienen. Thematischer Schwerpunkt der nächsten Jahre ist das Programm "OptiKids-Kinderleicht - optimale Kinderernährung". Dieses Programm ist Bestandteil einer Gesamtkampagne des Landes zur Kindergesundheit. Hinzu kommen weitere Projekte zur herzgesunden Ernährung im Rahmen der Gesundheitsziele, Aktionen zur Nachhaltigkeit und Ernährung, zum Verbraucherschutz in einer älter werdenden Gesellschaft sowie die Stärkung der Verbraucherrechte, insbesondere in der Patientenberatung.

**Ziel:**

- a) Vereinheitlichung von Beratungsstandards und der Zusammenschluss und die Weiterentwicklung von Projekten zu Programmen und Kampagnen unter Nutzung vorhandener Angebote mit Beteiligung weiterer Träger mit einer möglichst eigenständigen Finanzierung.
- b) Reduzierung der Zahl übergewichtiger Kinder in Kombination mit einem gesundheitlichen Frühwarnsystem.

**Kennzahlen:**

- zu a) 10 Projekte jährlich, 5 Ernährungskurse, 10 Schulungen in Kindergärten und Schulen.
- zu b) In je einer ländlichen und einer städtischen Modellregion werden in je 10 Kindergärten und in je 5 Grundschulen und Haupt- und Förderschulen Interventionsmaßnahmen erprobt. Erfasst werden ca. 1.200 Kinder in Kindergärten und ca. 1.000 Kinder in Schulen.

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>Summe der Maßnahmegruppe 09</b>			<b>920,0</b> 927,2	<b>946,0</b>
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>56.142,4</b> 54.157,6	<b>57.745,9</b>

# 10 12 Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>Abschluss</b>				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	87,7 164,8	97,0
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	20.283,7 19.114,0	21.645,0
31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	0,0 255,1	400,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	3.370,5
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>20.371,4</b> 19.533,9	<b>25.512,5</b>
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	110,5 117,8	226,5
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	54.911,9 52.808,7	56.503,4
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	720,0 1.231,1	1.016,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	400,0 0,0	0,0
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>56.142,4</b> 54.157,6	<b>57.745,9</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-35.771,0</b> -34.623,7	<b>-32.233,4</b>

# 10 13 Krankenhausfinanzierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

	2006 €
1. Landesmittel	33.944.800
2. Mittel der Kreise und kreisfreien Städte	25.892.000
<b>Summe</b>	<b>59.836.800</b>

Darin enthalten sind die Bezüge bzw. Vergütungen i.H.v. 188,7 T€ für 4 Mitarbeiter, die im Bereich der Krankenhausbaumaßnahmen tätig sind.  
Vgl. Tit. 1001-422 01/425 01.

**Einnahmen**

<b>333 01</b>	<b>312 Von Kreisen und kreisfreien Städten</b>	<b>23.714,9</b> 22.446,2	<b>25.892,0</b>
---------------	--	-----------------------------	-----------------

**Erläuterungen:**

Veranschlagt ist der Beitrag der Kreise und kreisfreien Städte nach § 21 Abs. 1 S. 1 AG-KHG.

<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>23.714,9</b> 22.446,2	<b>25.892,0</b>
----------------------------	-----------------------------	-----------------

# 10 13 Krankenhausfinanzierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Ausgaben

<b>623 02</b>	<b>312</b>	<b>Schuldendiensthilfen an Krankenhasträger/innen</b>	<b>14.832,0</b>	<b>17.334,9</b>
			12.359,8	

Verpflichtungsermächtigung (in T€)	2006
Neuverpflichtung insgesamt	72.101
Davon fällig Haushaltsjahr 2007	5.413
Davon fällig Haushaltsjahr 2008	5.383
Davon fällig Haushaltsjahr 2009	5.555
Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff	55.750

Darf bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei 333 01 überschritten werden.  
Gegenseitig deckungsfähig mit 883 02.  
Übertragbar.

**Erläuterungen:**

Die Mittel werden als Fördermittel zur Finanzierung von Krankenhausbaumaßnahmen entsprechend dem Investitionsprogramm bewilligt. Ab dem Jahre 2002 ist die Finanzierung der Baumaßnahmen vollständig auf Darlehensgewährung mit entsprechenden Schuldendiensthilfen umgestellt worden. Für das Jahr 2006 ist ein Kreditvolumen bis zur Höhe von 49.700 T€ vorgesehen.

Der Finanzplan für Krankenhausbaumaßnahmen wurde turnusgemäß im Herbst 2004 für den Zeitraum 2005 bis 2007 fortgeschrieben. Die einzelnen Maßnahmen mit ihren jährlichen Raten wurden im Einvernehmen mit den Beteiligten gem. §§ 19 und 20 AG-KHG festgelegt.

Die Belastung des Haushaltsjahres 2006 aus in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen der Vorjahre sowie aus der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2005 stellt sich wie folgt dar:

		<b>2006</b>
1.	In Anspruch genommene VE der Vorjahre	13.851.000
2.	Voraussichtliche Inanspruchnahme der VE 2005	3.483.900
<b>Zusammen</b>		<b>17.334.900</b>

<b>883 02</b>	<b>312</b>	<b>Gesetzliche Ansprüche gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz - an Kreise und kreisfreie Städte für verschiedene Krankenhasträger/innen</b>	<b>40.487,1</b>	<b>42.313,2</b>
			40.590,8	

Gegenseitig deckungsfähig mit 623 02.

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind die den Krankenhasträgern über die Kreise und kreisfreien Städte zufließenden Mittel ("Gesetzliche Verpflichtungen") nach §§ 8 bis 13 AG-KHG:

- Pauschale Förderung für die Wiederbeschaffung kurz- und mittelfristiger Anlagegüter,
- Förderung der Nutzung von Anlagegütern,
- Förderung der Anlauf-, Umstellungs- und Grundstückskosten,
- Förderung von Lasten aus Darlehen,
- Förderung der mit Eigenmitteln beschafften Anlagegüter,
- Förderung bei Schließung oder Umstellung auf andere Aufgaben.

<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>55.319,1</b>	<b>59.648,1</b>
	52.950,6	

# 10 13 Krankenhausfinanzierung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Abschluss

31 - 34		Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	<b>23.714,9</b> 22.446,2	<b>25.892,0</b>
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>23.714,9</b> 22.446,2	<b>25.892,0</b>
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	<b>14.832,0</b> 12.359,8	<b>17.334,9</b>
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	<b>40.487,1</b> 40.590,8	<b>42.313,2</b>
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>55.319,1</b> 52.950,6	<b>59.648,1</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-31.604,2</b> -30.504,4	<b>-33.756,1</b>

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

Das Kapitel 10 16 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

**Ausgaben**

- 61 Wirkungsuntersuchungen von Umweltchemikalien
- 62 Sanierungsuntersuchungen

**Erläuterungen:**

Zum 1. Januar 1998 ist das Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit als Landesoberbehörde mit Sitz in Kiel mit zwei Außenstellen in Itzehoe und Lübeck errichtet worden (GVOBl. Schl.-H. S. 507).

## Einnahmen

<b>111 01</b>	<b>254</b>	<b>Gebühren und tarifliche Entgelte</b>	<b>546,0</b>	<b>546,0</b>
			548,2	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

- a) Entgelte für die Erteilung von Erlaubnissen und Anerkennungen im Bereich der Gesundheitsberufe einschließlich der Verwaltungsgebühren für die Annerkennung von Aus- und Weiterbildungsstellen (140.000 €);
- b) Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen aufgrund des Arzneimittel- und des Apothekengesetzes (180.000 €);
- c) Verwaltungsgebühren für Amtshandlungen aufgrund des Medizinproduktegesetzes (15.000 €)
- d) Entgelte für von der Pharma-Industrie beantragte Dienstleistungen und Besichtigungen im Rahmen der §§ 64 und 72 a Abs. 2 Nr. 1 AMG sowie GMP-Besichtigungen (65.000 €);
- e) die nach der Berufskrankheiten-Verordnung zu entrichtenden Gebühren im Bereich des medizinischen Arbeitsschutzes, vgl. Tit. 422 01 (8.000 €);
- f) Erstattungen, die im Rahmen des Gerätesicherheitsgesetzes (GSG) zu leisten sind (0 €);
- g) Gebühren und tarifliche Entgelte für Dienstleistungen im Bereich des technischen und sozialen Arbeitsschutzes (135.000 €);
- h) Erstattung von Auslagen, die bei der Klassifizierung von Medizinprodukten seitens der BfArM entstehen (3.000 €).

<b>112 01</b>	<b>254</b>	<b>Geldbußen, Geldstrafen und Gerichtskosten</b>	<b>1.200,0</b>	<b>1.300,0</b>
			1.270,2	

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

- a) Geldbußen bei Verstößen gegen das Apotheken- und Arzneimittelgesetz,
- b) Geldbußen bei Verstößen gegen das Medizinproduktegesetz,
- c) Geldbußen bei Verstößen gegen soziale Arbeitsschutzvorschriften.

<b>119 02</b>	<b>314</b>	<b>Einnahmen aus Aufträgen Dritter für Sanierungsuntersuchungen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Entgelte für von Dritten beantragte durchzuführende Sanierungsuntersuchungen durch den Umweltbezogenen Gesundheitsschutz (UGS).

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 62 zu verwenden.

<b>119 99</b>	<b>254</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>
			0,0	

<b>132 01</b>	<b>254</b>	<b>Erlöse aus der Veräußerung von Kraftfahrzeugen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

<b>261 01</b>	<b>314</b>	<b>Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Inland</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
			0,0	

**Erläuterungen:**

Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Erstattungen von deutschen Forschungsträgern oder EU-Partnern zur Erforschung von PCB-Belastungen und anderen Umweltchemikalien.

Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 61 zu verwenden.

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
266 01	314	Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem Ausland	0,0 4,2	0,0
<b>Erläuterungen:</b> Vorsorglich ausgebrachter Leertitel für Erstattungen vom Ausland zur Erforschung von PCB-Belastungen und anderen Umweltchemikalien. Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben in der Titelgruppe 61 zu verwenden.				
<b>Summe der Einnahmen</b>			<b>1.747,0</b> 1.822,6	<b>1.847,0</b>

**10 16** Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**Ausgaben**

**422 01 254 Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten** **3.265,9**  
3.402,7 **3.265,9**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1. Bezüge		3.262.218
2. Zulage nach der Berufskrankheitenverordnung		3.682
<b>Summe</b>		<b>3.265.900</b>

Gewerbeärzte/innen erhalten für die Tätigkeit bei der Durchführung der Berufskrankheiten-Verordnung eine widerrufliche, nicht ruhegehaltsfähige Zulage von 102,26 € monatlich.  
Vgl. Tit. 111 01.

**422 02 254 Bezüge der beamteten Hilfskräfte** **44,8**  
163,3 **44,8**

**422 03 254 Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst** **20,6**  
3,4 **20,6**

**425 01 011 Vergütungen der Angestellten** **2.459,3**  
2.311,0 **2.471,5**

**425 02 254 Vergütungen der ständigen, nur teilbeschäftigten Kräfte** **87,0**  
100,0 **87,0**

**427 01 314 Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte** **7,7**  
4,8 **7,7**

**427 02 311 Prüfungsvergütungen** **65,0**  
59,0 **65,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		<b>2006</b>
		<b>€</b>
1. für die Prüfungen in den Fachberufen des Gesundheitswesens		52.000
2. für pharmazeutische, ärztliche und psychotherapeutische Prüfungen		13.000
<b>Summe</b>		<b>65.000</b>

**459 01 254 Prämienzahlung im Rahmen des Vorschlagswesens** **0,2**  
0,0 **0,2**

Gegenseitig deckungsfähig mit den Titeln 459 01 innerhalb des Einzelplans 10.

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

**511 01 254 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände** **50,0**  
84,1 **75,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Büromaterial	12.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	15.000
3.	Druck- und Bindearbeiten	2.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	25.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	6.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	5.000
7.	Unterhaltung von Geräten	9.000
8.	Sonstiges	1.000
<b>Summe</b>		<b>75.000</b>

**514 01 254 Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.** **155,0**  
125,1 **145,0**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt sind:

		2006 €
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	4.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	10.000
3.	Verbrauchsmittel	30.000
4.	Haltung von privateigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0
5.	Sonstiges	101.000
<b>Summe</b>		<b>145.000</b>

Bestand an Dienstfahrzeugen:

	Soll 2006	Tatsächlicher Bestand am 1.2.2005
Personenkraftwagen	1	1
<b>Zusammen</b>	<b>1</b>	<b>1</b>

**517 01 254 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume** **31,7**  
1,6 **32,2**

**Erläuterungen:**

Veranschlagt für die Außenstellen Lübeck und Itzehoe sowie für den Bereich UGS im Klinikum der CAU, Brunswiker Str. 4.

		2006 €
1.	Heizung	0
2.	Elektrizität und Gas für Beleuchtung, Heizung und sonstigen Energiebedarf	0
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	0
4.	Sonstiges	32.200
<b>Summe</b>		<b>32.200</b>

10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
517 91	254	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume durch die GMSH</b>	191,4 199,4	200,0
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind für das LGA Kiel und die Außenstelle Lübeck:		
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
		1. Nebenkosten aus dem Einzelmietvertrag mit der GMSH		9.300
		2. Bewirtschaftungskosten aus dem Einzelbewirtschaftungsvertrag		190.700
		<b>Summe</b>		<b>200.000</b>
518 01	254	<b>Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	34,3 35,8	36,3
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Miete für die Außenstelle Itzehoe, anteilig an der Gebäudegesamtfläche.		
518 02	254	<b>Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge</b>	8,0 6,9	8,0
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt für die Anmietung und den Betrieb von Fotokopierern etc. in der Außenstelle Lübeck.		
518 91	254	<b>Mieten für von der GMSH angemietete Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	299,1 299,1	299,1
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Mieten für die Dienststellen in Kiel (221,9 T€) und Lübeck (77,2 T€).		
525 01	254	<b>Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Reisekosten</b>	45,0 36,5	45,0
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt sind:		
				<b>2006</b>
				<b>€</b>
		1. Ausbildung und Umschulung		7.000
		2. Fortbildung		36.000
		3. Prüfungsvergütungen		2.000
		<b>Summe</b>		<b>45.000</b>
526 01	254	<b>Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	8,0 30,0	12,0
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Die Mittel sind vorgesehen für die in den Gerichtsverfahren anfallenden Gerichtskosten und außergerichtlichen Kosten, hauptsächlich für Rechtsanwält/innen und Sachverständige sowie für zu erstattende Kosten in Widerspruchs- oder Ordnungswidrigkeitenverfahren.		
526 05	254	<b>Ärztliche Untersuchungen</b>	2,5 0,4	2,5
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Veranschlagt für z.B. amtsärztliche und augenärztliche Gutachten.		

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
526 06	314	<b>An die Landespharmazieräte für Apothekenbesichtigungen</b>	<b>18,0</b> 14,1	<b>18,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt für amtliche Besichtigungen der Apotheken durch beigezogene Vertreter/innen aus Fachkreisen (§ 64 Arzneimittelgesetz vom 19. Oktober 1994, BGBl. I S. 3018, § 6 ApoG). Die Auszahlungen werden zum Jahresende geleistet.		
526 99	314	<b>Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.</b>	<b>5,0</b> 2,3	<b>5,0</b>
527 01	254	<b>Dienstreisen</b>	<b>54,0</b> 53,6	<b>57,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind:		
				<b>2006</b> <b>€</b>
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		51.000
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		6.000
		3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		0
		<b>Summe</b>		<b>57.000</b>
533 01	254	<b>Ärztliche Erst- und Nachuntersuchungen aufgrund des Jugendarbeitsschutzgesetzes einschließlich entsprechender Aufklärung der Betroffenen</b>	<b>395,0</b> 323,4	<b>395,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt für die im Jugendarbeitsschutzgesetz, zuletzt geändert am 24. Febr. 1997 (BGBl. I S. 311), vorgeschriebenen Untersuchungen usw., die gemäß § 44 vom Land zu tragen sind, sowie Verwaltungskosten von 2,05 € je Untersuchung:		
				<b>2006</b> <b>€</b>
		1. Verwaltungskosten		26.650
		2. Untersuchungskosten		351.700
		3. Allg. Kosten für die Herstellung der amtl. Vordrucke		16.600
		<b>Summe</b>		<b>394.950</b>
533 02	314	<b>Werkverträge für die Erbringung von Dienstleistungen</b>	<b>27,0</b> 12,6	<b>30,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt sind Kosten für die Inanspruchnahme von Sachverständigen,  a) die im Auftrage des Umweltbezogenen Gesundheitsschutzes (UGS) umwelttoxikologische Sonderprogramme, Analysen, Gutachten und Untersuchungen zur mikrobiologisch-hygienischen Trink- und Badewasserbewertung durchführen; b) die im Auftrage des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit Untersuchungen und Gutachten im Vollzug des Gerätesicherheitsgesetzes (GSG) durchführen; c) die im Auftrage des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit Untersuchungen und Gutachten im Bereich des Verbraucherschutzes (Lebensmittelanalysen, Produktprüfungen, Präventionskonzepte, usw.) durchführen und erarbeiten.		
533 03	314	<b>Kosten der Teilnahme am Arzneimittelinformationssystem (AMIS) des Deutschen Institutes für Medizinische Dokumentation und Information</b>	<b>4,2</b> 4,2	<b>4,2</b>
		<b>Erläuterungen:</b> Veranschlagt für die Nutzung des Arzneimittelinformationssystems (AMIS) beim Bundesgesundheitsamt.		

10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
533 05	314	<b>Analysenverfahren</b>	11,0 5,0	8,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für Untersuchungen, Messungen und das Einholen von Gutachten zur Beurteilung von Gesundheitsgefährdungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und von Unfallsituationen.				
Rechtsgrundlagen:				
a) §§ 120 und 120e Gewerbeordnung i.d.F. vom 1.1.1987 (BGBl. I S. 425), zuletzt geändert am 7.8.1996 (BGBl. I S. 1246),				
b) Gefahrstoffverordnung vom 23.12.2004 (BGBl. I S. 3855),				
c) VDI-RL Nr. 2058 Blatt 1 (Arbeitslärm in der Nachbarschaft) Blatt 2 (Arbeitslärm am Arbeitsplatz),				
d) diverse DIN-Normen,				
e) Biostoffuntersuchungen und Analysen.				
534 01	314	<b>Kosten der Beschaffung und Beseitigung von Proben bei der Arzneimittel- und Medizinprodukteüberwachung</b>	6,0 0,0	2,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für den Ankauf und die Beseitigung von Arzneimittelproben sowie für die erforderlichen Untersuchungen.				
534 02	254	<b>Umzugskosten</b>	0,0 11,0	0,0
Weggefallen.				
534 03	254	<b>Informationsveranstaltungen im Bereich der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes</b>	20,0 15,4	20,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Informationsveranstaltungen an allen Standorten des LGA zu aktuellen Themen (z.B. Sicherheit am Arbeitsplatz, Tag gegen den Lärm, Gesundheitsschutzaktionen für betroffene Arbeitnehmer, Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Marktüberwachung).				
546 99	254	<b>Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge</b>	17,0 9,3	17,0
<b>Erläuterungen:</b>				
Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommenssteuerrechts verfolgt.				
671 05	311	<b>An die Apothekerkammer Schleswig-Holstein für Unterrichtsveranstaltungen</b>	17,0 17,1	18,0
Gegenseitig deckungsfähig mit 671 06.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Veranschlagt für die Unterrichtsveranstaltungen gem. § 3 Abs. 4 der Approbationsordnung für Apotheker/innen, zuletzt geändert durch VO vom 14. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1714). Die Auszahlungen werden zum Jahresende geleistet.				
671 06	311	<b>An die Ärztekammer Schleswig-Holstein für Ausbildungsveranstaltungen für Ärztinnen und Ärzte im Praktikum</b>	5,0 20,8	0,0
Gegenseitig deckungsfähig mit 671 05.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Seit dem 1.10.2004 ist eine Tätigkeit als "Ärztin / Arzt im Praktikum" nicht mehr abzuleisten.				

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>684 04</b>	<b>236</b>	<b>Förderung von Verbänden und Vereinen für die Ausbildung in der Altenpflege</b>	<b>2.028,0</b> 2.775,5	<b>3.724,0</b>
		Verpflichtungsermächtigung (in T€)		2006
		Neuverpflichtung insgesamt		5.562
		Davon fällig Haushaltsjahr 2007		3.090
		Davon fällig Haushaltsjahr 2008		1.854
		Davon fällig Haushaltsjahr 2009		618
		Davon fällig Haushaltsjahr 2010 ff		-
		Gegenseitig deckungsfähig mit 1005 - MG 01.		
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Zuwendungstitel (Förderprogramm)		
		Veranschlagt sind Zuwendungen an die Träger von Einrichtungen für die Ausbildung von Altenpfleger/innen nach § 5 des Gesetzes zur Durchführung des Altenpflegegesetzes und zur Ausbildung in der Altenpflege vom 12. Juni 2004. Die Förderung soll sicherstellen, dass genügend Altenpfleger/innen für den steigenden Bedarf bei den ambulanten sozialen Diensten sowie in den Heimen und anderen Altenpflegeeinrichtungen (z.B. Kurzzeitpflege, Tagespflege) ausgebildet werden.		
		Mehr wegen Anpassung an das voraussichtliche Ist 2005.		
		Ziel:		
		Bedarfsgerechte Betreuung und Pflege von Hilfsbedürftigen in ihrer häuslichen Umgebung und anderen Pflegeeinrichtungen (z.B. Kurzzeit- und Tagespflege).		
		Kennzahlen:		
		Auszubildende in der Altenpflege: rd. 2.100,		
		davon werden vom Land gefördert: rd. 900,		
		zusätzliche Landesförderung von Ausbildungsplätzen für die Altenpflegehilfeausbildung: rd. 200.		
<b>811 01</b>	<b>254</b>	<b>Erwerb von Dienstfahrzeugen</b>	<b>0,0</b> 14,4	<b>0,0</b>
<b>812 01</b>	<b>254</b>	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen</b>	<b>37,0</b> 94,0	<b>64,0</b>
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Gaschromatograph mit Flammenionisationsdetektor, Respikon-Gerät.		
<b>61</b>		<b>Wirkungsuntersuchungen von Umweltchemikalien</b>		
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 261 01 und 266 01 geleistet werden.		
		<b>Erläuterungen:</b>		
		Die 1994 begonnenen Forschungsvorhaben zur PCB-Belastung sollen fortgeführt und neue Vorhaben für andere Umweltchemikalien zusätzlich aufgenommen werden. Die Kosten werden von deutschen Forschungsträgern oder EU-Partnern erstattet (vgl. Tit. 261 01 und 266 01).		
<b>427 61</b>	<b>314</b>	<b>Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>0,0</b> (TG 61) 0,2	<b>0,0</b>
<b>533 61</b>	<b>314</b>	<b>Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen</b>	<b>0,0</b> (TG 61) 0,0	<b>0,0</b>
<b>547 61</b>	<b>314</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>0,0</b> (TG 61) 1,8	<b>0,0</b>

**10 16** Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	
<b>Summe der Titelgruppe 61</b>			<b>0,0</b> 2,0	<b>0,0</b>
<b>62</b>		<b>Sanierungsuntersuchungen</b>		
Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei 119 02 geleistet werden.				
<b>Erläuterungen:</b>				
Es ist zu erwarten, dass Untersuchungen zu Sanierungsmaßnahmen durchzuführen sind. Die Kosten werden von Dritten erstattet (vgl. Tit. 119 02).				
<b>533 62</b> (TG 62)	<b>314</b>	<b>Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Auftragsformen</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>547 62</b> (TG 62)	<b>314</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>Summe der Titelgruppe 62</b>			<b>0,0</b> 0,0	<b>0,0</b>
<b>Summe der Ausgaben</b>			<b>9.419,7</b> 10.237,8	<b>11.180,0</b>

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2005	Soll 2006
			Ist 2004	
			T€	

## Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	<b>1.747,0</b> 1.818,4	<b>1.847,0</b>
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	<b>0,0</b> 4,2	<b>0,0</b>
<b>Gesamteinnahmen</b>			<b>1.747,0</b> 1.822,6	<b>1.847,0</b>
41 - 49		Personalausgaben	<b>5.950,5</b> 6.044,4	<b>5.962,7</b>
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	<b>1.382,2</b> 1.271,6	<b>1.411,3</b>
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	<b>2.050,0</b> 2.813,4	<b>3.742,0</b>
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	<b>37,0</b> 108,4	<b>64,0</b>
<b>Gesamtausgaben</b>			<b>9.419,7</b> 10.237,8	<b>11.180,0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>			<b>-7.672,7</b> -8.415,2	<b>-9.333,0</b>



# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2006

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuerähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	21 - 29 Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzierungseinnahmen	
- T€ -								
<b>10 01</b>	Ministerium	2006		28,9	458,4		43,0	530,3
		2005		24,8	519,0		45,0	588,8
<b>10 02</b>	Gesundheit	2006		37,8	105,4		2.132,4	2.275,6
		2005		35,8	118,8			154,6
<b>10 03</b>	Landesamt für soziale Dienste	2006		2.160,3	1.006,2			3.166,5
		2005		2.315,5	1.059,5			3.375,0
<b>10 04</b>	Sozialordnung und Arbeitsschutz	2006		70,1	245,6			315,7
		2005		146,4	1.292,6			1.439,0
<b>10 05</b>	Sozialwesen	2006		186,8	52.038,0			52.224,8
		2005		117,2	50.888,0			51.005,2
<b>10 07</b>	Reaktorsicherheit	2006		23.563,4				23.563,4
		2005		23.698,4				23.698,4
<b>10 08</b>	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	2006		1.100,5				1.100,5
		2005		620,5				620,5
<b>10 09</b>	Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte	2006		47,8	3.279,2			3.327,0
		2005		45,7	3.292,5		735,0	4.073,2
<b>10 10</b>	Staatliche Schulen für Behinderte	2006		12,7	2.005,7			2.018,4
		2005		9,4	2.036,4			2.045,8
<b>10 11</b>	Fachkliniken	2006						0,0
		2005						0,0
<b>10 12</b>	Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt	2006		97,0	21.645,0	400,0	3.370,5	25.512,5
		2005		87,7	20.283,7			20.371,4
<b>10 13</b>	Krankenhausfinanzierung	2006				25.892,0		25.892,0
		2005				23.714,9		23.714,9
<b>10 16</b>	Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit	2006		1.847,0				1.847,0
		2005		1.747,0				1.747,0
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2006</b>		<b>29.152,3</b>	<b>80.783,5</b>	<b>26.292,0</b>	<b>5.545,9</b>	<b>141.773,7</b>
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2005</b>		<b>28.848,4</b>	<b>79.490,5</b>	<b>23.714,9</b>	<b>780,0</b>	<b>132.833,8</b>
	mehr(+) / weniger(-)			0,0	+303,9	+1.293,0	+4.765,9	+8.939,9

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
13.974,3	3.103,8		20,7		8,0	43,0	17.149,8	2006	10 01
15.456,0	2.723,9		16,9			-3.800,1	14.396,7	2005	
90,3	564,4		32.280,9		55,6		32.991,2	2006	10 02
100,1	817,7		31.263,4		48,0		32.229,2	2005	
14.290,1	5.399,9		11.763,9		173,9		31.627,8	2006	10 03
14.363,5	5.347,6		12.174,2		167,5		32.052,8	2005	
	674,8		17.978,4		18.585,0		37.238,2	2006	10 04
	623,9		17.827,5		19.066,0		37.517,4	2005	
	360,7		669.531,6		40,0		669.932,3	2006	10 05
	455,9		610.526,4		1.073,3		612.055,6	2005	
1.989,0	21.976,0				149,0		24.114,0	2006	10 07
	22.090,5				145,0		22.235,5	2005	
4.244,5	3.633,4		2,0		93,6		7.973,5	2006	10 08
4.249,3	3.376,0		0,5				7.625,8	2005	
2.187,1	3.600,5		123,7		23,9		5.935,2	2006	10 09
2.187,1	3.524,1		114,3		58,5		5.884,0	2005	
1.361,3	1.943,4		97,8		65,0		3.467,5	2006	10 10
1.365,8	1.902,8		52,0		88,0		3.408,6	2005	
							0,0	2006	10 11
			279,2				279,2	2005	
	226,5		56.503,4		1.016,0		57.745,9	2006	10 12
	110,5		54.911,9		720,0	400,0	56.142,4	2005	
			17.334,9		42.313,2		59.648,1	2006	10 13
			14.832,0		40.487,1		55.319,1	2005	
5.962,7	1.411,3		3.742,0		64,0		11.180,0	2006	10 16
5.950,5	1.382,2		2.050,0		37,0		9.419,7	2005	
<b>44.099,3</b>	<b>42.894,7</b>		<b>809.379,3</b>		<b>62.587,2</b>	<b>43,0</b>	<b>959.003,5</b>	<b>2006</b>	
<b>43.672,3</b>	<b>42.355,1</b>		<b>744.048,3</b>		<b>61.890,4</b>	<b>-3.400,1</b>	<b>888.566,0</b>	<b>2005</b>	
+427,0	+539,6	0,0	+65.331,0	0,0	+696,8	+3.443,1	+70.437,5		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2006

-817.229,8

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2005

-755.732,2

## 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

### Abschluss Verpflichtungsermächtigungen 2006

Kapitel	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	Von dem Gesamtbetrag entfallen auf				
			2006	2007	2008	2009	2010 ff.
			T€				
<b>10 01</b>	<b>Ministerium</b>						
<b>10 02</b>	<b>Gesundheit</b>	12.827,0	1.821,0	1.497,0	4.497,0	5.012,0	
<b>10 04</b>	<b>Sozialordnung und Arbeitsschutz</b>	4.800,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0	1.200,0	
<b>10 05</b>	<b>Sozialwesen</b>	5.409,0	1.107,0	1.385,0	643,0	2.274,0	
<b>10 07</b>	<b>Reaktorsicherheit</b>	140,0	70,0	70,0			
<b>10 11</b>	<b>Fachkliniken</b>						
<b>10 12</b>	<b>Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt</b>	524,0	524,0				
<b>10 13</b>	<b>Krankenhausfinanzierung</b>	72.101,0	5.413,0	5.383,0	5.555,0	55.750,0	
<b>10 16</b>	<b>Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit</b>	5.562,0	3.090,0	1.854,0	618,0		
	<b>Summe des Einzelplans</b>	<b>101.363,0</b>	<b>13.225,0</b>	<b>11.389,0</b>	<b>12.513,0</b>	<b>64.236,0</b>	



# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Einnahmen der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
<b>10 01</b>	Ministerium							
<b>07</b>	Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI	2006		15,0	39,5			54,5
		2005		10,0	54,0			64,0
<b>10 02</b>	Gesundheit							
<b>65</b>	Verletztenversorgung auf See	2006		0,0	0,0		0,0	0,0
		2005		0,0	0,0		0,0	0,0
<b>10 03</b>	Landesamt für soziale Dienste							
<b>01</b>	Erstattungen zu den Leistungen für Opfer von Gewalttaten	2006		150,0	883,0			1.033,0
		2005		150,0	932,9			1.082,9
<b>02</b>	Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken nach § 145 Abs. 1 SGB IX	2006		1.707,0				1.707,0
		2005		1.809,5				1.809,5
<b>10 04</b>	Sozialordnung und Arbeitsschutz							
<b>01</b>	Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur	2006			0,0			0,0
		2005			0,0			0,0
<b>10 05</b>	Sozialwesen							
<b>01</b>	Erstattungen von Zuschüssen für Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur	2006			0,0			0,0
		2005			0,0			0,0
<b>65</b>	Erstattungen von Leistungen der Sozialhilfe	2006		0,0	33.551,2			33.551,2
		2005		0,0	32.401,2			32.401,2
<b>10 07</b>	Reaktorsicherheit							
<b>01</b>	Atomrechtliche Verfahren	2006		21.767,4				21.767,4
		2005		21.862,4				21.862,4
<b>10 12</b>	Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt							
<b>08</b>	Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII	2006		6,0	22,0			28,0
		2005		5,1	21,4			26,5
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2006</b>		<b>23.645,4</b>	<b>34.495,7</b>		<b>0,0</b>	<b>58.141,1</b>
	<b>Summe Haushalt</b>	<b>2005</b>		<b>23.837,0</b>	<b>33.409,5</b>		<b>0,0</b>	<b>57.246,5</b>

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

**10 01** Ministerium

**01** Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

2006	45,2	45,2
2005	46,9	46,9

**07** Schiedsstellen nach § 80 SGB XII und § 76 SGB XI

2006	11,5	43,0	54,5
2005	19,0	45,0	64,0

**08** Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung

2006	23,2	23,2
2005	22,7	22,7

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

### 10 02 Gesundheit

#### 01 Gemeinschaftseinrichtungen der Länder im Bereich des Gesundheitswesens

2006									794,4
2005									665,4

#### 02 Norddeutsches Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege

2006	90,3	36,0							126,3
2005	100,1	42,4							142,5

#### 05 Entwicklungspartnerschaft (EP) "Sektorale Entwicklungspartnerschaft in der Altenhilfe (SEPIA)"

2006		0,0		0,0			0,0		0,0
2005		0,0		0,0			0,0		0,0

#### 06 Maßnahmen zur Abwehr von Bioterrorismus und Bekämpfung hochansteckender, gefährlicher Krankheiten

2006		34,0		70,0		0,0			104,0
2005		24,0		1.820,0		0,0			1.844,0

#### 08 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholabhängigen Straftätern/innen

2006				24.422,2					24.422,2
2005				21.954,1					21.954,1

#### 61 Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs

2006		39,9		2.990,0		0,0			3.029,9
2005		37,6		2.838,0		0,0			2.875,6

#### 62 Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßnahmen

2006		7,9		888,8					896,7
2005		7,6		768,4					776,0

#### 63 Aus- und Fortbildung von Personal im Bereich des Gesundheitswesens

2006		15,0		0,0					15,0
2005		3,0		2,0					5,0

#### 64 Fürsorge für Mutter und Kind

2006				30,6					30,6
2005				30,6					30,6

#### 65 Verletztenversorgung auf See

2006		109,4		285,8		50,8	0,0		446,0
2005		104,0		288,0		48,0	0,0		440,0

#### 66 Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung

2006				0,0		0,0			0,0
2005				0,0		0,0			0,0

#### 67 Krebsregister

2006		3,0		1.366,3		0,0			1.369,3
2005		3,0		1.243,0		0,0			1.246,0

#### 68 Gesundheitsberichterstattung

2006		186,2				4,8			191,0
2005		414,4				0,0			414,4

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
<b>69</b>		Umweltmedizin, umweltbezogener Gesundheitsschutz, Bade- und Trinkwasserhygiene							
	2006		38,3						38,3
	2005		45,0						45,0
<b>10 03</b>		Landesamt für soziale Dienste							
<b>01</b>		Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten							
	2006				3.600,5				3.600,5
	2005				3.561,3				3.561,3
<b>02</b>		Erstattung der Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken nach § 152 SGB IX							
	2006				678,0				678,0
	2005				580,5				580,5
<b>04</b>		Entschädigungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)							
	2006				66,0				66,0
	2005				86,0				86,0
<b>05</b>		Entschädigungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)							
	2006				11,0				11,0
	2005				20,0				20,0
<b>10 04</b>		Sozialordnung und Arbeitsschutz							
<b>01</b>		Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur							
	2006				1.706,4		18.585,0		20.291,4
	2005				1.454,0		19.066,0		20.520,0
<b>08</b>		Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz							
	2006				9.582,2				9.582,2
	2005				9.862,5				9.862,5
<b>09</b>		Leistungen nach dem Wiedergutmachungsgesetz des Landes und sonstige Leistungen							
	2006				110,0				110,0
	2005				150,6				150,6
<b>10</b>		Durchführung der Wiedergutmachung							
	2006		2,0		3,0				5,0
	2005		2,0		3,5				5,5

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

### 10 05 Sozialwesen

#### 01 Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur

2006						0,0	0,0	0,0
2005						0,0	0,0	0,0

#### 02 Leistungen nach Art. 2 des Zweiten Gesetzes zur Bereinigung von SED-Unrecht (2. SED-UnBerG)

2006				16,2				16,2
2005				9,0				9,0

#### 03 Seniorenpolitische Maßnahmen - Hilfen rund um den dritten Lebensabschnitt

2006		13,7		50,0				63,7
2005		13,7		40,0				53,7

#### 04 Koordinierungsstelle Eingliederungshilfe

2006		0,0		0,0		0,0		0,0
2005		0,0		0,0		0,0		0,0

#### 05 Förderung des "Freiwilligen Sozialen Jahres"

2006				857,8				857,8
2005				812,1				812,1

#### 06 Zuschüsse für soziale Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

2006				39,4		40,0		79,4
2005				1.000,0		1.073,3		2.073,3

#### 07 Fonds Barrierefreiheit für blinde und sehbehinderte Menschen

2006				400,0				400,0
2005								

#### 09 Landesinitiative Bürgergesellschaft

2006		65,0		35,0				100,0
2005		25,0		25,0				50,0

#### 10 Berichte über soziale Lagen der Bevölkerung in Schleswig-Holstein

2006		50,0						50,0
2005		30,5						30,5

#### 62 Besondere soziale Maßnahmen des Landes

2006				395,1		0,0		395,1
2005				2.359,4		0,0		2.359,4

#### 63 Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte

2006				560,5		0,0		560,5
2005				365,1		0,0		365,1

#### 65 Sozialhilfe

2006				601.274,5				601.274,5
2005				541.201,3				541.201,3

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								

- T€ -

### 10 07 Reaktorsicherheit

#### 01 Atomrechtliche Verfahren

2006	20.291,9	0,0	20.291,9
2005	20.375,5	0,0	20.375,5

#### 02 Fachberatung Katastrophenschutz

2006	67,1		67,1
2005	89,0		89,0

#### 62 Erweiterung und Betrieb des Kernreaktor-Fern-Überwachungssystems - KFÜ -

2006	1.617,0	149,0	1.766,0
2005	1.626,0	145,0	1.771,0

### 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

#### 02 Erweiterung der Fernsprecheinrichtungen

2006	38,9	93,6	132,5
2005			

### 10 11 Fachkliniken

#### 03 Vollzug von Maßregeln der Besserung und Sicherung an psychisch-, drogen- und alkoholkranken Straftätern/innen

2006		0,0	0,0
2005		279,2	279,2

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Ausgaben der Maßnahme-/Titelgruppen 2006

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									
<b>10 12</b>	Kinder, Jugend, Familie, Landesjugendamt								
	<b>01</b>	Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe durch Fachveranstaltungen sowie Maßnahmen der Qualifizierung und Fortbildung							
	2006		202,0		0,0				202,0
	2005		85,5		100,0				185,5
	<b>03</b>	Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz							
	2006				3.283,5				3.283,5
	2005				3.364,6				3.364,6
	<b>04</b>	Familienförderung							
	2006				3.127,1				3.127,1
	2005				3.168,5				3.168,5
	<b>05</b>	Investive Maßnahmen in der Jugendhilfe							
	2006						1.016,0		1.016,0
	2005						720,0		720,0
	<b>06</b>	Präventive Maßnahmen, Finanzierungsbeteiligung gem. § 58 JuFöG							
	2006				1.532,0				1.532,0
	2005				1.451,9				1.451,9
	<b>07</b>	Hilfe zur Erziehung							
	2006				3.710,0				3.710,0
	2005				3.710,0				3.710,0
	<b>08</b>	Schiedsstelle nach § 78 g Abs. 4 SGB VIII							
	2006		11,5						11,5
	2005		12,0						12,0
	<b>09</b>	Einrichtungen des Verbraucherschutzes und Ernährungsberatung							
	2006		13,0		933,0				946,0
	2005		13,0		907,0				920,0
<b>10 16</b>	Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit								
	<b>61</b>	Wirkungsuntersuchungen von Umweltchemikalien							
	2006	0,0	0,0						0,0
	2005	0,0	0,0						0,0
	<b>62</b>	Sanierungsuntersuchungen							
	2006		0,0						0,0
	2005		0,0						0,0
<b>Summe</b>	<b>2006</b>	<b>135,5</b>	<b>22.876,5</b>		<b>662.819,3</b>		<b>19.939,2</b>	<b>43,0</b>	<b>705.813,5</b>
<b>Summe</b>	<b>2005</b>	<b>147,0</b>	<b>22.994,9</b>		<b>604.121,0</b>		<b>21.052,3</b>	<b>45,0</b>	<b>648.360,2</b>

**Wirtschaftsplan 2006  
des Sondervermögens  
Ausgleichsabgabe nach dem Sozialgesetzbuch -Neuntes Buch- (SGB IX)**

Titel	Zweckbestimmung	Soll 2006 T€
<b>Einnahmen</b>		
111 01	Ausgleichsabgabe von privaten und öffentlichen Arbeitgeberinnen/Arbeitgebern	11.248,0
112 01	Geldbußen und Säumniszuschläge	26,0
162 01	Zinseinnahmen	384,0
181 01	Rückflüsse aus Darlehen	2.226,0
232 01	Zuweisungen von Ländern	0,0
272 01	Zuschuss aus dem Europäischen Sozialfonds	0,0
359 01	Entnahme aus der Rücklage	0,0
<b>Summe Einnahmen</b>		<b>13.884,0</b>
<b>Ausgaben</b>		
<u>Haushaltsvermerk:</u> Ausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb des Sondervermögens.		
534 01	Schulungsmaßnahmen	36,0
631 01	Abführung an das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung	3.824,3
632 01	Zuweisungen an andere Länder - Ausgleich zwischen den Integrationsämtern	0,0
681 01	Zuschüsse im Rahmen der begleitenden Hilfe im Arbeits- und Berufsleben an schwerbehinderte Menschen, Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber und freie gemeinnützige Einrichtungen	3.121,7
683 01	Leistungen an Arbeitgeberinnen/Arbeitgeber zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für schwerbehinderte Menschen - Sonderprogramme -	2.045,0
863 01	Darlehen für Investitionen	2.608,0
893 01	Zuschüsse für Investitionen	2.249,0
919 01	Zuführung an die Rücklage	0,0
<b>Summe Ausgaben</b>		<b>13.884,0</b>



**Zusätzliche Erläuterungen**  
für den  
Aufgabenbereich: Soziale Maßnahmen  
Kostenträgergruppe: Internatsschulen für Körperbehinderte

<b>Globale Zielbeschreibung</b>	<i>Sonderpädagogische Förderung Hörgeschädigter in Schleswig-Holstein durch Verwirklichung einer den persönlichen Möglichkeiten entsprechenden Bildung und Erziehung und die Befähigung zur Eingliederung in die hörende Lebens- und Arbeitswelt</i>			
<b>Maßnahmen / Kostenträger</b>	<b>Mengenergebnisse</b> <b>2006</b>	<b>Qualitätskennzahl/ - Indikator bzw. Bürgerorientierung - 2006</b>	<b>Kosten/ Effizienz</b>	<b>Fachliche Zielerreichung</b> Anteil in %
<u>Schule für Hörgeschädigte</u>  Frühförderung Hörgeschädigter: <i>Beratung u. Einzelförderung Kurse - Seminare</i>  Integrative Beschulung Hörgeschädigter: <i>Beratung u. Einzelförderung Kurse - Seminare</i>  Stationäre Schule: <i>Gehörlosenschule</i> Grundschule, Hauptschule <i>Schwerhörigen-</i> Grundschule, Hauptschule, Realschule	Anzahl Schüler/Kinder  Gesamt: 718  170  390  158  19  139	Anzahl Lehrerwochenstunden  Gesamt: 1.425,5  263  491,5  671	Kosten pro Schüler/Jahr	Beurteilung durch Eltern sehr zufrieden 40 zufrieden 55 eher nicht zufrieden 5 nicht zufrieden 0  Beurteilung durch Schüler, Eltern und Lehrkräfte sehr zufrieden 40 zufrieden 55 eher nicht zufrieden 5 nicht zufrieden 0  Schulabschlüsse; Integration in Berufsausbildung; weitere Fördermaßnahme
<u>Internat für Hörgeschädigte</u>  Betreuung: <i>Stationär</i> <i>Teilstationär</i>  Kurse: Hörtraining, Wechselgruppe Kurse/Seminare <i>Stationär</i> <i>Teilstationär</i>	Berechnungstage (Grundlage 365 Tage)  30.295 153  1.296 1.260	Anzahl Betreuer(VK)/Kinder  Kinder/Wohngruppe 8-10 je Gruppe	Kostendeckung durch den Pflegesatz  100 %	Beurteilung der Betreuung durch Betreute und Sorgeberechtigte sehr zufrieden 35 zufrieden 50 eher nicht zufrieden 10 nicht zufrieden 5
<u>Cochlear Implant Centrum:</u>  <i>Intensivkurse</i>	Berechnungstage  1.100	Nachbehandlungs-Zeitraum: 2 Jahre 60 Behandlungstage	Kostendeckung durch den Pflegesatz:  100 %	Erfolg - Einführung in das Hören und den Lautspracherwerb sehr erfolgreich erfolgreich nicht erfolgreich

<b>Gründe der Zielumsetzung</b>	Gesellschaftliche Anforderung nach Integration behinderter Kinder in die Gemeinschaft			
<b>Externe Zielgruppen</b>	Hörgeschädigte Kinder, deren Familien und soziale Partner			
<b>Zeitraum der Vereinbarung</b>	1 Jahr			
<b>Position im Landeshaushalt</b>	Einzelplan: 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren Kapitel: 1009 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte			
<b>Formelle Grundlagen</b>	Schleswig-Holsteinisches Schulgesetz (SchulG) vom 02.08.1990 Ordnung für sSonderpädagogik (OSP) vom 24.11.1992 SGB IX, SGB XII Landesrahmenvertrag für Schleswig-Holstein, Pflegesatzvereinbarungen			
<b>Zur Zielerreichung zur Verfügung gestellte Ressourcen</b>	<u>Budget (Beträge in T€)</u>	<u>Ist 2004</u>	<u>Plan 2005</u>	<u>Plan 2006</u>
	Einnahmen	3.591,3	3.341,2	3.327,0
	Personalausgaben (ohne Schule)	1.930,5	2.187,1	2.187,1
	Sachausgaben	3.582,1	3.638,4	3.724,2
	Investitionen	33,0	73,9	23,9
	Verrechnungen/Umlagen	377,6	0,0	0,0
	Deckungsbedarf	2.331,9	2.558,2	2.608,2
<p>Sonstige Bewirtschaftungsmaßnahmen nach § 8 Abs. 16 Haushaltsgesetzentwurf 2006:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Deckungsfähigkeit Ausgaben HG 4 zugunsten HG 5 und 8,</li> <li>- Deckungsfähigkeit Ausgaben HG 5 zugunsten HG 8,</li> <li>- Deckungsfähigkeit Ausgaben Kapitel 1009 und 1010 gegenseitig innerhalb der jeweiligen HG,</li> <li>- Einnahmen bei Leertiteln bzw. Mehreinnahmen bei OG 11 und 12 sowie bei den Titeln 232 01, 233 01, 236 01 und 359 01 dürfen für Ausgaben bzw. Mehrausgaben bei HG 5 und 8 verwendet werden.</li> </ul> <p>Außerdem gilt: Drittmittelfinanzierte nicht verbrauchte Mittel der HG 4 bis 8 können in eine Budgetausgleich-Rücklage eingestellt werden. In den Folgejahren können Deckungslücken der drittmittelfinanzierten Bereiche durch eine Entnahme aus der Rücklage gedeckt werden (vgl. Haushaltsvermerk zu Tit. 1009-919 01).</p>				
<b>Zeitplan</b>	Daueraufgabe			
<b>Berichtswesen</b>	Jahresbericht bis 31. Mai d. J.; unterjähriger Bericht auf Anforderung			

Zu Tit. 1012 - 684 15 MG 09

**Übersicht**  
über den Wirtschaftsplan 2006  
der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V.

	Soll 2006 T€	Soll 2005 T€	Ist 2004 T€
<b>1. <u>Ausgaben</u></b>			
1.1 Personalausgaben	1.316,4	1.367,8	1.511,5
1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	516,6	561,5	638,8
1.3 Zuwendungen (ohne Investitionen)	0,6	0,6	0,6
1.4 Ausgaben für Investitionen	-	-	-
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>1.833,6</b>	<b>1.929,9</b>	<b>2.150,9</b>
<b>2. <u>Einnahmen</u> (ohne Zuwendungen)</b>			
2.1 Verwaltungseinnahmen	339,8	346,9	349,8
2.2 Eigene Projekteinnahmen	4,2	7,6	8,1
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>344,0</b>	<b>354,5</b>	<b>357,9</b>
<b>3. <u>Zuwendungen</u></b>			
3.1 EU-Mittel	196,0	196,0	168,5
3.2 Zuwendungen des Bundes	246,0	246,0	246,0
3.3 Zuwendungen des Landes	850,0	850,0	916,0
3.4 Zuwendungen anderer öffentlicher Zuwendungsgeber	197,6	283,4	484,0
<b>Summe Zuwendungen</b>	<b>1.489,6</b>	<b>1.575,4</b>	<b>1.814,5</b>
<b>Gesamteinnahmen</b> (Summen 1 und 2)	<b>1.833,6</b>	<b>1.929,9</b>	<b>2.172,4</b>
<b>4. <u>Personalübersicht</u></b>	Soll 2006	Soll 2005	Besetzt am 1.2.2004
Angestellte (ohne Aushilfskräfte)	28	28	14,75

Zu Tit. 1012 - 686 05 MG 09

**Übersicht**  
über den Wirtschaftsplan 2006  
der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. - Sektion Schleswig-Holstein -

		<b>Soll 2006 T€</b>	<b>Soll 2005 T€</b>	<b>Ist 2004 T€</b>
<b>1.</b>	<b>Ausgaben</b>			
	1.1 Personalausgaben	126,7	116,7	120,4
	1.2 Sächliche Verwaltungsausgaben	46,4	45,5	55,7
	<b>Gesamtausgaben</b>	<b>173,1</b>	<b>162,2</b>	<b>176,1</b>
<b>2.</b>	<b>Einnahmen</b> (ohne Zuwendungen)	<b>96,1</b>	<b>85,5</b>	<b>99,1</b>
<b>3.</b>	<b>Zuwendungen</b>	<b>77,0</b>	<b>76,7</b>	<b>77,0</b>
	Zuwendungen des Landes	77,0	76,7	77,0
	<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>173,1</b>	<b>162,2</b>	<b>176,1</b>
<b>4.</b>	<b>Personalübersicht</b>			
	Angestellte	2,5	2,5	2,5

# Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 1001 Ministerium	198
Kap. 1003 Landesamt für soziale Dienste	205
Kap. 1008 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	208
Kap. 1009 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte	211
Kap. 1010 Staatliche Schulen für Behinderte	212
Kap. 1016 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit	214
zu Kap. 1006 Verbraucherschutz	217
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	218
Anlage Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein	221
Stellenplan-Übersicht Hebungen	222
Stellenplan-Übersicht Umwandlungen	223

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange-stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
<b>422 01</b>					
<b>FESTE GEHÄLTER</b>					
<i>Bes. Gruppe</i>					
B10 Staatssekretäre/-innen	1	1			
B7 Ministerialdirigenten/-innen	2	1			
B5 Ministerialdirigenten/-innen	3	4			
B2 Ministerialräte/-innen	6	4		2	
<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16 Ministerialräte/-innen	19	27			
A15 Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsgewerbedirektoren/-innen, Regierungsmedizinaldirektoren/-innen, Regierungsschemiedirektoren/-innen, Regierungslandwirtschaftsdirektoren/-innen, Regierungsveterinärdirektoren/-innen	29	32		3	
A14 Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungswerberäte/-innen, Oberregierungslandwirtschaftsräte/-innen, Oberregierungschemieräte/-innen, Oberregierungsveterinäräräte/-innen	12	10		3	
A13 hD Regierungsräte/-innen, Regierungsveterinäräräte/-innen, Regierungslandwirtschaftsräte/-innen, Regierungsschemieräte/-innen	1	0			
A13 gD Oberamtsräte/-innen	44	52			
A12 Amtsräte/-innen	36	43		1	
A11 Regierungsamtmänner/-frauen, Gewerbeamtfrauen/-männer	20	18		1	
A10 Regierungsoberinspektoren/-innen, Gewerbeoberinspektoren/-innen	5	6		1	
A9 gD Regierungsinpektoren/-innen	1	1			
A9 mD Amtsinspektoren/-innen	4	4 <sup>1)</sup>			
A8 Regierungshauptsekretäre/-innen	1	1		1	
A7 Regierungsobersekretäre/-innen	1	1		1	
<b>Summe :</b>	185	205	0	13	0

1) 3 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.

**Planstellen künftig wegfallend:**

1 Stelle	A13 gD		mit Ausscheiden eines Personalratsmitgliedes gemäß § 12 Abs. 5 HG 1991	(aus HH 1993)
1 Stelle	A16	am 01.07.2011	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A16	am 01.02.2012	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A16	am 01.02.2013	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A16	am 01.03.2014	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A16	am 01.07.2016	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A16	am 01.02.2017	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A16	am 01.06.2021	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A15	am 01.12.2006	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A15	am 01.05.2007	mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

1 Stelle	A15	am 01.01.2008	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A15	am 01.08.2008	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	A15	am 01.04.2012	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A15	am 01.06.2014	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
2 Stellen	A14		mit Wegfall der Kostenerstattung	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A14	am 01.02.2010	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A13 gD	am 01.09.2010	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A13 gD	am 01.05.2012	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A13 gD	am 01.11.2020	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A13 gD	am 01.10.2027	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A13 gD	am 01.04.2029	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A12	am 01.09.2009	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A12	am 01.01.2010	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A12	am 01.02.2011	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A12	am 01.07.2013	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A12	am 01.04.2014	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A11	am 01.04.2017	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A11	am 01.06.2017	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)
1 Stelle	A10	am 01.01.2009	mit Ausscheiden der StelleninhaberIn/des Stelleninhabers	(aus HH 2004/2005)

**Planstellen künftig umzuwandeln:**

3 Stellen	A14	in A13 gD	mit Ausscheiden der Stelleninhaberinnen oder der Stelleninhaber	(aus HH 2003)
-----------	-----	-----------	---	---------------

**Vermerke:**

1 Stelle	A12	dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden	(aus HH 2002)
1 Stelle	A13 gD	Darf nur zu 50 v.H. der regelmäßigen Arbeitszeit besetzt werden.	(aus HH 2004/2005)

**Nachrichtlich:**

Freistellung mit Dienstbezügen für:  
 - die Stellen sind im Stellenplan enthalten -

				2005	2006
<hr/>					
-	<b>Stiftung "Familie in Not"</b>				
	1	A 16	Ministerialräte/-innen	1	1
	2	A 13	Oberamtsräte/-innen	1	1
	<i>Summe zu -</i>			<u>2</u>	<u>2</u>
<b>Zusammen</b>				<u><b>2</b></u>	<u><b>2</b></u>



10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
37										1			von BesGr. A 10 infolge wirksamwerden eines ku-Vermerks
<b>Summe:</b>		31		22	24	1	10			1	1	+20	

**geänderte Vermerke:**

*Vermerke:*

1 Stelle A12 dürfen nur mit arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2002)

**weggefallene Vermerke:**

*Planstellen künftig umzuwandeln:*

1 Stelle B7 in B5 (aus HH 2004/2005)

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
<b>425 01</b>			
Bedarf an Angestellten:			
Verg. Gruppe			
SDV	1	3	
I	7	9	
I a	4	6	
I b	6	8	
II a	0	1	
III	18	22	
IV a	11	9	
IV b	10	10	
V b	4	6	
V b (Vz)	2	2	
V c	19	15	
VI b	9	10	
VI b (Vz)	6	6	
VII	7	8	
VII (S)	16	17	
VIII	1	1	
IX b	5	5	
Praktik.	0	1	
<b>Summe :</b>	126	139	0

**Stellen künftig wegfallend:**

- 1 Stelle V c mit Wegfall der Erstattungspflicht (aus HH 2000)
- 1 Stelle III mit Wegfall der Kostenerstattung (aus HH 2003)
- 1 Stelle V b am 28.02.2006 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle V b am 31.07.2008 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin des Stellinhabers, spätestens nach 3 Jahren (aus HH 2006)

**Vermerke:**

- 1 Stelle VI b darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2002)
- 1 Stelle IX b darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2002)
- 1 Stelle IV b darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 2 Stellen VII darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)
- 1 Stelle III darf nur mit einer/einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2006)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	SDV					2						+2	von BesGr. B 2 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
2	I			1								+2	von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
3							1						nach BesGr. A 16 gem. § 12 c Abs. 3 HG 2004/2005
4								2					von VergGr. I a entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
5	I a	1										+2	für den Bereich Gesundheitsinitiative
6					1								nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
7						3							von BesGr. A 15 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
8										2			nach VergGr. I entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
9								1					von VergGr. I b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
10	I b				1							+2	nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
11						2							von BesGr. A 14 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
12									1				nach VergGr. I a entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
13								2					von VergGr. II a entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
14	II a			3								+1	von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
15									2				nach VergGr. I b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
16	III				2							+4	nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
17				5									von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
18						1							von BesGr. A 12 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
19	IV a				4							-2	nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
20						1							von BesGr. A 11 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
21								1					von VergGr. IV b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
22	IV b		1									0	Wirksamwerden des kw-Vermerks
23					1								nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
24				1									von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
25						1							von BesGr. A 10 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
26									1				nach VergGr. IV a entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
27								1					von VergGr. V b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
28	V b	1										+2	für eine Nachwuchskraft gem § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit kw-Vermerk
29		2											für Nachwuchskräfte gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit kw-Vermerk
30			1										wirksamwerden des kw-Vermerks
31			1										wirksamwerden des kw-Vermerks
32				2									von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung

10 01 Ministerium

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
33									1				nach VergGr. IV b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
34	V c				7								-4 nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
35				3									von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
36	VI b			1									+1 von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
37	VI b (Vz)				1								0 nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
38				1									von Titel 0901 42501 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
39	VII			1									+1 von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
40	VII (S)				1								+1 nach 1301-425 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
41				2									von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
42	Praktik.			1									+1 von Tit. 0901-425 01 wegen Änderung der Geschäftsverteilung
<b>Summe:</b>			4	3	21	18	10	1	7	7			+13

**neue Vermerke:**

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle V b am 31.07.2008 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin des Stellinhabers, spätestens nach 3 Jahren (aus HH 2006)

Vermerke:

1 Stelle III darf nur mit einer/einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2006)

**geänderte Vermerke:**

Vermerke:

2 Stellen VII darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)

**weggefallene Vermerke:**

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle IV a am 30.06.2015 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin (aus HH 2004/2005)

**Stellenanzahl**

**Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit**  
Arbeiterinnen,  
Arbeiter

2005      2006

**425 02**

Bedarf an ständigen, nur teilbeschäftigten Kräften:

Verg. Gruppe

II a

1      1

**Summe :**

1      1

0

10 01 Ministerium

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

	Stellenanzahl	
	2005	2006
<b>426 01</b>		
Bedarf an Arbeiterinnen und Arbeitern:		
<i>LohnGruppe</i>		
Pkw-F.	1	1
5	2	2
<b>Summe :</b>	<b>3</b>	<b>3</b>

	Stellenanzahl	
	2005	2006
<b>426 02</b>		
Bedarf an ständigen, nur teilbeschäftigten Kräften:		
<i>LohnGruppe</i>		
1-4	1	1
<b>Summe :</b>	<b>1</b>	<b>1</b>

10 03 Landesamt für soziale Dienste

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit			
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter	
<b>422 01</b>						
Bedarf an planmäßigen Beamtinnen und Beamten:						
<b>FESTE GEHÄLTER</b>						
<i>Bes. Gruppe</i>						
B3	Direktor/-in des Landesamtes für soziale Dienste	1	1			
<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>						
<i>Bes. Gruppe</i>						
A16	Leitende Regierungsdirektoren/-innen, Leitende Medizinaldirektoren/-innen	5	5			
A15	Regierungsdirektoren/-innen, Regierungsmedizinaldirektoren/-innen	9	9			
A14	Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsmedizinalräte/-innen	8	6		2	
A13 hD	Regierungsräte/-innen, Regierungsmedizinalräte/- innen	1	1			
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	9	9			
A12	Amtsräte/-innen	18	16		2	
A11	Regierungsamtmänner/-frauen	26	24		2	
A10	Regierungsoberinspektoren/-innen	23	22		1	
A9 gD	Regierungsinspektoren/-innen	3	3		1	
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	19	21 <sup>1)</sup>			
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	38	37			
A7	Regierungsobersekretäre/-innen	38	30		7	
A6 mD	Regierungsobersekretäre/-innen	0	0		1	
<b>Summe :</b>		<b>198</b>	<b>184</b>	<b>0</b>	<b>16</b>	<b>0</b>

1 ) 5 Stellen sind mit einer Amtszulage gem. Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet

# 10 03 Landesamt für soziale Dienste

## Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14						2					-2	nach VergGr. I b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
2	A12						2					-2	nach VegGr. III entsprechend der tatsächlichen Besetzung
3	A11						2					-2	nach VerGr. IV a entsprechend der tatsächlichen Besetzung
4	A10						1					-1	nach VerGr. IV b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
5	A9 mD							2				+2	von BesGr. A 8
6	A8									2		-1	nach BesGr. A 9 m.D.
7								1					von BesGr. A 7
8	A7						7					-8	nach VergGr. VI b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
9										1			nach BesGr. A 8
10	A6 mD			1								0	von 0401-422 01 in Anwendung von § 12 b Nr. HG 2004/2005
11							1						nach VergGr. VII entsprechend der tatsächlichen Besetzung
<b>Summe:</b>				1			15	3	3			-14	

**Stellenanzahl**  
2005      2006

**Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit**  
Arbeiterinnen,  
Arbeiter

**425 01**

Bedarf an Angestellten:  
Verg. Gruppe

I b	8	10	
II a	1	1	
III	0	2	
IV a	2	4	
IV b	4	5	
V b	7	9	
V c	44	44	
VI b	20	31	
VII	40	37	
VII (S)	34	34	
VIII	7	7	
IX b	10	10	
<b>Summe :</b>	177	194	0

**Stellen künftig wegfallend:**

1 Stelle V b spätestens mit Ausscheiden der Stelleninhaberin des Stellinhabers, spätestens nach 3 (aus HH 2006)  
am 31.07.2008 Jahren

**Vermerke:**

1 Stelle VIII darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2002)

**Stellen gesperrt:**

1 Stelle II a 1 Stelle II a ist zur Hälfte gesperrt (aus HH 2002)

10 03 Landesamt für soziale Dienste

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	I b					2						+2	von BesGr. A 14 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
2	III					2						+2	von BesGr. A 12 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
3	IV a					2						+2	von BesGr. A 11 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
4	IV b					1						+1	von BesGr. A 10 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
5	V b	1										+2	für eine Nachwuchskraft gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit kw-Vermerk
6		1											für eine Nachwuchskraft gem. § 12 b Nr. 2 HG 2004/2005 mit kw-Vermerk
7	VI b					7						+11	von BesGr. A 7 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
8								4					von VergGr. VII entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
9	VII					1						-3	von BesGr. A 6 entsprechend der tatsächlichen Besetzung
10										4			nach VergGr. VI b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
<b>Summe:</b>		2				15		4	4			+17	

**neue Vermerke:**

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle V b spätestens am 31.07.2008 mit Ausscheiden der Stelleninhaberin des Stellinhabers, spätestens nach 3 Jahren (aus HH 2006)

**Stellenanzahl**

2005      2006

**426 01**

Bedarf an Arbeiterinnen und Arbeitern:

LohnGruppe

Pkw-F.

1-4

**Summe :**

1	1
6	6
<b>7</b>	<b>7</b>

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

## Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange-stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
<b>422 01</b>					
<b>FESTE GEHÄLTER</b>					
<i>Bes.Gruppe</i>					
<b>Landesarbeitsgericht</b>					
R6	Präsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1		
R3	Vizepräsident/-in des Landesarbeitsgerichts	1	1		
R3	Vorsitzender Richter/-in am Landesarbeitsgericht	4	4		
<b>Summe [Landesarbeitsgericht]:</b>		6	6	0	0
<b>AUFSTIEGENDE GEHÄLTER</b>					
<i>Bes.Gruppe</i>					
<b>Landesarbeitsgericht</b>					
A14	Oberregierungsräte/-innen	0	0		
A13 hD	Regierungsräte/-innen	1	1		
A13 gD	Oberamtsräte/-innen	0	0		
A12	Amtsräte/-innen	1	1		
A11	Arbeitsgerichtsamtfrauen/-amt männer	1	1		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	1	1		
<b>Summe [Landesarbeitsgericht]:</b>		4	4	0	0
<b>Arbeitsgericht</b>					
R2	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts	4	4		
R1	Direktoren/-innen des Arbeitsgerichts, Richter/-innen am Arbeitsgericht	18	18		
A12	Amtsräte/-innen	3	3		
A11	Arbeitsgerichtsamtfrauen/-amt männer	2	2		
A10	Arbeitsgerichts oberinspektoren/-innen	5	6		
A9 gD	Arbeitsgerichtsinspektoren/-innen	1	0		
A9 mD	Amtsinspektoren/-innen	4	4		
A8	Arbeitsgerichtshauptsekretäre/-innen	0	0		
<b>Summe [Arbeitsgericht]:</b>		37	37	0	0
<b>Summe :</b>		47	47	0	0

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Ein-sparungen	Über-tragungen		Umwand-lungen		Hebung		Herabgrup-pierungen		Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
<b>Arbeitsgericht</b>													
1	A10							1				+1	von BesGr. A 9 g.D.
2	A9 gD								1			-1	nach BesGr. A 10
<b>Summe:</b>								1	1			0	

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

## Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl	
	2005	2006
<b>422 03</b>		
Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst: <i>Bes. Gruppe</i> <b>Arbeitsgericht</b>		
Anw. gD Anwärter/-innen gehobener Dienst	3	3
<b>Summe [Arbeitsgericht]:</b>	3	3
<b>Summe :</b>	3	3

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
<b>425 01</b>			
Bedarf an Angestellten: <i>Verg. Gruppe</i> <b>Landesarbeitsgericht</b>			
IV b	1	1	
V b	1	1	
V c	3	4	
VI b	5	4	
VII	1	1	
<b>Summe [Landesarbeitsgericht]:</b>	11	11	0
<b>Arbeitsgericht</b>			
V c	6	6	
VI b	22	22	
VIII	1	1	
Auszub.	2	2	
<b>Summe [Arbeitsgericht]:</b>	31	31	0
<b>Summe :</b>	42	42	0

**Vermerke:**

Eine Stelle der VergGr. V c darf nur zur Hälfte aus der VergGr. VI b besetzt werden.

(aus HH 2006)

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
<b>Landesarbeitsgericht</b>													
1	V c							1				+1	von VergGr. VI b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen nach VergGr. V c entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
2	VI b								1			-1	
<b>Summe:</b>								1	1			0	

# 10 08 Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte

<b>Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen</b>
--

10 09 Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

422 01		Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit		
		2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellen	Arbeiterinnen, Arbeiter
<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>						
<i>Bes. Gruppe</i>						
	A13 gD Oberamtsräte/-innen	1	1			
	A9 mD Amtsinspektoren/-innen	1	1			
	<b>Summe :</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

425 01		Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01.02.2005 besetzt mit	
		2005	2006	Arbeiterinnen, Arbeiter	
Bedarf an Angestellten:					
<i>Verg. Gruppe</i>					
	II a	1	1		
	IV a	1	1		
	IV b	2	2		
	V b	3	2		
	V c	41	39		
	VII (S)	2	2		
	Auszub.	1	1		
	<b>Summe :</b>	<b>51</b>	<b>48</b>	<b>0</b>	

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang	Zu- gang	Ab- gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	V b		1									-1	Wiederbesetzung nicht erforderlich
2	V c		2									-2	Wiederbesetzung nicht erforderlich
<b>Summe:</b>			3									-3	

426 01		Stellenanzahl	
		2005	2006
<i>LohnGruppe</i>			
	5	2	2
	1-4	3	3
	<b>Summe :</b>	<b>5</b>	<b>5</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

## Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
<b>425 01</b>			
Bedarf an Angestellten: <i>Verg. Gruppe</i>			
<b>Staatliche Schule für Sehgeschädigte</b>			
V c	3	3	
VI b	2	2	
VII	2	2	
VII (S)	1	1	
<b>Summe [Staatliche Schule für Sehgeschädigte]:</b>	<b>8</b>	<b>8</b>	<b>0</b>
<b>Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte</b>			
IV a	2	2	
V b	1	1	
V c	16	16	
VI b	1	1	
VII	1	1	
<b>Summe [Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte]:</b>	<b>21</b>	<b>21</b>	<b>0</b>
<b>Summe :</b>	<b>29</b>	<b>29</b>	<b>0</b>

**Vermerke:**

- 1 Stelle V c darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)
- 1 Stelle VI b darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2002)
- 1 Stelle VII darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2002)

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit Arbeiterinnen, Arbeiter
	2005	2006	
<b>425 02</b>			
<i>Verg. Gruppe</i>			
<b>Staatliche Schule für Sehgeschädigte</b>			
VII	1	1	
<b>Summe [Staatliche Schule für Sehgeschädigte]:</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
<b>Summe :</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>0</b>

# 10 10 Staatliche Schulen für Behinderte

## Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl	
	2005	2006
<b>426 01</b>		
Bedarf an Arbeiterinnen und Arbeitern:		
<i>LohnGruppe</i>		
<b>Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte</b>		
1-4	4	4
<b>Summe [Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte]:</b>	4	4
<b>Summe :</b>	4	4

	Stellenanzahl	
	2005	2006
<b>426 02</b>		
Bedarf an ständigen, nur teilbeschäftigten Kräften:		
<i>LohnGruppe</i>		
<b>Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte</b>		
1-4	1	1
<b>Summe [Staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte]:</b>	1	1
<b>Summe :</b>	1	1

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

	Stellenanzahl		Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit		
	2005	2006	beamteten Hilfskräfte	Ange- stellten	Arbeiterinnen, Arbeiter
<b>422 01</b>					
<b>FESTE GEHÄLTER</b>					
<i>Bes. Gruppe</i>					
B2 Direktor/-in des LA für Gesundheit und Arbeitssicherheit	1	1			
<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>					
<i>Bes. Gruppe</i>					
A16 Leitende Regierungsdirektoren/-innen	1	1			
A15 Regierungsgewerbedirektoren/-innen, Regierungsschemiedirektoren/-innen, Regierungsmedizinaldirektoren/-innen, Regierungspharmaziedirektoren/-innen	7	7		1	
A14 Oberregierungsräte/-innen, Oberregierungsgewerberäte/-innen, Oberregierungslandwirtschaftsräte/-innen, Oberregierungsmedizinalräte/-innen, Oberregierungspharmazieräte/-innen	14	12		1	
A13 hD Regierungsgewerberäte/-innen, Regierungsräte/-innen	2	2			
A13 gD Oberamtsräte/-innen	6	6			
A12 Amtsräte/-innen	14	14			
A11 Gewerbeamtfrauen/-männer, Regierungsamtmänner/-frauen	20	20			
A10 Gewerbeoberinspektoren/-innen, Regierungsoberinspektoren/-innen	13	13			
A9 gD Regierungsinspektoren/-innen	1	0		1	
A9 mD Betriebsinspektoren/-innen, Amtsinspektoren/-innen	4	6 <sup>1)</sup>			
A8 Gewerbehauptsekretäre/-innen	14	12			
A7 Gewerbeobersekretäre/-innen	2	2		1	
A6 mD Regierungssekretäre/-innen, Gewerbesekretäre/-innen	0	0			
<b>Summe :</b>	99	96	0	4	0

1 ) 2 Stellen sind mit einer Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr. A 9 BBesO ausgestattet.

**Planstellen künftig umzuwandeln:**

- 1 Stelle A14 in A13 gD mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2000)
- 1 Stelle A10 in A9 mD mit Ausscheiden der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers (aus HH 2004/2005)

**Vermerke:**

- 1 Stelle A11 darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

## Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A14				2							-2	nach 1001-422 01 gem. § 50 Abs. 1 LHO
2	A9 gD						1					-1	nach VergGr. V b entsprechend der tatsächlichen Besetzung
3	A9 mD							2				+2	von BesGr. A 8
4	A8								2			-2	nach BesGr. A 9 m.D.
<b>Summe:</b>					2		1	2	2			-3	

### Stellenanzahl

2005      2006

#### 422 03

Bedarf an Beamtinnen und Beamten im Vorbereitungsdienst:

*Bes.Gruppe*

Anw. gD Gewerbeinspektoranwärter/-innen

2      2

Anw. mD Gewerbeassistentanwärter/-innen

1      1

**Summe :**

3      3

### Stellenanzahl

2005      2006

Vom Soll 2005 waren  
am 01. 02.2005 besetzt mit  
Arbeiterinnen,  
Arbeiter

#### 425 01

Bedarf an Angestellten:

*Verg.Gruppe*

I a

1      1

I b

1      1

II a

1      1

III

1      1

IV a

4      4

IV b

4      5

V b

2      4

V c

8      9

VI b

7      6

VII

11      11

VII (S)

7      7

VIII

2      1

**Summe :**

49      51      0

#### Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle VI b am 31.12.2007 wirksam mit Ausscheiden der Stelleninhaberin am 31.12.2007 (aus HH 2006)

#### Vermerke:

1 Stelle VII darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2001)

1 Stelle VIII darf nur mit einem oder einer arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden (aus HH 2004/2005)

# 10 16 Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

## Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	VergGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebung		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	IV b			1								+1	von 0412-425 01 gemäß § 12 c Abs. 7 HG 2004/2005
2	V b					1						+2	von BesGr. A 9 g.D. entsprechend der tatsächlichen Besetzung
3								1					von VergGr. V c entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
4	V c								1			+1	nach VergGr. V b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
5								2					von VergGr. VI b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
6	VI b									2		-1	nach VergGr. V c entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
7								1					von VergGr. VIII entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
8	VIII									1		-1	nach VergGr. VI b entsprechend den tarifrechtlichen Erfordernissen
<b>Summe:</b>				1		1		4	4			+2	

**neue Vermerke:**

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle VI b am 31.12.2007 wirksam mit Ausscheiden der Stelleninhaberin am 31.12.2007

(aus HH 2006)

**Stellenanzahl**

**Vom Soll 2005 waren am 01. 02.2005 besetzt mit**

2005      2006

Arbeiterinnen,  
Arbeiter

**425 02**

Bedarf an ständigen, nur teilbeschäftigten Kräften:

Verg. Gruppe

II a

1      1

V b

1      1

V c

1      1

VII (S)

1      1

**Summe :**

4      4

0

**10 06** Verbraucherschutz

Das Kapitel 10 06 ist nach Kapitel 13 19 übertragen worden.

**Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2006**

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Angestellte	Nachwuchs- kräfte	Arbeiterinnen u. Arbeiter	Summe Spalte 4-9
			422 01 422 TG	Z.A. 422 02	im Vorb.D. 42203				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1001	Ministerium	<b>2006</b>	205	-	-	139	-	3	347
		<b>2005</b>	185	-	-	126	-	3	314
1003	Landesamt für soziale Dienste	<b>2006</b>	184	-	-	194	-	7	385
		<b>2005</b>	198	-	-	177	-	7	382
1008	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	<b>2006</b>	47	-	3	40	2	-	92
		<b>2005</b>	47	-	3	40	2	-	92
1009	Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte	<b>2006</b>	2	-	-	48	-	5	55
		<b>2005</b>	2	-	-	51	-	5	58
1010	Staatliche Schulen für Behinderte	<b>2006</b>	-	-	-	29	-	4	33
		<b>2005</b>	-	-	-	29	-	4	33
1016	Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit	<b>2006</b>	96	-	3	51	-	-	150
		<b>2005</b>	99	-	3	49	-	-	151
Summe		<b>2006</b>	534	-	6	501	2	19	1.062
		<b>2005</b>	531	-	6	472	2	19	1.030

### Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2006

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen	ständ. Teilbeschäftigte		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 11+12		Angestellte 425 02	Arbeiter 426 02			
11	12	13	14	15	16	18	19	20
-	-	-	-	1	1	<b>2006</b>	Ministerium	1001
-	-	-	-	1	1	<b>2005</b>		
-	-	-	-	-	-	<b>2006</b>	Landesamt für soziale Dienste	1003
-	-	-	-	-	-	<b>2005</b>		
-	-	-	-	-	-	<b>2006</b>	Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte	1008
-	-	-	-	-	-	<b>2005</b>		
-	-	-	-	-	-	<b>2006</b>	Staatliche Internatsschule für Hörgeschädigte	1009
-	-	-	-	-	-	<b>2005</b>		
-	-	-	-	1	1	<b>2006</b>	Staatliche Schulen für Behinderte	1010
-	-	-	-	1	1	<b>2005</b>		
-	-	-	-	4	-	<b>2006</b>	Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit	1016
-	-	-	-	4	-	<b>2005</b>		
-	-	-	-	6	2	<b>2006</b>		Summe
-	-	-	-	6	2	<b>2005</b>		



## Anlage zum Einzelplan 10

Die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein (LVA) ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung (§ 29 Abs. 1 SGB IV).

Die Geschäftsführerin oder der Geschäftsführer und ihre Stellvertreterin oder ihr Stellvertreter sind Landesbeamte (§ 36 Abs. 5 SGB IV i.V.m. § 145 Abs. 2 SGB VI und Anlage I zum Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern, zuletzt geändert am 20. Dezember 1988, BGBl. I S. 2477).

Ihre Planstellen sind nachstehend nachrichtlich aufgeführt. Der erforderliche Besoldungsaufwand einschließlich der Versorgungsbezüge wird von der Körperschaft getragen.

### Planmäßige Beamtinnen und Beamte

<u>Feste Gehälter der BesGr.:</u>	<u>Stellenzahl</u>
B 4 Erste Direktorin oder Erster Direktor bei einer Landesversicherungsanstalt .....	1
B 3 Direktorin oder Direktor bei einer Landesversicherungsanstalt .....	<u>1</u>
	2

Die Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber erhalten gemäß Beschluss der Vertreterversammlung der LVA eine Aufwandsentschädigung.

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

**Hebungen 2006**

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Angestellte		Arbeiter		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus VergGr.	in VergGr.	aus LohnGr.	in LohnGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
<b>10 01</b>	<b>Ministerium</b>						
			I a	I			2
			I b	I a			1
			II a	I b			2
			IV b	IV a			1
		V b	IV b			1	
<b>10 03</b>	<b>Landesamt für soziale Dienste</b>						
	A8 A7	A9 mD A8					2
			VII	VI b			1
						4	
<b>10 08</b>	<b>Landesarbeitsgericht und Arbeitsgerichte</b>						
	A9 gD	A10					1
			VI b	V c			1
<b>10 16</b>	<b>Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit</b>						
	A8	A9 mD					2
			V c	V b			1
			VI b	V c			2
		VIII	VI b			1	
<b>Summe</b>	6	6	16	16	0	0	22

# 10 Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

## Umwandlungen 2006

Kapitel	aus				in				Zahl
	422 01	422 02	425 01 425 61 ff	426 01 426 61 ff	422 01	422 02	425 01 425 61 ff	426 01 426 61 ff	
	Planmäßige Beamtinnen und Beamte  BesGr.	Beamtete Hilfskräfte  BesGr.	Angestellte  VergGr.	Arbeiterinnen und Arbeiter  LohnGr.	Planmäßige Beamtinnen und Beamte  BesGr.	Beamtete Hilfskräfte  BesGr.	Angestellte  VergGr.	Arbeiterinnen und Arbeiter  LohnGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
<b>10 01</b>	<b>Ministerium</b>								
	B2						SDV		2
	A15						I a		3
	A14						I b		2
	A12						III		1
	A11						IV a		1
	A10			I		A16	IV b		1
<b>10 03</b>	<b>Landesamt für soziale Dienste</b>								
	A14						I b		2
	A12						III		2
	A11						IV a		2
	A10						IV b		1
	A7						VI b		7
	A6 mD						VII		1
<b>10 16</b>	<b>Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit</b>								
	A9 gD						V b		1
<b>Summe</b>	26	0	1	0	1	0	26	0	27